

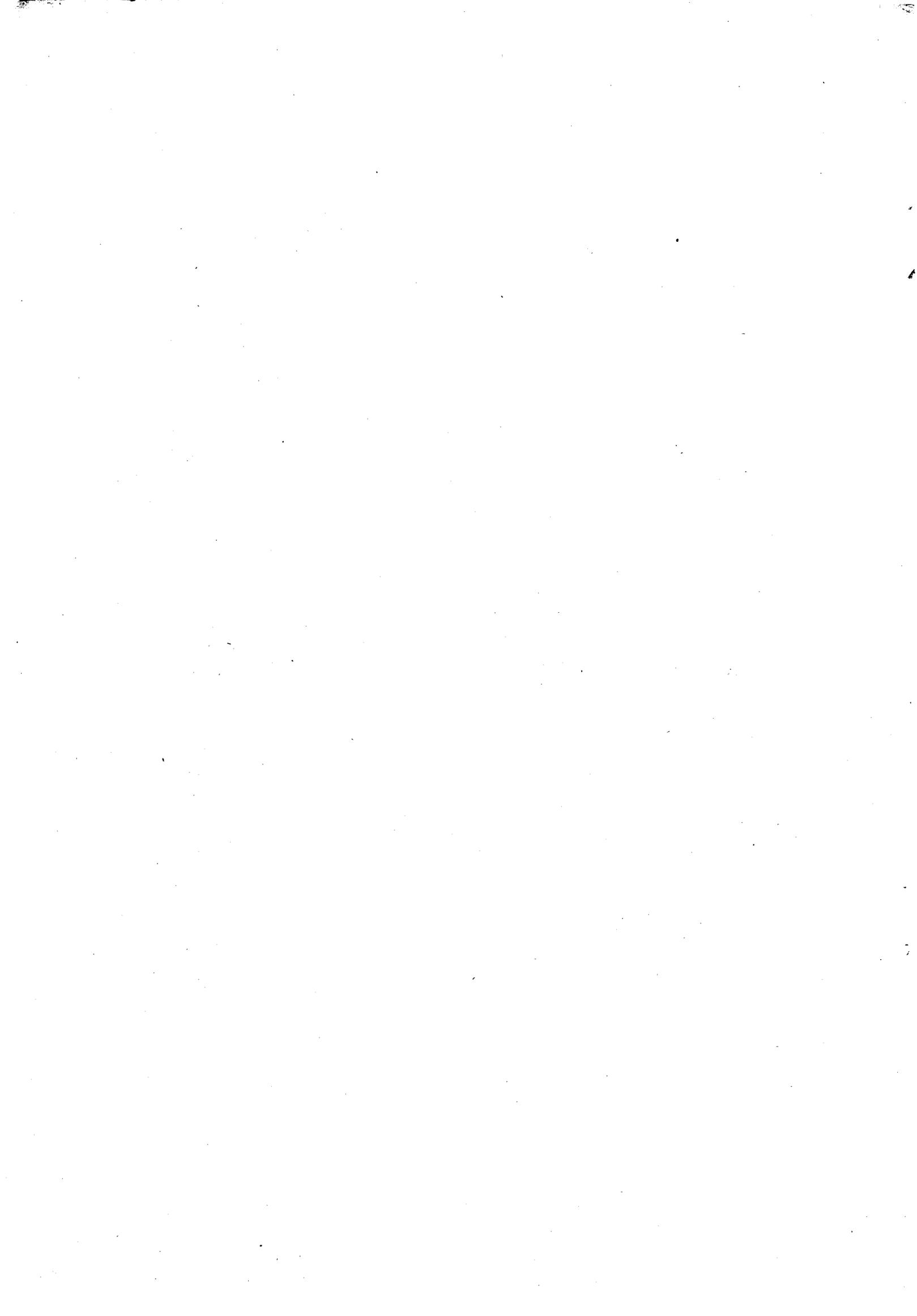
ZUR EINFÜHRUNG

Die Bank deutscher Länder beginnt hiermit die Veröffentlichung regelmäßiger Monatsberichte über die Wirtschaftslage des Währungsgebiets, besonders über die Entwicklung der Geld- und Kreditmärkte. Die Berichte werden in erster Linie das von der Bank deutscher Länder in Zusammenarbeit mit den Landeszentralbanken erstellte bankstatistische Material — die wöchentliche und die monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet — enthalten, darüber hinaus aber auch eine Reihe sonstiger, für die Beurteilung der geld- und kreditpolitischen Lage wichtiger Materialien unterbreiten. Das Ziel ist dabei eine möglichst umfassende objektive Information der Öffentlichkeit. Eine Stellungnahme zu kreditpolitischen Streitfragen soll dagegen grundsätzlich vermieden werden, soweit nicht offizielle Verlautbarungen der Bank deutscher Länder zur Vervollständigung der Berichterstattung wiedergegeben werden.

Die „Mitteilungen der Bank deutscher Länder“ werden weiterhin neben den „Monatsberichten“ erscheinen und wie bisher in erster Linie die zur Neuregelung der Währung erlassenen Gesetze und Verordnungen, die Rundschreiben der Bank deutscher Länder an die Landeszentralbanken und die Ausweise der Bank deutscher Länder nebst den offiziellen Erläuterungen enthalten.

Als Erscheinungstermin der „Monatsberichte“ ist jeweils das Monatsende in Aussicht genommen. Die Herausgabe des ersten Berichtes hat sich wegen drucktechnischer Schwierigkeiten verzögert.

BANK DEUTSCHER LÄNDER



MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

JANUAR 1949

Inhalt:	Seite
Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebietes im Dezember 1948	1
Die Ausweise der Bank deutscher Länder	13
Die Entwicklung der Banken im November 1948	19
Bareinzahlungen und Barauszahlungen auf Sparkonten bei allen Geldinstituten im 2. Halbjahr 1948	24
Statistischer Teil	27

Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebietes im Dezember 1948

1. Geld und Kredit

Das Geldvolumen des Währungsgebietes (Banknoten plus Bankeinlagen) ist infolge der zunächst noch anhaltenden Expansion des Bankkredits und der fortschreitenden Umstellung alter RM-Guthaben im Berichtsmonat weiter beträchtlich gewachsen. Allerdings hat sich das Tempo der Zunahme infolge der restriktiven Maßnahmen des Zentralbankrats sowie des allmählichen Auslaufens der hoheitlichen Geldschöpfung durch die Kontenumstellung gemäß Währungsgesetzgebung, die am Jahresschluß zu schätzungsweise 90 v. H. durchgeführt war, verlangsamt.

Insgesamt haben die Bankkredite bei den Geschäftsbanken im Dezember (ohne Kredite an Geldinstitute) um 351 Mill. DM zugenommen. Dabei entsprach es dem besonderen Charakter des Monats Dezember mit seiner

Umsatzspitze vor Weihnachten, daß die Kredite, wie aus der wöchentlichen Bankenstatistik (Repräsentativerhebung der BdL und der LZB bei 112 Geldinstituten) hervorgeht, nur in den ersten drei Wochen des Monats stiegen, während die vierte, zwischen Weihnachten und Neujahr liegende geschäftsstille Woche erstmalig seit der Währungsreform einen leichten Rückgang der Kredite aufwies. Mehr als zwei Drittel des gesamten Dezember-Zuwachses der Kredite entfällt auf Wechselkredite — ein Zeichen, daß die Geldinstitute stärker als bisher auf die Refinanzierbarkeit ihrer Ausleihungen achteten. Der Beschluß des Zentralbankrats vom 2. November 1948, der einen Teil der Bankakzepte vom Rediskont ausschließt und auf den teureren Lombardkredit verweist, mag hierbei angesichts der Tatsache, daß die Bankakzepte bei 112 wöchentlich berichtenden Banken immerhin etwa 35 v. H. ausmachen, eine Rolle gespielt haben.

Kreditgewährung von 112 Geldinstituten im Dezember 1948
(ohne Bank-an-Bank-Kredite)
(in Mill. DM)

Stand am	insgesamt	d a v o n				
		an Wirtschafts- unternehmen und Private	d a v o n			an öffentliche Hand
			Kontokorrent- und Akzept- Kredite	Wechselobligo der Kundschaft	sonstige kurzfristige Kredite	
30. November	1 643	1 600	908	669	23	43
7. Dezember	1 665	1 627	933	673	21	38
15. "	1 734	1 696	973	701	22	38
23. "	1 822	1 791	988	781	22	31
31. "	1 818	1 788	967	805	16	30
Veränderung im Dezember	+ 175	+ 188	+ 59	+ 136	- 7	- 13
Anteil an der monatlichen Bankenstatistik (Gesamterhebung) in v. H.						
30. November	37,9	39,6	39,8	39,8	31,3	14,4

Die Direktkreditgewährung des Zentralbanksystems an die Nichtbankenkundschaft (öffentliche Hand, bei den LZB der französischen Zone auch sonstige Girokunden) nahm im Dezember nur unwesentlich zu. Im einzelnen stiegen die Kredite des Zentralbanksystems an öffentliche Stellen um 5 Mill. DM, die an Wirtschaftsunternehmen und Private um 6 Mill. DM.

Die Geldbewegungen über die Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der BdL, über die im Oktober und November nicht unerhebliche Geldbeträge in den Verkehr geflossen waren, verhielten sich im Dezember per Saldo trotz weiterer 140 Mill. DM betragender Zunahme der von der BdL für die JEIA verwalteten Guthaben bei ausländischen Banken geldpolitisch nahezu neutral: Der Aktiv-Saldo der auf beiden Seiten des Ausweises geführten, im Zusammenhang mit dem Auslandsgeschäft stehenden Konten erhöhte sich gegenüber dem Vormonat nur um 11,1 Mill. DM.

Die Expansion des Bankkredits, zu der noch der Fortgang der Umstellung alter RM-Einlagen gemäß Währungsgesetzgebung kommt, ließ auch die Bankeinlagen (ohne Bank-bei-Bank-Einlagen) weiterhin beträchtlich wachsen. Während die Zunahme der Einlagen auf Freikonto bei 112 wöchentlich berichtenden

Instituten 174 Mill. DM betrug, sind bei 3579 monatlich berichtenden Geldinstituten die frei verfügbaren Bankeinlagen (ohne Bank-bei-Bank-Einlagen) im Dezember um 641 Mill. DM gestiegen.

Im Zentralbanksystem waren demgegenüber die Einlagen der öffentlichen Hand und der sonstigen Girokunden im Dezember rückläufig; sie sanken um 261 Mill. DM auf 1 557 Mill. DM. Der Notenumlauf dagegen, der sich während der ersten drei Wochen des Monats um 6 Mrd. DM bewegt hatte, stieg in der vierten Woche unter der Einwirkung des Jahresresultates um 290 Mill. DM (Gesamtzunahme im Dezember 301 Mill. DM), so daß er am Jahresende mit 6 319 Mill. DM den bisherigen Höchststand erreichte. Die im Währungsgebiet insgesamt umlaufende Geldmenge (Banknoten plus frei verfügbare Bankguthaben ohne Bank-bei-Bank-Einlagen) hat sich als Resultat aller dieser Bewegungen im Dezember um 700 Mill. DM erhöht, so daß das gesamte frei verfügbare Geldvolumen des Währungsgebietes am Jahres-schluß etwa 17 Mrd. DM betrug.

Trotz der Steigerung des Notenumlaufs haben sich die Barreserven der Geldinstitute (Kassenbestand plus Zentralbankguthaben) im Dezember nicht vermindert, sondern im Gegen-

Einlagen bei 112 Geldinstituten im Dezember 1948
(ohne Bank-bei-Bank-Einlagen)
(in Mill. DM)

Stand am	Blockierte Einlagen		Freie Einlagen			
	Fest-konto	Anlage-konto	Gesamt	öffentl. Hand	sonstige Gläubiger	Spar-einlagen
30. November	164	46	2 886	1 058	1 643	185
7. Dezember	147	51	2 936	1 061	1 683	192
15. "	124	62	2 966	1 060	1 704	202
23. "	107	68	3 084	1 121	1 753	210
31. "	84	76	3 060	1 065	1 756	239
Veränderung im Dezember	— 80	+ 30	+ 174	+ 7	+ 113	+ 54
Anteil an der monatlichen Bankenstatistik (Gesamterhebung) in v. H.						
30. November	22,6	22,3	34,1	54,8	31,8	13,7

teil erhöht. Die Einlagen von Geldinstituten im Zentralbanksystem stiegen von 1 462 Mill. DM (30. 11.) auf 1 533 Mill. DM (31. 12.), und die 112 wöchentlich berichtenden Geldinstitute weisen eine Zunahme ihrer Barreserve von 700 auf 717 Mill. DM aus. Diese Entwicklung wurde dadurch ermöglicht, daß der Steigerung des Notenumlaufs um 301 Mill. DM die erwähnte Abnahme der Zentralbank-einlagen von Nichtbankenkunden in Höhe von 261 Mill. DM gegenüberstand und daß außerdem die Kreditbeanspruchung des Zentralbanksystems durch die Geldinstitute um 297 auf 1 641 Mill. DM und die Direktkredite des Zentralbanksystems an öffentliche und private Kreditnehmer um 11 auf 124 Mill. DM stiegen. Dabei ist kennzeichnend für die flüssige Lage der Banken, daß die Zentralbankbeanspruchung nur bis zum Ende der dritten Dezemberwoche zunahm, in der vierten Woche dagegen trotz des herannahenden Jahresresultimos um 16 Mill. DM abnahm. Unter Einschluß der sich aus den Transaktionen über die Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts ergebenden Beanspruchung betrug die Geldschöpfung des Zentralbanksystems aus geschäftlichen Transaktionen zum Jahresschluß insgesamt 1 928 Mill. DM.

Die Liquiditätsslage der Banken war im allgemeinen weiter sehr günstig. Die

Überschufreserven aller Banken haben im Durchschnitt des Monats Dezember 342 Mill. DM = 30 v. H. des Reserve-Solls betragen. Auch das Wechselportefeuille der Banken ist bedeutend. Allein die 112 wöchentlich berichtenden Banken besaßen am Jahresschluß ohne die im wesentlichen nur noch lombardfähigen Bankakzepte gut 600 Mill. DM Wechsel, für welche nach den bisherigen Kreditrichtlinien Zentralbankgeld zu bekommen wäre; für die Gesamtheit der Banken dürfte das zentralbankfähige Wechselportefeuille Ende Dezember auf etwa 1 100 Mill. DM zu schätzen gewesen sein.

Angesichts der Notwendigkeit, einen weiteren Preisauftrieb zu verhindern, kommt den Maßnahmen zur Einschränkung der Kreditexpansion große Bedeutung zu. Bekanntlich hatte der Zentralbankrat den Geldinstituten Mitte November nahegelegt, ihre Kredite an die Kundschaft nicht mehr weiter auszudehnen; diese Empfehlung wurde Ende Dezember anscheinend wirksam. Unterstützt wurde die restriktive Linie der Kreditpolitik — neben der erwähnten Rediskontbeschränkung für Bankakzepte — bisher vor allem aber durch die Erhöhung der Mindestreserven gegen Sichtdepositen an Bankplätzen, welche das Gesamt-Reserve-Soll der Geldinstitute um etwa 300 Mill. DM erhöhte. Um die Innehaltung der Mindestreserve-Vorschriften besser zu

Geldvolumen im 4. Quartal 1948
(Banknoten plus Bankeinlagen ohne Bank-bei-Bank-Einlagen)
(in Mill. DM)

	30. 9.	31. 10.	30. 11.	31. 12.
1. Frei verfügbare Einlagen bei Geschäftsbanken	6 662	7 476	8 453	9094
2. Giroeinlagen beim Zentralbanksystem	1 933	1 807	1 818	1560
3. Einlagen auf Festkonto ¹⁾	2 849	1 747	726	441
4. „ „ Anlagekonto	—	—	208	310
5. Ausgegebene Banknoten	5 358	5 885	6 018	6319
6. Einlagen bei nicht erfaßten Geldinstituten (geschätzt)	90	100	110	120
Insgesamt	16 892	17 015	17 333	17844
davon frei verfügbar	14 043	15 268	16 399	17093

¹⁾ Möglicherweise enthält das Festkonto noch gewisse Beträge, die nach Gesetz Nr. 65 (Festkontenentscheidung) zu streichen sind.

sichern und insbesondere den Anreiz zur Unterschreitung der Mindestreserve zwecks Kreditgewährung zu beseitigen, hat der Zentralbankrat außerdem am 10. Dezember beschlossen, den Sonderzins für die Unterschreitung des Reserve-Solls auf 3 v. H. — statt bisher 1 v. H. — über den für Geldinstitute geltenden Lombardsatz zu erhöhen. Der Diskont- und Lombardsatz wurde nicht erhöht.

Überblickt man die Gesamtentwicklung des Geldvolumens, der Bankkredite und des Zentralbankkredits im 4. Quartal 1948, so ist zunächst eine Steigerung der im Währungsgebiet umlaufenden Geldmenge um 3 Mrd. DM festzustellen.

Diese bedeutende Zunahme der umlaufenden Geldmenge geht zum größten Teil auf die hoheitliche Geldschöpfung aus der Währungsgesetzgebung zurück. Nur ein verhältnismäßig bescheidener, allmählich allerdings wachsender Teil der Gesamtgeldmenge ist aus Kreditgewährung der Banken entstanden; am 30. September betrug dieser Teil einschließlich der — relativ geringfügigen — Direktkredite des Zentralbanksystems an die Nichtbankenkundschaft 23 v. H., am Jahresende 29 v. H. des Geldvolumens. Dem größeren Teil des Geldvolumens stehen daher nicht Wirtschaftskredite, sondern nur Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand gegenüber, die unbefristet sind und daher nicht der Tilgung unterliegen.

Ausstehende Kredite einschließlich Diskontkredite bei allen Geldinstituten
im 4. Quartal 1948
(ohne Bank-bei-Bank-Kredite)
(in Mill. DM)

	30. 9.	31. 10.	30. 11.	31. 12.
Kredite der Geschäftsbanken an Nichtbankenkundschaft	3 196	3 819	4 333	4684
(davon: an Wirtschaft und Private)	(3 011)	(3 550)	(4 035)	(4389)
Direktkredite des Zentralbanksystems an Nichtbankenkundschaft	44	42	113	124
(davon: an Wirtschaft und Private)	(9)	(14)	(19)	(25)
Insgesamt	3 240	3 861	4 446	4808
Zunahme gegen Vormonat		621	585	-362
Kredite in v. H. des frei verfügbaren Geldvolumens	23	25	27	28

Die Ausdehnung der Bankkredite ging in den ersten Monaten nach der Währungsreform infolge der starken hoheitlichen Schöpfung von Zentralbankgeld fast gänzlich unabhängig vom Zentralbanksystem vor sich. Noch Ende September betrug der ausstehende Zentralbankkredit an Geldinstitute nur etwa 11 v. H. der Kredite der Geschäftsbanken. Erst allmählich wurden die Banken mehr vom Zentralbank-

3-Monats-Schatzwechsel des Landes Württemberg-Hohenzollern, die zur Ablösung einer am 3. Jan. 1949 fälligen Reichsmark-Emission von 25 Mill. RM dienten, nicht heraus. Der Abgabedruck in Rentenwerten hat nachgelassen; die Kurse zogen teilweise leicht an. Die seit Anfang November anhaltende Baisse in Aktien setzte sich bis etwa Mitte Dezember fort; besonders Aktien der Ruhr-Montan-Industrie lagen

Entwicklung der Zentralbankkredite im 4. Quartal 1948
(in Mill. DM)

	30. 9.	31. 10.	30. 11.	31. 12.
1. Wechsel	350	778	1 232	1 461
2. Lombardforderungen	10	60	95	167
3. Wertpapiere	11	33	36	38
4. Kredite an die öffentl. Hand	35	28	94	99
Ausstehender Zentralbankkredit davon: an Geldinstitute	406 (362)	899 (857)	1 457 (1 344)	1 765 (1 641)
Kredite an Geldinstitute in v. H. der von diesen gewährten Kredite an Nichtbanken	11	22	31	34
5. Saldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts	- 121	+ 56	+ 154	+ 163
Gesamtbelastung des Zentralbanksystems	285	955	1 611	1 928

system abhängig, so daß am Jahresende etwa 34 v. H. der Kredite der Geschäftsbanken an die Nichtbankenkundschaft vom Zentralbanksystem refinanziert waren. Geld- und kreditpolitische Maßnahmen zur Eindämmung des Preisauflriebs konnten daher von seiten des Zentralbanksystems erst verhältnismäßig spät einsetzen.

Am Geldmarkt herrschte durch die im Dezember zeitweise lebhaft diskutierte Möglichkeit einer Diskonterhöhung eine gewisse Unsicherheit. Dennoch lag er im allgemeinen weiterhin leicht. Tagesgeld war in Frankfurt reichlich vorhanden und zu etwa $2\frac{3}{4}$ v. H. anhaltend angeboten. Monatsgeld über Ultimo Dezember kostete $4\frac{5}{8}$ — $4\frac{7}{8}$ v. H., bankgirierte Warenwechsel $4\frac{7}{8}$ — 5 v. H. Bankakzepte — sowohl rediskontfähige wie sonstige — wurden kaum umgesetzt bei nominellen Sätzen von $5\frac{1}{2}$ — $5\frac{3}{4}$ bzw. $6\frac{1}{4}$ — $6\frac{1}{2}$ v. H.

Neu-Emissionen von Wertpapieren kamen im Dezember außer 25 Mill. DM 5%oige

schwach und erreichten zum Teil den bisher niedrigsten Kurs seit der Währungsumstellung. Erst nach der Monatsmitte kam eine etwas freundlichere Tendenz zum Durchbruch.

2. Öffentliche Finanzen

Die Länderhaushalte haben im Dezember wieder mit einem Defizit abgeschlossen, nachdem im Oktober und November die Einnahmen im allgemeinen die Ausgaben übertroffen hatten. Die Kassenbestände der acht Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebietes sind jedenfalls in der Zeit vom 4. Dezember — für den 1. Dezember liegen keine Zahlen vor — bis zum 31. Dezember 1948 um rd. 203 Mill. DM gefallen. Es wäre allerdings falsch, wollte man aus dem Rückgang der Kassenbestände ohne weiteres auf ein gleich hohes Defizit schließen. Die Bewegungen der Kassenbestände verlaufen aus buchungstechnischen und statistischen Gründen häufig anders als die der Mehr-

einnahmen bzw. Mehrausgaben. Wenn somit auch der tatsächliche Fehlbetrag aller 8 Länderhaushalte des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vielleicht geringer war als der Rückgang der Kassenbestände, dürfte doch über die Länderhaushalte im Dezember kein Geld stillgelegt, sondern im Gegenteil das aktive Geldvolumen vergrößert worden sein.

Der Grund für diese Entwicklung ist nicht, wie in den ersten Monaten nach der Währungsreform, in niedrigen und nur langsam steigenden Einnahmen, sondern in stark erhöhten Ausgaben zu sehen. Nach den nunmehr vorliegenden Meldungen haben sich Einnahmen und Ausgaben der Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in den Monaten August bis November wie folgt entwickelt:

	Einnahmen Mill. DM	Ausgaben Mill. DM	Überschuß (+) oder Defizit (—) Mill. DM
August	750,4	856,5	— 106,1
September	856,4	936,6	— 80,2
Oktober	1 146,8	1 072,0	+ 74,8
November	1 350,7	1 269,9	+ 80,8

Quelle: Monatsstatistik von Bico Finance Group

Vorläufige Angaben für 6 Länder (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Hessen und Bremen) zeigen, daß die Ausgabensteigerung im Dezember angehalten hat, während die Einnahmen den im November erreichten Stand nicht einmal erreicht haben. Offenbar ist diese Entwicklung im wesentlichen saisonbedingt. Auch in früheren Jahren waren die Ausgaben im Dezember stets besonders hoch, während die Einnahmen meist hinter denen der Vormonate zurückblieben¹⁾. Die Mehrausgaben konnten in den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im allgemeinen durch Rückgriff auf Kassenreserven (einschließlich der bei der Währungsreform empfangenen Erstausrüstung) finanziert werden; nur Schleswig-Holstein mußte Kredite,

¹⁾ Die nach der Fertigstellung des Umbruchs eingegangenen Zahlen für Dezember bestätigen die oben angestellten Überlegungen. Einnahmen der 8 Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebietes: 1 215 Mill. DM; Ausgaben: 1 404 Mill. DM; Defizit: 189 Mill. DM.

darunter 8 Mill. DM von der Post, in Anspruch nehmen, so daß sein Kassenbestand unter Berücksichtigung der aufgenommenen Vorschüsse von — 12,8 Mill. DM am 27. November auf — 28,5 Mill. DM am 31. Dezember zurückging. Auch die Länder der französischen Zone mußten sich weiter verschulden; allein die bei den Landeszentralbanken aufgenommenen Kredite wuchsen von 26,9 Mill. DM am 30. November auf 28,8 Mill. DM am 31. Dezember.

Die Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes wiesen im Dezember ebenfalls ein Defizit auf, das mit 17 Mill. DM allerdings hinter dem des Vormonats (50 Mill. DM) zurückblieb. Im einzelnen kam der Fehlbetrag dadurch zustande, daß von dem im November zugunsten Berlins aufgenommenen 50 Mill. DM-Kredit bei der BdL 8 Mill. DM zurückgezahlt wurden, wogegen auf der anderen Seite bei der Post ein neuer Kredit zugunsten Berlins in Höhe von 25 Mill. DM aufgenommen wurde. Es ist vorgesehen, die Berlin-Hilfe in Zukunft aus den Erträgen der Kaffeesteuer und des „Notopfers Berlin“ zu finanzieren.

Bei den Gemeinden, deren Finanzlage schon in den Vormonaten ungünstiger gewesen war als die der Länder, haben im Dezember, Einzelangaben zufolge, die Ausgaben gleichfalls die Einnahmen übertroffen. Die Fehlbeträge wurden wahrscheinlich zum weitaus größten Teil durch Verausgabung der Dotation und nicht durch Kreditgewährung finanziert. Überschüsse haben dagegen weiter die Sozialversicherungen erzielt, und zwar auf Grund der anhaltend günstigen Entwicklung bei der Arbeitslosenversicherung. Der Einnahmemehrbeitrag ist wiederum auf 50—60 Mill. DM zu veranschlagen. Er wiegt jedoch nur einen Teil der Defizite in den übrigen Bereichen der öffentlichen Finanzen auf.

Im Berichtsmonat wurde der im November von der Verwaltung für Finanzen eingebrachte Vorschlag zur Steuerreform, der eine Senkung des Einkommensteuertarifs um rd. 16 v. H. in Verbindung mit einer Steueramnestie und verstärkten Steuerstrafen zum Inhalt hat, stark beachtet. Nachdem der Verwaltungsrat und der Wirtschaftsrat dem Vorschläge grundsätzlich

zugestimmt hatten, wurde er auf Grund eines Einspruchs des Länderrats zunächst zurückgezogen. Neuerdings hat der Verwaltungsrat auf den ursprünglichen Reformvorschlag der Verwaltung für Finanzen zurückgegriffen, wobei allerdings die von den Finanzministern (Königsteiner Tagung) unterstützte Anregung, die Steuersenkungen im wesentlichen nur als Belohnung für eine stärkere Kapitalbildung zu gewähren, mit berücksichtigt werden soll. Die steuerlichen Vergünstigungen sollen in einer Erweiterung der Vergünstigung für nicht entnommene Gewinne, Erleichterungen in der Bewertungsfreiheit für Ersatzbeschaffungen und erhöhten Sonderausgaben bestehen.

3. Außenwirtschaft

Die Wareneinfuhr in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet betrug im Jahre 1948 3,1 Mrd. RM bzw. DM. Die Ausfuhr stellte sich in der gleichen Zeit auf 1,8 Mrd. RM bzw. DM, so daß sich ein Passivsaldo von 1,3 Mrd. DM ergibt.

Die zahlenmäßige Erhöhung der gewerblichen Einfuhren im 2. Halbjahr geht zum größten Teil auf die Anwendung des 30 cts-Kurses, also nicht auf eine entsprechende Erhöhung der Einfuhrmengen, zurück, während die Steigerung der Einfuhren für den Ernährungssektor überwiegend eine echte Mengenbewegung darstellt.

Die Ausfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Jahre 1948 erbrachte insgesamt 592 Mill. Dollar. Bei den Auflagegütern ist die Ausfuhrmenge nur wenig gewachsen. Die Erhöhung der Wertziffern erklärt sich also im wesentlichen aus einer Steigerung der Preise (Preis Anpassungen an das Kostenniveau). Bei den sonstigen Gütern spielten Preiserhöhungen für die Steigerung der Einfuhrwerte zwar ebenfalls eine Rolle, gleichzeitig trat hier jedoch eine wesentliche Zunahme der Ausfuhrmengen ein. In Dollarwerten ergibt sich für die Verteilung der Ausfuhr auf das Jahr 1948 folgendes Bild:

Ausfuhr 1948
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
(in Mill. Dollar)

	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Gesamtjahr
Auflagegüter ¹⁾	149,6	183,2	332,8
Sonstige Güter	75,5	183,7	259,2
Gesamtausfuhr	225,1	366,9	592,0

¹⁾ Kohle, Koks, Holz und Schrott

Der Anteil des Dollarwertes der Fertigwaren an der Gesamtausfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes erhöhte sich von 25,9 v. H. im 1. Halbjahr auf 40,5 v. H. im 2. Halbjahr 1948.

Nach den Angaben der JEIA, die ihre Ermittlung im wesentlichen auf den Zahlungsvorgängen basiert und neben der Warenbewegung auch die Dienstleistungen einbezieht,

Außenhandel 1948
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
(in Mill. RM bzw. DM)

	1. Halbjahr		2. Halbjahr		Gesamtjahr	
Einfuhr						
Ernährungswirtschaft	747,2		1 077,8		1 825,0	
Gewerbliche Güter	423,5	1 170,7	915,3	1 993,1	1 338,8	3 163,8
Ausfuhr						
Auflagegüter ¹⁾	238,7		620,2		858,9	
Sonstige Güter	245,9	484,6	712,0	1 332,2	957,9	1 816,8
Einfuhrüberschuß		686,1		660,9		1 347,0

¹⁾ Kohle, Koks, Holz und Schrott

ergibt sich in vorläufigen Zahlen folgendes Bild:

Außenhandel
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, nach Angaben der JEIA)
(in Mill. Dollar)

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- Über- schuß	Ausfuhr in v. H. der Einfuhr
1945 (Aug.-Dez.)	96	20	76	20,8
1946	643	148	495	23,0
1947	734	225	509	30,6
1948	1 353	653	700	48,3
Insgesamt	2 826	1 046	1 780	37,0

Die Deviseneingänge für Exporte des Vereinigten Wirtschaftsgebietes erreichten im Dezember mit 104 Mill. Dollar den Jahreshöchststand. Für das Gesamtjahr 1948 beliefen sie sich auf rd. 620 Mill. Dollar. Das Jahressoll, mit dem die JEIA rechnete, betrug bekanntlich rd. 600 Mill. Dollar. Die Entwicklung war folgende (in Mill. Dollar):

1. Quartal	2. Quartal		
103,9	124,3	=	1. Halbjahr 228,2
3. Quartal	4. Quartal		
153,7	237,2	=	2. „ 390,9
			Gesamtjahr 619,1

Demgegenüber betrugen die Devisenausgänge für Importe nur rd. 493 Mill. Dollar. Sie verteilten sich folgendermaßen (in Mill. Dollar):

1. Quartal	2. Quartal		
46,7	150,6	=	1. Halbjahr 197,3
3. Quartal	4. Quartal		
156,9	138,6	=	2. „ 295,5
			Gesamtjahr 492,8

Der Aktiv-Saldo aus dem Warenverkehr, soweit dieser in Devisen abgewickelt wird, betrug also 126,3 Mill. Dollar. Auch die Devisenbewegung außerhalb des Warenverkehrs wies mit 16,1 Mill. Dollar einen Aktiv-Saldo auf. Im einzelnen ergibt sich für die Devisenbilanz 1948 folgendes Bild (in Mill. Dollar):

Es standen zur Verfügung:

Bestand am 31. Dez. 1947		150,9
Zugänge aus Exporten	619,1	
Übrige Zugänge	22,9	642,0
		<u>792,9</u>

Es kamen zur Verwendung:

Ausgänge für Importe	492,8	
Übrige Ausgänge	6,8	499,6
Bestand am 31. Dezember 1948		<u>293,3</u>

Das zu Beginn des Jahres 1948 vorhandene „Devisenpolster“ hat sich also in einem Zeitraum, in dem die deutsche Wirtschaft sehr auf Devisen für gewerbliche Einfuhren angewiesen war, nahezu verdoppelt. In dem Zeitraum von der Übernahme der Joint Foreign Exchange Agency und der Gemeinsamen Außenhandelskasse auf die Bank deutscher Länder am 1. August 1948 bis zum 31. Dezember 1948 betrug der Mehrzugang an Devisen 135 Mill. Dollar, was bei Umrechnung zum 30 Cents-Satz einer DM-Mehrauszahlung in Höhe von 450 Mill. DM entspricht. Den Devisenguthaben in Höhe von 293 Mill. Dollar per 31. Dezember 1948 standen Verpflichtungen aus Akkreditiven für laufende Importgeschäfte in Höhe von 196 Mill. Dollar gegenüber. Von letzteren werden rd. 30 Mill. frühestens im März 1949 fällig.

Das Einfuhrtieft, das eine ernsthafte Belastung der Wirtschafts- und Währungspolitik seit der Währungsreform bildete, ist jedoch im Schwinden. Die Einzahlungen der Importeure haben sich im Dezember stark erhöht. Die Entwicklung war folgende:

Einzahlungen der Importeure
(in Mill. RM bzw. DM)

im Monatsdurchschnitt bzw. Monat	GARIOA-, ERP- und STEG-Importe	übrige Importe	Importe insgesamt
Januar - Juni	263	135	398
Juli - Oktober	162	65	227
November	171	92	263
Dezember	242	132	374

Trotz der stark angestiegenen Importeinzahlungen konnte auch im Monat Dezember von einer Geldstillegung im Außenhandelssektor noch nicht die Rede sein, da sich gleichzeitig die Auszahlungen an die Exporteure erhöhten und weiterhin erhebliche Beträge für Sonderzwecke freigegeben worden sind. Diese Entwicklung scheint sich im Januar fortzusetzen.

Die Warenlieferungen in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet im Rahmen des ERP (Gesamtprogramm April bis Dezember 1948 rd. 342 Mill.

Dollar) beliefen sich bis Mitte Dezember auf rd. 92 Mill. Dollar. Davon entfielen rd. 26 Mill. Dollar auf gewerbliche Einfuhren. Bei der BdL waren bis zum Jahresende 135 Mill. DM für ERP-Importe eingezahlt.

Auch im Dezember war das Vereinigte Wirtschaftsgebiet im Rahmen des Europa-Clearings am Ausgleich der im Vormonat aufgelaufenen Salden aus dem zwischenstaatlichen Warenverkehr beteiligt. Zur Abdeckung von Einfuhrüberschüssen im November wurde ein Betrag von 1.002.000 Dollar Ziehungsrechten, die dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet zustehen, verwendet. Gleichzeitig wurden Ausfuhrüberschüsse des Monats November im Betrage von 895.000 Dollar mit Ziehungsrechten, die das Vereinigte Wirtschaftsgebiet anderen Ländern zu gewähren hat, verrechnet. Darüber hinaus wurde ein Betrag von 50.000 Dollar Ziehungsrechten, die das Vereinigte Wirtschaftsgebiet einem anderen Land zu gewähren hat, im Rahmen einer automatischen Verrechnung (Kompensation ersten Grades) verwendet, die bekanntlich ohne Zustimmung der beteiligten Länder durch die BIZ vorgenommen werden kann. Vorschläge für Kompensationen zweiten Grades scheinen bisher mangels der Zustimmung der betreffenden Partner nicht verwirklicht worden zu sein. Im Verkehr mit einem weiteren Land hatte das Vereinigte Wirtschaftsgebiet im Monat November Einfuhrüberschüsse zu verzeichnen, die mit ihm zustehenden Ziehungsrechten hätten abgegolten werden können. Da das Vereinigte Wirtschaftsgebiet jedoch in der nächsten Zeit weitere Warenlieferungen aus diesem Land mit entsprechenden Zahlungsverpflichtungen zu erwarten hatte, wurde im Einvernehmen zwischen den Beteiligten die Ausnutzung dieser Ziehungsrechte zurückgestellt. Andere Länder, die nach dem Pariser Abkommen dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet Ziehungsrechte zur Verfügung zu stellen haben, waren dazu auch im Dezember nicht in der Lage, weil sie noch keine Ausfuhrüberschüsse in die Doppelzone aufzuweisen hatten.

Von der Marshallplanverwaltung wurde dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet ein Dollarbetrag in Höhe der gewährten Ziehungsrechte als bedingte Hilfe fest zugeteilt. Insgesamt hat das Vereinigte Wirtschaftsgebiet im Berichtsmont

im Rahmen des europäischen Zahlungsabkommens eine Netto-Zuwendung von Marshallplanmitteln (empfangene Ziehungsrechte) in Höhe von rd. 1 Mill. Dollar aufzuweisen.

Die Bank deutscher Länder ist, um zu der Herstellung normaler bankgeschäftlicher Beziehungen zum Ausland möglichst beizutragen, bestrebt, die Geschäfte, die an sich notenbankfremd sind, auf Grund der Nachkriegsverhältnisse aber vorübergehend übernommen werden mußten, allmählich auf den Privatbanksektor überzuleiten. Mit der im Gang befindlichen Übertragung der im Ausland unterhaltenen Export/Import-Konten der Militärregierungen auf die BdL ist die Möglichkeit gegeben, deutsche Außenhandelsbanken in den Verkehr mit dem Ausland einzuschalten. In den Vereinigten Staaten und Großbritannien wurden die kontoführenden Korrespondenten bereits ermächtigt, von akkreditierten Außenhandelsbanken Zahlungsaufträge bestimmter Art entgegenzunehmen und auszuführen.

Ferner wurden auf Grund einer Ermächtigung der Militärregierungen acht Zweigniederlassungen ausländischer Banken Genehmigungen für ihren Geschäftsbetrieb im Vereinigten Wirtschaftsgebiet erteilt. In den Genehmigungen sind sowohl der einbezogene Personenkreis als auch Art und Umfang der bankgeschäftlichen Betätigung im einzelnen festgelegt. Soweit eine Regulierung von Zahlungen in D-Mark in Frage kommt, kann diese nur aus Konten erfolgen, die bei der zuständigen Landeszentralbank zu unterhalten sind.

4. Produktion und Absatz

In der letzten Zeit hat die industrielle Erzeugung im Weizonegebiet nicht mehr so stark zugenommen wie in den ersten vier Monaten nach der Währungsreform (Juli bis Oktober 1948). Die Indexziffer der Industrieproduktion (1936 = 100) lag im Oktober bei 74, im November bei 75 und im Dezember bei 78. Möglicherweise hat sich das Angebot nicht einmal im gleichen Umfang erweitert, da sich seit dem Spätsommer erneut Warenhortungstendenzen bemerkbar gemacht haben. An die Stelle des normalen Absatzes waren in gewissem Umfang auch wieder Kompensationsgeschäfte getreten. In letzter Zeit allerdings hat

die Lieferbereitschaft der Industrie wieder zugenommen, und die Haltung übergroßer Vorräte erscheint infolge des Rückganges der Preise kaum noch zweckmäßig. Im Handel war ein gewisses Nachlassen der Nachfrage bereits in der zweiten Dezember-Hälfte — allerdings mit gewissen regionalen Unterschieden — zu spüren. Das Weihnachtsgeschäft hat trotz der üblich gewordenen Weihnachtsgratifikationen besonders in teuren Waren enttäuscht, so daß im Januar zum ersten Male seit vielen Jahren wieder Inventurverkäufe veranstaltet worden sind, um die Lager zu räumen.

Im ganzen war die Industrieproduktion im Jahre 1948 um rd. 53 v. H. höher als 1947. Sie lag im zweiten Halbjahr (also in der Zeit seit der Währungsreform) um 62—63 v. H. über dem in der entsprechenden Vorjahrszeit erreichten Stand.

Der erneute Anstieg der Erzeugung im Dezember ist entscheidend auf die günstige Entwicklung der allgemeinen Produktionsgüter (dazu gehören Kohle, Strom, Gas, Grundchemikalien) zurückzuführen. Diese Gruppe hat im Berichtsmonat fast den Durchschnitt des Jahres 1936 erreicht. Im einzelnen betrug die Steinkohlenförderung im Dezember 8,10 Millionen t gegenüber 7,71 Mill. t im November und 7,87 Mill. t im Oktober, der bisher den Rekord hielt. Die neue Steigerung ist durch den Rückgang der Fehlschichten und eine weitere Erhöhung der Schichtleistung erreicht worden. Mit einer Förderung von 87 Mill. t im Jahre 1948 wurden 74,4 v. H. der Produktion von 1936 erreicht. Allerdings ist die Produktivität der im Bergbau angesetzten Arbeitskräfte noch ungleich weiter von dem Vorkriegsstand entfernt; 1936 belief sich die Schichtleistung der Untertagearbeiter im Durchschnitt auf 2,11 t gegenüber 1,31 t im Dezember 1948. Trotz des relativ günstigen Produktionsergebnisses war die Kohlenversorgung Westdeutschlands im Jahre 1948 mit 58,3 Mill. t (knapp 9 Mill. t mehr als 1947) nicht ausreichend, obwohl die Bestände auf den Halden mit verbesserten Verkehrsverhältnissen erheblich vermindert worden und die für Berlin und die Ostzone vorgesehenen Lieferungen zum größten Teil im Gebiet geblieben sind. Auch Erzeugung und Verbrauch von elektrischer

Energie haben im Dezember noch (um 7 v. H. gegenüber dem Vormonat) zugenommen, was zum Teil durch Überbeanspruchung der Werke erreicht worden ist.

Auch die Eisen- und Stahlproduktion hat im Dezember 1948 einen neuen Höchststand in der Nachkriegszeit erreicht. Sie lag um mehr als das Doppelte über dem entsprechenden Vorjahrsmonat.

Beachtlich zugenommen hat im Dezember ebenfalls die Fahrzeugherstellung, die Erzeugung der elektrotechnischen Industrie, der Leder-, der keramischen und der Gummi-Industrie, während sich in der Industrie der Steine und Erden sowie der Säge- und Holzindustrie ein Rückgang zeigt.

Bemerkenswert ist ferner, daß die Verkehrswirtschaft den erhöhten Anforderungen des Jahres 1948 ohne größere Schwierigkeiten gerecht geworden ist.

In der französischen Zone war die Belebung der Wirtschaft nach der Geldreform — von einigen Spezialindustrien abgesehen — bei weitem nicht so stark wie im Vereinigten Wirtschaftsgebiet; die aufgetretenen Engpässe sind zahlreicher und drückender als dort, Durch weitgehendes Festhalten an der Bewirtschaftung sind die eigenen Auftriebskräfte der Wirtschaft verhältnismäßig schwach geblieben, und bei der Rohstoffbeschaffung ist die Wirtschaft der französischen Zone infolge ihrer niedrigeren Preise gegenüber den deutschen Nachbargebieten in einen schweren Nachteil geraten. Zu dem Mangel an Rohstoffen, Kohle, elektrischer Energie, Verpackungsmaterial und dergleichen, der in letzter Zeit zu einem Rückgang der Produktion geführt hat, sind gewisse Kredit-schwierigkeiten getreten, da die Fertigwaren infolge der Bewirtschaftung nicht in dem notwendigen Umfange abgesetzt werden konnten. Die Hoffnungen sind daher auf eine Erhöhung der Lieferungen aus der Bizone und dem Ausland sowie auf eine Lockerung der Beschaffung und den Absatz hemmenden Bewirtschaftungsvorschriften gerichtet. Das im ganzen niedrigere Preisniveau der französischen Zone, das der Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung zu danken ist, ist also nicht ohne Opfer, d. h. mit einer noch immer starken Labilität der gesamten Wirtschaftslage, erkaufte worden.

5. Arbeitsmarkt

Die Zahl der Arbeitslosen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet, die noch im November — der Saisontendenz entgegen — auf 701.100 zurückgegangen war (Oktober: 723.200), ist im Dezember um rd. 42.000 gestiegen. Die übliche Zunahme der Erwerbslosigkeit im Winter (Rückgang der Beschäftigung in den Außenberufen) hat sich also in diesem Jahr erst spät durchgesetzt. Mit 742.900 Arbeitslosen bleibt die Dezember-Zahl jedoch noch unter dem höchsten Stand der Arbeitslosigkeit nach der Währungsreform, der mit 768.200 Ende August 1948 erreicht worden war. Die Zahl der offenen Stellen, die schon im November von rd. 269.000 auf rd. 245.000 gesunken war, hat sich stark (auf rd. 200.700) vermindert.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Berichtsmonat erstreckt sich ausschließlich auf die männlichen Kräfte (Zunahme um rund 53.000), während die Zahl der weiblichen Erwerbslosen um weitere rd. 11.000 Personen gesunken ist, was in erster Linie auf die Beschäftigung vieler weiblicher Kräfte während des Weihnachtsgeschäfts und die Einstellung von Hausgehilfinnen zurückzuführen ist. Damit hat sich der seit August 1948 nicht unterbrochene Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit fortgesetzt (August: 235.000, Dezember: 207.600).

Stand der Arbeitslosigkeit im Vereinigten Wirtschaftsgebiet Ende Dezember 1948

	in absoluter Höhe	Mai 1948 = 100
Schleswig-Holstein	114 800	617
Hamburg	26 200	217
Niedersachsen	171 000	296
Nordrhein-Westfalen	106 200	85
Bremen	11 500	132
Hessen	61 100	150
Württemberg-Baden	25 000	89
Bayern	227 100	153
Insgesamt	742 900	169

Die Zunahme der Zahl der männlichen Arbeitslosen im Dezember hat keineswegs alle Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebiets er-

faßt. In Nordrhein-Westfalen ist ein weiterer Rückgang der Erwerbslosigkeit zu verzeichnen; in einigen Ländern (Hamburg, Württemberg-Baden) sind die Veränderungen nur gering, während in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, also vor allem in Agrargebieten, eine stärkere Erhöhung der männlichen Arbeitslosen und damit der Gesamtzahl stattgefunden hat.

6. Preise und Löhne

Die Preisauftriebstendenzen haben sich im Dezember noch mehr abgeschwächt als im November. Trotz des Weihnachtsgeschäfts begann ab Mitte des Monats das Preisniveau im ganzen zu stagnieren. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die einzelnen Bereiche der Wirtschaft von dieser Entwicklung zunächst noch in sehr verschiedenem Grade erfaßt wurden. Die Preisbewegungen waren infolgedessen im Dezember noch keineswegs einheitlich. Immerhin waren unter den Preisreihen des regulären Marktes, die die Bank deutscher Länder nach Erhebungen verschiedener Stellen laufend beobachtet, im Dezember die Erhöhungen seltener als in den Monaten zuvor.

Zur neueren Preisbewegung im Einzelhandel

	von den beobachteten Preisreihen sind in v. H.		
	gestiegen	gesunken	unverändert geblieben
Oktober	53	26	21
November	41	33	26
1. Dezember-Hälfte	36	27	37
2. Dezember-Hälfte	18	19	63

Nach Beobachtungen anderer Stellen ist die Mehrzahl der Preise im Dezember zurückgegangen oder gleich geblieben. Die nur vereinzelt auftretenden Preiserhöhungen waren nur von ganz unbedeutendem Umfang. Selbst auf dem Schwarzen Markt war die Preisbewegung im großen und ganzen ähnlich, soweit hierüber infolge der zahlreichen regionalen und lokalen Unterschiede ein Urteil möglich ist. Dies ist um so bemerkenswerter, als man infolge der zu Weihnachten verstärkten Nachfrage mit einem

kräftigen Ansteigen der Preise hätte rechnen können. Auch auf dem Schwarzen Markt fielen die eingetretenen Preissteigerungen, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht wesentlich ins Gewicht.

Im Gegensatz zur Stagnation der Preise im Monat Dezember ist im Januar 1949 eine deutliche Umkehr der Preisbewegung sowohl am regulären als auch am Schwarzen Markt zu beobachten. Preissteigerungen sind im allgemeinen nicht mehr festzustellen; dagegen sind auf einzelnen Märkten Preiseinbrüche größeren Ausmaßes und auf der Mehrzahl der freien Märkte Preisrückgänge zu verzeichnen.

Die Ursachen dieser Preissenkungen lassen sich gegenwärtig noch nicht eindeutig erkennen. Die Umkehr der Preisbewegung ging offenbar zunächst vom Verbraucher aus, der weder bereit noch in der Lage war, die hohen Preise zu zahlen. Sie griff über auf die Angebotsgestaltung, die in den Monaten Oktober und November in spekulativer Übersteigerung die Fühlung mit den realen Kaufmöglichkeiten der Nachfrage verloren hatte und sich nunmehr wieder an diese anzupassen versuchte. Sicherlich war die Änderung des Marktverhaltens sowohl der Konsumenten als auch des Angebots zu einem Teil psychologisch bedingt; dabei waren die von der Wirtschaftsverwaltung immer wieder ausgesprochene Erwartung einer Preissenkung, die Ankündigung vermehrter Einfuhren für das Frühjahr dieses Jahres, die Befürchtung weiterer Kreditrestriktion zweifellos von Bedeutung. Die Änderung des Marktverhaltens wurde aber wesentlich auch von objektiven Faktoren bestimmt; das Auslaufen der hoheitlichen Geldschöpfung, die bereits erfolgte Kreditrestriktion, die schärfere Steuererfassung und die vorübergehende Erhöhung der öffentlichen Kassenbestände haben bereits in einigen Bereichen zu einer fühlbaren Verminderung der verfügbaren Kaufkraft geführt und in anderen Bereichen die Geldversorgung erheblich erschwert. In der gleichen Richtung wirkte die Liquiditätsvorsorge im Hinblick auf die im neuen Jahr bevorstehenden Termine für Steuern und Lastenausgleichszahlungen und eine sich anbahnende Zunahme der Sparneigung.

Die im Dezember eingetretene Stagnation der Preise hat anscheinend die Bestrebungen zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen zunächst vermindert. Das Lohnniveau ist infolgedessen während des Berichtszeitraums im wesentlichen unverändert geblieben. Die in den Vormonaten eingetretene Senkung des Realeinkommens (dieses war allerdings noch ungleich höher als vor Einführung der Deutschen Mark) soll in erster Linie durch eine auch von den Gewerkschaften nachdrücklich geforderte und von der Verwaltung für Wirtschaft angekündigte Ausdehnung des Jedermann-Programms ausgeglichen werden.

Nominell dürfte sich das Brutto-Einkommen der Erwerbstätigen (ohne mithelfende Familienangehörige, aber einschließlich der Rentner) in den letzten Monaten von 1948 auf eine Höhe von etwa 41 Mrd. DM (ohne Abzug der direkten Steuern) bewegt haben. Verglichen mit 1936 entsprach das einem um 27 v. H. höheren nominellen Durchschnittseinkommen.

7. Zusammenfassung

Im Dezember ist das Geldvolumen weiter gestiegen, wenn sich auch das Tempo der Zunahme infolge der restriktiven kreditpolitischen Maßnahmen sowie des allmählichen Auslaufens der hoheitlichen Geldschöpfung verlangsamt hat. Die öffentlichen Haushalte schlossen im Gegensatz zu den beiden Vormonaten wieder mit einem leichten Defizit ab. Über die Außenhandelskonten ist nur ein sehr geringer Betrag in den Verkehr geflossen.

Die industrielle Produktion hat sich ebenso wie im November weiter leicht erhöht, während die Arbeitslosigkeit im Dezember zum erstenmal die saisonübliche Zunahme zeigt.

Die inflationistischen Auftriebstendenzen haben erheblich an Kraft verloren. Von etwa Mitte Dezember ab kann von einem gewissen Umschwung der gesamten Markttendenz gesprochen werden, wobei die Dispositionen der Verbraucher die entscheidende Ursache darstellen dürften. Im Handel ließ die bisher überaus lebhafteste Geschäftstätigkeit nach. Ihren Niederschlag findet diese Entwicklung vor allem auf dem Preisgebiet, wo seit Jahresende nicht unerhebliche Einbrüche erfolgt sind.

Die Ausweise der Bank deutscher Länder

Seit dem 7. 9. 1948 veröffentlicht die Bank deutscher Länder gemäß § 26 des Gesetzes über die „Errichtung der Bank deutscher Länder“ einen **Wochenausweis** über ihren eigenen Status und außerdem monatlich einen **zusammengefaßten Ausweis** für das gesamte Zentralbanksystem (Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken), im folgenden „Konsolidierter Ausweis“ genannt. Die Aufstellung zweier verschiedener Ausweise sowie deren einzelne Positionen zeigen die großen Unterschiede, die zwischen dem jetzigen und dem früheren Zentralbanksystem bestehen; sie sind teils durch die grundsätzliche Neugliederung des Zentralbanksystems, teils durch die Technik der Währungsreform bedingt.

In allen 11 Ländern des Währungsgebietes wurden Landeszentralbanken als Körperschaften des öffentlichen Rechts gegründet, die größtenteils (eine Ausnahme bilden lediglich die Landeszentralbanken der französischen Zone) Aktiv-Geschäfte nur mit den Kreditinstituten ihres Landes betreiben dürfen und die Kassengeschäfte der Regierungsbehörden führen. Als Notenbank und gleichzeitig als „Bank der Landeszentralbanken“ wurde später die Bank deutscher Länder errichtet, die ihrerseits die Finanz- und Kassengeschäfte der Dienststellen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, einschließlich Eisenbahn und Post, erledigt. Gleichzeitig ist der Bank deutscher Länder die Abwicklung des Geldverkehrs mit dem Ausland (Devisengeschäfte) übertragen worden, sowie der gesamte bankmäßige Überweisungsverkehr zwischen den Ländern des Währungsgebietes.

Sowohl die Bank deutscher Länder wie auch die Landeszentralbanken sind gesetzlich verpflichtet, ihren Ausweis regelmäßig zu veröffentlichen. Infolge der Zweistufigkeit im Aufbau des Zentralbanksystems vermitteln weder der Ausweis der Bank deutscher Länder noch die der Landeszentralbanken für sich allein einen vollständigen Überblick über die Geld- und Kreditversorgung des gesamten westdeutschen Währungsgebietes. Dieser ist vielmehr nur aus dem **Konsolidierten**

Ausweis zu gewinnen, in dem die gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen der Bank deutscher Länder und den Landeszentralbanken miteinander saldiert werden, so daß in diesem Ausweis nur die Geschäftsbeziehungen des gesamten Zentralbanksystems gegenüber der Kundschaft außerhalb des Zentralbanksystems (im wesentlichen also: die übrigen Geldinstitute sowie die Dienststellen der Besatzungsmächte, des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und der Länder) ihren Niederschlag finden. Nicht dem **Wochenausweis** der Bank deutscher Länder, sondern nur dem **Konsolidierten Ausweis** kommt demnach, trotz seiner neuartigen Konstruktion, im Prinzip etwa die gleiche Bedeutung wie dem früheren Reichsbankausweis zu, so daß auch — unter gewissen Vorbehalten — ein Vergleich dieser beiden Ausweise zulässig ist.

Aus dem Wochenausweis der Bank deutscher Länder gehen die Positionen Ausgegebene Banknoten sowie die mit dem Auslandsgeschäft zusammenhängenden Posten unverändert in den Konsolidierten Ausweis über. Aus den Ausweisen der Landeszentralbanken werden die bei diesen unterhaltenen Einlagen der Geldinstitute ebenfalls unverändert in den Konsolidierten Ausweis übernommen. Die Einlagen von Dienststellen der Besatzungsmächte und der öffentlichen Hand bei der Bank deutscher Länder und den Landeszentralbanken werden zusammengefaßt. Die im Wochenausweis der Bank deutscher Länder enthaltenen Forderungen und Verpflichtungen gegen jede der 11 Landeszentralbanken müssen mit deren Verpflichtungen und Forderungen gegen die Bank deutscher Länder übereinstimmen, so daß sich diese Posten bei der Saldierung aufheben. Auf der Aktivseite werden die von den Landeszentralbanken und der Bank deutscher Länder ausgewiesenen Bestände an Ausgleichsforderungen, Wechseln und sonstigen Wertpapieren zusammengefaßt.

Die Aufgabenkreise der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken treten auf der **PASSIVSEITE** des **Wochenausweises** und des **Konsolidierten Ausweises** besonders deutlich in Erscheinung: die Notenbankfunktion in der Position Ausgegebene Banknoten, die Zentralbankfunktion in der Position Guthaben (Einlagen) der angeschlossenen Banken, die Funktion der Kassensführung für die öffentliche Verwaltung in den Einlagen der öffentlichen Hand und der Be-

WOCHENAUSWEIS DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

AKTIVA	vom 31. Dezember 1948	PASSIVA	
	in 1000 DM	in 1000 DM	
1. Guthaben bei ausländischen Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handelsabkommen (für die Militärregierungen verwaltet)	983.064	1. Ausgegebene Banknoten*)	6.319.448
2. Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts	1.538.559	2. Guthaben der angeschlossenen Landeszentralbanken	675.534
3. Ausländische Zahlungsmittel (für die Militärregierungen verwaltet)	11	3. Einlagen von Dienststellen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes	168.546
4. Wechsel	1.106.715	4. Einlagen der Besatzungsmächte	362.294
5. Lombardforderungen gegen Ausgleichsfordernngen gegen die öffentliche Hand	862.149	5. Andere Einlagen	41.328
6. Kassenvorschüsse an die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes	42.000	6. Verpflichtungen in Devisen gegen JEIA (davon von JEIA noch nicht erfaßt: 12.890)	977.782
7. Vorläufige Ausgleichsfordernngen gegen die öffentliche Hand aus der Neuordnung des Geldwesens	4.568.109	7. Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts	1.375.877
8. Interimsforderungen gegen die Landeszentralbanken	661.498	8. Sonstige Passiva	101.385
9. Sonstige Aktiva	360.089	9. Grundkapital	100.000
	10.122.194		10.122.194

*) Außerdem sind gemäß Anordnung der Militärregierungen der Währungskommission Berlin DM 407.352.000.— zur Verfügung gestellt worden.

Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

AKTIVA	vom 31. Dezember 1948	PASSIVA	
	in 1000 DM	in 1000 DM	
1. Guthaben bei ausländischen Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handelsabkommen (für die Militärregierungen verwaltet)	983.064	1. Ausgegebene Banknoten*)	6.319.448
2. Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts	1.538.559	2. Einlagen der	
3. Ausländische Zahlungsmittel (für die Militärregierungen verwaltet)	11	a) Geldinstitute innerhalb des Währungsgebietes	1.532.718**)
4. Postscheckguthaben	129.175	b) Geldinstitute außerhalb des Währungsgebietes	39.809
5. Wechsel	1.461.044	c) öffentlichen Körperschaften	
6. Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen der Länder	510	ca) Besatzungsmächte 455.308	
7. Lombardforderungen gegen		ob) Staatskassen 452.742	
a) Wechsel	34.055	cc) Gemeinden u. Gemeindeverbände 85.990	
b) Ausgleichsfordernngen gegen die öffentliche Hand	132.104	cd) sonstige öffentliche Körperschaften 341.098	1.335.138
c) Schatzwechsel der Länder	361	d) sonstigen Girokunden innerhalb des Währungsgebietes	222.091
d) Anleihen der Länder	25	e) sonstigen Girokunden außerhalb des Währungsgebietes	2.575
e) sonstige Wertpapiere	648	3. Verpflichtungen in Devisen gegen JEIA (davon von JEIA noch nicht erfaßt 12.890)	977.782
8. Kassenvorschüsse an		4. Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts	1.375.877
a) die Militärregierung	649	5. Grundkapital	
b) die Länder	34.631	a) BdL	100.000
c) sonstige öffentliche Körperschaften	63.205	b) LZB	270.000
9. Wertpapiere		6. Rückstellungen	6.483
a) angekaufte Ausgleichsfordernngen gegen die öffentliche Hand	38.242	7. Schwebende Verrechnungen innerhalb des Zentralbanksystems	135.305
b) am offenen Markt gekaufte	59	8. Sonstige Passiva	168.895
10. Beteiligung an der BdL	100.000	Indossamentsverbindlichkeiten: DM 1.106.717	
11. Forderungen gegen die öffentl'che Hand aus der Neuordnung des Geldwesens	7.520.749		
12. Interimsforderungen gegen die Geldinstitute aus der Erstausrüstung mit neuem Geld	143.025		
13. Sonstige Aktiva	306.005		
	12.486.121		12.486.121

*) Außerdem sind gemäß Anordnung der Militärregierungen der Währungskommission Berlin DM 407.352.000.— zur Verfügung gestellt worden.

**) Mindestreserven gem. § 6 des Emissionsgesetzes im Durchschnitt des Monats Dezember 1948.

Reserve-Soll	1.143.048	Summe der Überschreitungen	366.656
Reserve-Ist	1.484.865	Summe der Unterschreitungen	24.839
Überschußreserven	341.817		341.817

Frankfurt a. M., den 20. Januar 1949.

BANK DEUTSCHER LÄNDER

satzungsmächte und die Durchführung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland in den Verpflichtungen in Devisen gegen die JEIA sowie den sonstigen Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäftes.

Die Position „AUSGEGEBENE BANKNOTEN“ zeigt den Notenumlauf im westdeutschen Währungsgebiet. Hierin sind die bei den Landeszentralbanken befindlichen Kassenbestände nicht enthalten, da diese nur für Rechnung der Bank deutscher Länder geführt werden und ebenso wie der Kassenbestand der Bank deutscher Länder selbst nicht als ausgegebene Banknoten angesehen werden können. Ferner sind in dieser Position nicht diejenigen DM-Noten erfaßt, die auf Anordnung der Militärregierungen der Währungskommission Berlin zur Verfügung gestellt wurden. Dieser Betrag wird jeweils in einer Fußnote zum Ausweis vermerkt. Da nach § 1 des Emissionsgesetzes die Kleingeldzeichen (künftig auch die Münzen) im Unterschied zur früheren Regelung von der Bank deutscher Länder und nicht vom Staat ausgegeben werden, umfaßt die Position Ausgegebene Banknoten auch die Kleingeldzeichen.

Den wichtigsten Posten der Einlagen im Wochenausweis der Bank deutscher Länder bilden die „GUTHABEN DER ANGESCHLOSSENEN LANDESZENTRALBANKEN“. Bei diesen Guthaben handelt es sich fast ausschließlich um Mindestguthaben, die die Landeszentralbanken bei der Bank deutscher Länder gemäß § 6 des Emissionsgesetzes in Höhe von gegenwärtig 20% der bei ihnen geführten Giroeinlagen unterhalten müssen. Aus der Höhe der Guthaben der angeschlossenen Landeszentralbanken kann demnach ungefähr der Gesamtbetrag der Einlagen bei den Landeszentralbanken ermittelt werden, der etwa das 5-fache dieser Guthaben ausmacht. Da die Berechnung des Reserve-Solls und der Mindestguthaben nur im Monatsdurchschnitt vorgenommen wird, kann die Aufgliederung in Mindestguthaben und Überschußreserven jeweils nur in einer Anmerkung zur Position „Guthaben der angeschlossenen Landeszentralbanken“ erfolgen. Gemäß Zentralbankratsbeschluß wird dies erst ab 7. Februar 1949 geschehen, wobei die Überschreitungen und Unterschreitungen

des Reserve-Solls gesondert angegeben werden.

Im Konsolidierten Ausweis treten an die Stelle der Guthaben der angeschlossenen Landeszentralbanken die „EINLAGEN DER GELDINSTITUTE INNERHALB DES WÄHRUNGSGEBIETES“ beim Zentralbanksystem. Auch diese den Landeszentralbanken angeschlossenen Geldinstitute sind nach § 6 des Emissionsgesetzes zur Unterhaltung von Mindestguthaben bei den Landeszentralbanken verpflichtet, die in den ausgewiesenen Giroeinlagen jeweils enthalten sind. Die Ausweisung der Pflicht- und Überschußreserven geschieht ebenso wie im Wochenausweis, erstmalig hier jedoch bereits am 31. Dezember 1948.

Im Wochenausweis sind in der Position „EINLAGEN DER DIENSTSTELLEN DES VEREINIGTEN WIRTSCHAFTSGEBIETES“ auch die Einlagen der Eisentahn und der Generalpostkasse enthalten. Zusammen mit dem Posten „EINLAGEN DER BESATZUNGSMÄCHTE“ stellen sie in einem weiteren Sinne die Einlagen der öffentlichen Hand bei der Bank deutscher Länder dar.

Bei den Landeszentralbanken werden entsprechend Einlagen unterhalten von den Dienststellen der Länder und von sonstigen öffentlichen Körperschaften, aber auch die Besatzungsmächte haben einen Teil ihrer Guthaben zu den Landeszentralbanken verlagert. Alle diese Guthaben der öffentlichen Hand beim Zentralbanksystem sind im Konsolidierten Ausweis zusammengefaßt unter dem Oberbegriff „EINLAGEN DER ÖFFENTLICHEN KÖRPERSCHAFTEN“.

Der Position „ANDERE EINLAGEN“ im Wochenausweis entsprechen im Konsolidierten Ausweis die Positionen „EINLAGEN DER GELDINSTITUTE AUßERHALB DES WÄHRUNGSGEBIETES“ und „SONSTIGE GIROKUNDEN“ innerhalb und außerhalb des Währungsgebietes. Als wichtigste Posten unter der Position „Andere Einlagen“ sind die Guthaben der Währungskommission Berlin und der noch in der Abwicklung befindlichen Gemeinsamen Außenhandelskasse zu erwähnen; diese Einlagen werden nur bei der Bank deutscher Länder unterhalten.

In den entsprechenden Positionen des Konsolidierten Ausweises treten hierzu noch die jeweiligen bei den Landeszentralbanken unterhaltenen Guthaben der privaten Kundschaft. Aus dieser Position geht deutlich die geringe Beteiligung des Zentralbanksystems am Depositengeschäft mit der Nichtbankenkundschaft hervor, in deutlichem Unterschied zu dem früheren Reichsbanksystem, bei dem größere Einlagen sonstiger Gläubiger immer üblich waren.

Das „GRUNDKAPITAL“ der Bank deutscher Länder wurde gemäß § 25 a des Gesetzes über die Errichtung der Bank deutscher Länder auf 100 Millionen RM festgesetzt und nach § 7 der Bankverordnung im Verhältnis 1 : 1 auf 100 Millionen DM umgestellt.

Im Konsolidierten Ausweis tritt hierzu noch das Grundkapital der Landeszentralbanken, das sich gemäß den Bestimmungen der einzelnen Landeszentralbankgesetze auf insgesamt 270 Millionen DM beläuft und nach § 6 der Bankverordnung gleichfalls im Verhältnis 1 : 1 umgestellt worden ist. (Für das Kapital der Bank deutscher Länder, das sich im Besitz der Landeszentralbanken befindet, mußte im Konsolidierten Ausweis die entsprechende Position „BETEILIGUNG AN DER BANK DEUTSCHER LÄNDER“ auf der Aktivseite eingesetzt werden.)

Die Position „SCHWEBENDE VERRECHNUNGEN INNERHALB DES ZENTRALBANKSYSTEMS“ wird nur im Konsolidierten Ausweis aufgeführt. In ihr sind in der Hauptsache die unterwegs befindlichen Giroüberweisungen sowohl zwischen den einzelnen Niederlassungen der Landeszentralbanken als auch zwischen den einzelnen Ländern des westdeutschen Währungsgebietes enthalten. (Im Wochenausweis sind diese Posten mit zu den Guthaben der angeschlossenen Landeszentralbanken gerechnet.)

Einen größeren Posten stellen dann auf der Passivseite noch die Positionen „Verpflichtungen in Devisen gegen JEIA“ und die „Sonstigen Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ dar, deren Natur nur aus der besonderen Organisation des deutschen Außenhandels verständlich wird. Den beiden Passivposten entsprechen auf der AKTIV-

SEITE die „Guthaben bei ausländischen Banken“ und die „Sonstigen Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts“. Diese Aktiv- und Passivpositionen sind in gleicher Höhe jeweils im Wochenausweis und im Konsolidierten Ausweis enthalten, da sie nur bei der Bank deutscher Länder geführt werden und die Landeszentralbanken in das Auslandsgeschäft nicht unmittelbar einschaltet sind.

Die „VERPFLICHTUNGEN IN DEVISEN GEGEN JEIA“ stellen zusammen mit den ihnen gegenüber stehenden „GUTHABEN BEI AUSLÄNDISCHEN BANKEN“ lediglich einen durchlaufenden Posten dar und bewirken eine entsprechende Bilanzverlängerung. Beide Posten werden in den Büchern der Bank deutscher Länder als Devisen geführt und für den Ausweis jeweils nach dem Umrechnungssatz der JEIA in DM bewertet. Die Behandlung dieser Devisenguthaben als Durchlaufposten bringt zum Ausdruck, daß sie sich nicht im Eigentum der Bank deutscher Länder befinden, sondern von dieser lediglich als Agent für die JEIA verwaltet werden. Darauf wird bei dem Posten „Guthaben bei ausländischen Banken“ mit dem Zusatz „für die Militärregierungen verwaltet“ auch ausdrücklich hingewiesen. Der Überschuß der „Guthaben bei ausländischen Banken“ über die „Verpflichtungen in Devisen gegen JEIA“ weist darauf hin, daß ein Teil der Guthaben bei ausländischen Banken nicht als Verpflichtungen in Devisen gegen JEIA anzusehen sind. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um Devisenguthaben aus nicht mit dem Waren- und Dienstleistungsverkehr im Zusammenhang stehenden Geschäftsvorfällen. Das Gleiche gilt für die kleine Position „AUSLÄNDISCHE ZAHLUNGSMITTEL“, bei der es sich bisher nur um Sorten handelt, die von Repatriierten übernommen wurden.

Über die „SONSTIGEN KONTEN ZUR ABWICKLUNG DES AUSLANDSGESCHÄFTS“, die zu einem Teil auf der Aktivseite und zum anderen Teil auf der Passivseite der Bilanz erscheinen, werden alle mit der Aus- und Einfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (also nicht auch des französischen Besatzungsgebietes) zusammenhängenden Geschäftsvorgänge in DM gebucht. Auf der

Passivseite erscheinen neben einem Verrechnungskonto mit der Joint Foreign Exchange Agency vornehmlich:

die DM-Einzahlungen der Importeure bis zu ihrer endgültigen Abrechnung und Buchung;

die Guthaben der amerikanischen und britischen Militärregierung bei der Bank deutscher Länder aus den Gegenwerten für kreditierte Importe (GARIOA, STEG, ERP) und

die — meistens kurzfristigen, aus technischen Gründen entstandenen — DM-Verbindlichkeiten gegenüber den Exporteuren, soweit der Deviseneingang bereits gebucht, die DM-Auszahlung jedoch noch nicht getätigt worden ist.

Auf der Aktivseite sind in erster Linie enthalten:

der DM-Gegenwert für die JEIA-Devisen (der DM-Gegenwert kann als eine Forderung gegen die JEIA aus den aus deutschen Exporten angefallenen und für Importe noch nicht verwendeten Devisen gedeutet werden),

Zahlungen an Exporteure, soweit der Devisenerlös aus den Exporten noch nicht eingegangen oder noch nicht gebucht worden ist, sowie

die Forderungen an Importeure, soweit die Devisen verausgabt wurden und die Verrechnungsbuchungen mit dem entsprechenden Passivkonto noch nicht abgeschlossen sind.

Das Hauptaktivum im Wochenausweis der Bank deutscher Länder stellen die „VORLÄUFIGEN AUSGLEICHSFORDERUNGEN GEGEN DIE ÖFFENTLICHE HAND“ dar. Sie sind das Spiegelbild der hoheitlichen Geldschöpfung der westdeutschen Währungsreform und werden gemäß § 11 des Umstellungsgesetzes den Geldinstituten zur Deckung der Differenz ihrer Verpflichtungen und der ihnen verbliebenen Aktiva zugeteilt; sie sind mit 3% verzinslich. Schuldner der der Bank deutscher Länder zugeteilten Ausgleichsforderungen sind das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und die Länder der französischen Zone, während bei den Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken (und auch der übrigen Geldinstitute) die Länder als Schuldner bestimmt worden sind. Da die Bank deutscher Länder im Zeitpunkt der Umstellung über Aktiven in nennenswertem Umfang nicht verfügte, entsteht bei ihr eine Ausgleichsforderung für fast alle Verbindlich-

keiten aus der Währungsumstellung. Um einen Überblick über die Entstehung dieser Ausgleichsforderung zu geben, wurde sie bisher nach den verschiedenen, der Bank deutscher Länder in den Währungsgesetzen auferlegten, Verpflichtungen aufgegliedert: aus der Auszahlung der Kopf- und Geschäftsbeträge; aus der Erstausrüstung der öffentlichen Hand und der Besatzungsmächte; aus der Umwandlung von Passiva, abzüglich Aktiva, insbesondere Einlagen der Geldinstitute; aus der Umstellung des Eigenkapitals der Bank deutscher Länder und aus der Einlösung umgestellter Kleingeldzeichen. In Zukunft wird diese Aufgliederung fallengelassen. Die Ausgleichsforderungen sind als „vorläufig“ bezeichnet, da ihr genauer Betrag erst nach Eintragung im Schuldbuch auf Grund der geprüften und bestätigten DM-Eröffnungsbilanz (Umstellungsrechnung) feststeht.

In diesem Zusammenhang sind auch die „INTERIMSFORDERUNGEN“ gegen die Landeszentralbanken zu erwähnen. Sie waren entstanden aus der Notwendigkeit, die Landeszentralbanken durch die vorschubweise Bereitstellung von DM-Noten und Giro-Guthaben in die Lage zu versetzen, die ihnen durch die Währungsgesetze auferlegten Verpflichtungen fristgemäß zu erfüllen. Den Interimsforderungen der Bank deutscher Länder gegen die Landeszentralbanken stehen bei den Landeszentralbanken entsprechende Interimsverbindlichkeiten gegen die Bank deutscher Länder gegenüber. In dem Maße, wie die Abrechnungen aus der Geldumstellung voranschreiten, werden die Interimsforderungen in vorläufige Ausgleichsforderungen umgewandelt und endgültig aus den Ausweisen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken verschwinden.

Im Konsolidierten Ausweis sind die Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken unter der Position „FORDERUNGEN GEGEN DIE ÖFFENTLICHE HAND“ zusammengefaßt. Die bei den Landeszentralbanken ausgewiesenen Interimsforderungen gegen die öffentliche Hand aus der Erstausrüstung der Länder werden dabei zu den Ausgleichsforderungen gerechnet, da sie nach endgültiger Abrechnung und Prüfung durch die Rechnungshöfe in Ausgleichsforderungen umgewandelt werden. Da die In-

terimsforderungen und -verbindlichkeiten zwischen der Bank deutscher Länder und den Landeszentralbanken bei der Konsolidierung ohnehin herausfallen, verbleiben im Konsolidierten Ausweis nur noch die Interimsforderungen der Landeszentralbanken gegen die Geldinstitute. Diese sind entstanden durch das den Geldinstituten von den Landeszentralbanken vorschußweise eingeräumte Giroguthaben in Höhe von 10% der Verbindlichkeiten der angeschlossenen Geldinstitute; diese Interimsforderungen werden mit dem endgültigen Abschluß der Umstellungsarbeiten gleichfalls verschwinden.

Vor ihrer Eintragung im Schuldbuch sind die Ausgleichsforderungen zwischen den Geldinstituten noch nicht handelbar; sie können jedoch nach § 11 der Bankverordnung durch die Bank deutscher Länder und den Landeszentralbanken von den ihnen angeschlossenen Geldinstituten angekauft oder beliehen werden, wenn deren Zahlungsbereitschaft gefährdet ist. Der verhältnismäßig große Betrag der Position „LOMBARDFORDERUNGEN GEGEN AUSGLEICHSFORDERUNGEN GEGEN DIE ÖFFENTLICHE HAND“ im Wochen ausweis der Bank deutscher Länder zeigt, inwieweit die Bank deutscher Länder von der Vorschrift des § 11 bereits Gebrauch machen mußte. Aber auch die Landeszentralbanken haben in einzelnen Fällen von den ihnen angeschlossenen Kreditinstituten Ausgleichsforderungen angekauft und lombardiert, wie aus der Position „Wertpapiere“ im Konsolidierten Ausweis ersichtlich ist. Hierbei handelt es sich im wesentlichen nur um eine nachträgliche Korrektur der Liquiditätsausstattung insbesondere der Hypothekenbanken, die sich infolge der Technik der Bankensanierung als notwendig erwiesen hat.

Diese Geschäfte sind keineswegs als Offenmarkt-Operationen anzusehen, genau so wenig wie etwa aus den „AM OFFENEN MARKT ANGEKAUFTE WERTPAPIEREN“ schon auf den Beginn einer derartigen Politik geschlossen werden darf; hierzu sind auch die unter dieser Position ausgewiesenen Beträge viel zu geringfügig. Grundsätzlich sind sowohl die Bank deutscher Länder als auch die Landeszentralbanken dazu befugt, Offenmarkt-Geschäfte durchzuführen.

Gegenwärtig fehlen jedoch geeignete Offenmarkt-Papiere; die „Vorläufigen Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand“ kommen hierfür nicht in Betracht, denn sie sind weder frei handelbar, noch haben sie einen freien Kurswert, noch entspricht ihr — mehr nach fiskalischen Gesichtspunkten — festgesetzter Zinssatz dem gegenwärtigen Landeszinssfuß.

Aus den Positionen „WECHSEL“ und „LOMBARDFORDERUNGEN“ im Wochen ausweis geht die Kreditinanspruchnahme der Bank deutscher Länder — als der letzten und endgültigen Refinanzierungsquelle — durch die Landeszentralbanken hervor. Die Wechsel sollen gute Handelswechsel sein. Als Lombardpfänder kommen Wechsel, Schatzwechsel und Schuldverschreibungen der Länder sowie Ausgleichsforderungen in Betracht. Gegenwärtig sind von der Bank deutscher Länder im wesentlichen nur Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken gegen die öffentliche Hand im Lombardgeschäft beliehen worden, und zwar mit $\frac{9}{10}$ ihres Nennwertes. Die Landeszentralbanken sind bemüht, soweit als möglich von dem billigeren Wechselkredit Gebrauch zu machen. Trotzdem können sie jedoch auf Grund ihrer Liquiditätslage nicht darauf verzichten, einen erheblichen Teil ihres Geldbedarfs im Wege der Lombardierung zu decken.

Die Kreditinanspruchnahme des Zentralbankensystems in seiner Gesamtheit durch die übrigen Banken ist aus den entsprechenden Positionen „Wechsel und Schecks“ und „Lombardforderungen“ des Konsolidierten Ausweises zu ersehen. Bei den „WECHSELN UND SCHECKS“ kommen zu dem Wechselbestand der Bank deutscher Länder (der mit der Summe der im Status der Landeszentralbanken ausgewiesenen Indossamentsverpflichtungen übereinstimmt) noch die Wechsel im Portefeuille der Landeszentralbanken hinzu sowie die — eine etwas untergeordnete Rolle spielenden — Schecks im Besitze der Landeszentralbanken. Bei den „LOMBARDFORDERUNGEN“ im Konsolidierten Ausweis fällt gegenüber der entsprechenden Position des Wochen ausweises die verhältnismäßige Geringfügigkeit des ausgewiesenen Betrages auf. Da jedoch im Konsolidierten Ausweis die Lom-

bardforderungen der Bank deutscher Länder mit den entsprechenden Verpflichtungen der Landeszentralbanken aufgerechnet sind, verbleibt als Lombardforderung des gesamten Zentralbanksystems nur der unmittelbar von den Landeszentralbanken gegebene Lombardkredit als Restbetrag. Im wesentlichen handelt es sich auch hierbei um Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand und — in geringerem Maße — um kurzfristige Darlehensgewährung gegen Wechsel.

Die Position „KASSENVORSCHÜSSE AN DIE VERWALTUNG DES VEREINIGTEN WIRTSCHAFTSGBIETES“ im Wochen- ausweis gibt nur Auskunft über die Kreditgewährung der Bank deutscher Länder an die Organe der überzonalen Verwaltungen. Gemäß Artikel III/14 b des Bankgesetzes ist die Bank deutscher Länder befugt, der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes kurzfristige Vorschüsse auf bestimmte künftige Einnahmen zu gewähren, wenn auch nur bis zu einer

Höchstgrenze von gegenwärtig DM 300 Millionen. Die derzeitigen Kassenvorschüsse bewegen sich jedoch bislang weit unterhalb dieses Kreditlimits.

Um einen Überblick über die gesamte kurzfristige Kreditgewährung des Zentralbanksystems an die öffentliche Hand zu gewinnen, ist wieder auf die entsprechende Position des Konsolidierten Ausweises zurückzugreifen, in der zu den Kassenvorschüssen der Bank deutscher Länder auch die von den Landeszentralbanken an die Militärregierung, an die Länder und an die sonstigen öffentlichen Körperschaften gewährten Vorschüsse hinzugerechnet sind.

Die Position „SCHATZWECHSEL UND KURZFRISTIGE SCHATZANWEISUNGEN DER LÄNDER“ erscheint nur mit sehr kleinen Beträgen im Konsolidierten Ausweis und ist im Wochenausweis bisher überhaupt noch nicht enthalten.

Die Entwicklung der Banken im November 1948

Ergebnisse der monatlichen Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet (Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)¹⁾

Im Monat November haben die Banken ihre Barreserve zum Teil stark erhöht. Anlaß hierzu war vornehmlich die um die Monatsmitte beschlossene und ab 1. Dezember 1948 in Kraft getretene Erhöhung der Mindestreserven gegen Sichtdepositen (an Bankplätzen) von 10 auf 15%. Daneben dürfte das im Laufe des Monats mehrfach aufgetauchte Gerücht über eine bevorstehende Diskonterhöhung eine Rolle gespielt haben.

Auch die Ausdehnung der Kredite und im

Zusammenhang damit der Bankeinlagen machte im November weitere Fortschritte. Daneben nahm die Umstellung alter RM-Guthaben gemäß Währungsgesetzgebung ihren Fortgang.

1. Verlangsamung der Kreditausweitung, aber immer noch hohe Zuwachsrate

Die bei der Gesamtheit aller Geldinstitute ausstehenden Kredite (ohne Kredite an Geldinstitute) sind im November von 3819 auf 4333 Mill. DM, d. h. um 13 v. H., gestiegen. Gegenüber den Vormonaten zeigt sich zwar eine gewisse Verlangsamung im Wachstum des Kreditvolumens, aber die Zuwachsrate blieb mit mehr als 1/2 Mrd. DM noch immer recht hoch.

Kredite an die Nichtbankenkundschaft
bei allen Banken
(in Mill. DM)

	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.
Stand am Monatsende	1 339	2 378	3 196	3 819	4 333
Monatliche Zuwachsrate		1 039	818	623	514

¹⁾ Die monatliche Bankenstatistik umfaßt im Gegensatz zur wöchentlichen Bankenstatistik — die sich auf die Berichte von 112 Repräsentativinstituten stützt — praktisch alle Geldinstitute. Ausgenommen sind nur diejenigen Institute, die am 31. März 1948 eine Bilanzsumme von weniger als 2 Mill. RM auswiesen. — Die Ergebnisse der monatlichen Bankenstatistik werden in Zukunft regelmäßig in den „Monatsberichten“ veröffentlicht werden; die nächste Nummer wird die Ergebnisse für den Dezember bringen.

Wie schon in den Vormonaten, kam auch im November die Zunahme der Kredite fast ausschließlich Wirtschaftsunternehmen und Privaten zugute; die Kredite an diese stiegen um 485 Mill. DM auf 4035 Mill. DM. Die Zunahme der Kredite an die öffentliche Hand um 11 v. H. auf 298 Mill. DM entfällt wieder hauptsächlich auf ein Sonderinstitut, während die an die öffentliche Hand gewährten Kredite bei den übrigen Bankengruppen fast unverändert blieben, bei den Girozentralen sogar auf den bisher niedrigsten Stand zurückgegangen sind. Die Erhöhung der Kredite an Geldinstitute bei den Gruppen „Zentralkassen“ und „Sonstige Geldinstitute“ wird durch eine entsprechende Abnahme bei den Kreditbanken und Girozentralen wettgemacht, so daß die Kredite an Geldinstitute in ihrer Gesamtheit erstmals so gut wie keine Veränderung zeigen.

Entwicklung der Kreditgewährung
an die Nichtbankenkundschaft

	Ende Oktober	Ende Novemb. in Mill. DM	Zunahme gegen Vormonat i. v. H.
1. Kredite an die Nichtbankenkundschaft insgesamt	3 819	4 333	514
davon			
a) an Wirtschaft und Private	3 550	4 035	485
b) an die öffentl. Hand	269	298	29
2. Kredite an Geldinstitute	1 058	1 057	- 1

Die Anteile der einzelnen Bankengruppen am Gesamtkreditvolumen sind auch im November unverändert geblieben: Die Gruppe Kreditban-

ken vereinigt mit 2,7 Mrd. DM Kreditsumme nach wie vor fast $\frac{2}{3}$ der Gesamtkredite auf sich; in weitem Abstand folgen Sparkassen und Genossenschaften, deren Anteil zusammen etwa $\frac{1}{5}$ beträgt. Auch die Girozentralen, deren Kredite an die Nichtbankenkundschaft (einschließlich Kredite an die öffentliche Hand) im Vormonat einen leichten Rückgang zeigten, sind an der Ausdehnung des Kreditvolumens wieder – mit nahezu 7 v. H. – beteiligt.

2. Weiter steigende Einlagen

Die Einlagensteigerung überschritt infolge des Zuganges aus Umstellungen auch im November erheblich den Zuwachs der Kreditgewährung. Insgesamt stiegen die Einlagen der Nichtbankenkundschaft auf Freikonto um 977 Mill. DM (= 13 v. H.) von 7476 auf 8453 Mill. DM. An dem Zuwachs sind die „Sonstigen Gläubiger“ und die Inhaber von Sparkonten mit zusammen 609 Mill. DM (= nur noch etwa $\frac{3}{5}$ des Gesamtzuwachses gegenüber $\frac{3}{4}$ im Vormonat) beteiligt, während der Rest auf die auffallende, überdurchschnittliche Zunahme der Konten der öffentlichen Hand entfällt, die um 368 auf 1929 Mill. DM gestiegen sind. Man wird aus dieser Guthabensteigerung auf eine weitere Besserung der öffentlichen Haushalte schließen dürfen, zumal sich die Zentralbankguthaben der öffentlichen Hand in der gleichen Zeit nur um 26 Mill. DM vermindert haben. Die insgesamt fast 2 Mrd. DM betragenden Einlagen der öffentlichen Hand bei Geldinstituten (ohne Landeszentralbanken) wurden auch Ende November zu 60 v. H. bei Sparkassen und Girozentralen gehalten.

Einlagen bei allen Banken
(nur effektiv umgestellte Einlagen)
(in Mill. DM)

Stand am Monatsende	Einlagen auf Festkonto	Einlagen auf Freikonto	d a v o n				Geld- institute
			Nicht- banken- kundschaft	d a v o n			
				öffentliche Hand	sonstige Gläubiger	Spar- einlagen	
Oktober	1 747	8 656	7 476	1 561	4 763	1 152	1 180
November	726	9 749	8 453	1 929	5 170	1 354	1 296
Veränderung im November	- 1 021	+ 1 093	+ 977	+ 368	+ 407	+ 202	+ 16
in v. H.	- 58	+ 13	+ 13	+ 24	+ 9	+ 18	+ 10

Eine Aufgliederung der Einlagen der Nichtbankenkundschaft auf Freikonto nach den einzelnen Bankengruppen ergibt, daß die Gruppe Kreditbanken und die Gruppe Sparkassen zusammen 70 v. H. des Einlagenbestands auf sich vereinigen, wobei in dem Anteil der Sparkassen 70 v. H. aller Spareinlagen enthalten sind. Die Gruppe Genossenschaften stellt 10, die der Girozentralen 9 v. H. der gesamten Einlagen.

Der schon in den Vormonaten zu beobachtende und wohl noch immer überwiegend auf weitere Umstellung zurückzuführende Prozeß einer allmählichen Zunahme des Anteils der befristeten Einlagen, besonders der Spareinlagen an den Gesamteinlagen, hat sich auch im November fortgesetzt: Am Monatsende betragen die Termineinlagen 24 v. H., die Spareinlagen allein 16 v. H. der Gesamteinlagen. Vergleichsweise sei erwähnt, daß Ende 1925 die Spareinlagen ebenfalls nur 16 v. H. der Kreditoren sämtlicher Banken ausmachten, während sie Ende 1932 wieder 44 v. H. der Kreditorensumme erreicht hatten.

Kreditgenossenschaften dagegen weisen sowohl bei den Krediten als auch bei den Einlagen eine nicht unerheblich geringere Zunahme auf. Bei den Girozentralen fällt die sehr starke prozentuale Steigerung der Einlagen der Nichtbankenkundschaft auf, die größtenteils auf den Zustrom öffentlicher Gelder (+ 120 Mill. DM) zurückgeht und die Girozentralen in die Lage versetzt, ihre Barreserven ohne verstärkte Refinanzierung (Indossamentsverbindlichkeiten sogar — 5,2 Mill. DM) zu erhöhen. Die öffentlichen Gelder machen bei den Girozentralen allein 82 v. H. der bei ihnen befindlichen Einlagen der Nichtbankenkundschaft aus.

Stellt man, um einen Anhaltspunkt für die Beurteilung der Rentabilitätsverhältnisse der wichtigsten Bankengruppen zu gewinnen, den um die Indossamentsverbindlichkeiten verminderten Gesamtbetrag der Kredite den Einlagen auf Freikonto gegenüber, so ergibt sich, daß das Verhältnis am ungünstigsten bei den Sparkassen liegt, deren Kredite nur 17,2 v. H. ihrer Einlagen ausmachen. Man darf annehmen, daß

Entwicklung der Einlagen der Nichtbankenkundschaft auf Freikonto, aufgliedert nach Einlagearten

Stand am Monatsende	Gesamt in Mill. DM	d a v o n				
		Sichteinlagen in Mill. DM	Befristete Einlagen		davon Spareinlagen	
			in Mill. DM	in v. H. der Gesamteinlagen	in Mill. DM	in v. H. der Gesamteinlagen
Juli	4 001	3 604	397	10	313	8
August	5 509	4 631	878	16	686	12
September	6 662	5 339	1 323	20	958	14
Oktober	7 476	5 794	1 682	23	1 152	15
November	8 453	6 408	2 045	24	1 354	16

3. Unterschiedliche Entwicklung des Neugeschäfts

Untersucht man die Zunahme des Geschäfts bei den einzelnen Bankengruppen im November, so ergibt sich, daß die Sparkassen mit einer Zunahme von mehr als 14% bei Krediten und Einlagen ihr Geschäft relativ stärker ausgeweitet haben als die Kreditbanken, bei denen die Zunahme im Kreditgeschäft nur 12,6%, im Depositengeschäft nur 11,1% ausmachte. Die

die Sparkassen in den ersten Monaten nach der Geldumstellung wegen des auch im November anhaltenden, wenn auch deutlich zurückgehenden Auszahlungsüberschusses im Spargeschäft, der weitgehend aus den Neueinlagen finanziert werden mußte, in ihrer Kreditgewährung zur Zurückhaltung gezwungen gewesen sind. Wahrscheinlich erklärt sich daraus auch die erwähnte relativ stärkere Zunahme dieser Kreditgewährung im November. Vom Rentabilitätsstandpunkt besonders günstig ist das Verhältnis der

Entwicklung der Kredite und Einlagen der Nichtbankenkundschaft nach Bankengruppen
(in Mill. DM)

	Stand Ende	Kredite an die Nichtbanken- kundschaft	Zunahme + Abnahme -	in v. H.	Einlagen der Nichtbanken- kundschaft auf Freikonto	Zunahme + Abnahme -	in v. H.
Kreditbanken	Okt.	2 407,6	+ 302,4	12,6	2 903,4	+ 323,3	11,1
	Nov.	2 710,0			3 226,7		
Sparkassen	Okt.	460,0	+ 65,6	14,3	2 390,1	+ 351,9	14,7
	Nov.	525,6			2 742,0		
Kreditgenossenschaften	Okt.	316,8	+ 34,1	10,8	775,7	+ 76,5	9,9
	Nov.	350,9			852,2		
Girozentralen	Okt.	264,0	+ 32,5	12,3	627,0	+ 130,6	20,8
	Nov.	296,5			757,6		
Zentralkassen	Okt.	103,8	+ 15,8	15,2	78,6	- 3,4	4,3
	Nov.	119,6			75,2		

Kredite zu den Einlagen bei den Kreditbanken, deren Kredite 63 v. H. der Einlagen erreichten. Zu berücksichtigen ist, daß alle Banken dem nicht durch Ausleihungen gedeckten Teil der Einlagen im wesentlichen nur 30%ige Ausgleichsforderungen gegenüberzustellen haben.

DM) bei nahezu unveränderten Zentralbankgiroguthaben der Nichtbankenkundschaft hatten die Geldinstitute insgesamt Ende November beim Zentralbanksystem 454 Mill. DM mehr Wechselkredite und 35 Mill. DM mehr Lombarddarlehen als Ende Oktober aufgenom-

Kreditgeschäft von drei wichtigen Bankengruppen im Vergleich zu ihren Einlagen
(in Mill. DM)

	Kredite	Indossa- ments- verbind- lichkeiten	Spalte 1 abzüglich Spalte 2	Einlagen auf Freikonto insgesamt	Spalte 3 in v. H. v. Spalte 4
	1	2	3	4	5
Alle Banken	5 389,8	1 422,3	3 967,5	9 748,9	40,7
Kreditbanken	3 107,1	816,8	2 290,3	3 592,7	63,7
Sparkassen	528,5	49,0	479,5	2 793,5	17,2
Kreditgenossenschaften	353,8	60,2	293,6	865,2	33,9

4. Teilweise bedeutende Erhöhung der Barreserven—Abnahme des Wechselbestandes

Die Barreserven (Kassenbestände + Landeszentralbankguthaben) der Geldinstitute in ihrer Gesamtheit werden Ende November um 381 Mill. DM (= 31 v. H.) höher ausgewiesen als Ende Oktober; dagegen ist der Wechselbestand um 202 Mill. DM (= 12 v. H.) zurückgegangen. Infolge gleichzeitiger Steigerung des Notenumlaufs (Zunahme im November = 132 Mill.

men. Der Grund für die beträchtliche Erhöhung der Barreserven lag hauptsächlich in der Vorbereitung auf die Mitte November beschlossene Erhöhung der Mindestreserven gegen Sichtdepositen (an Bankplätzen) von 10 auf 15%, die rund 300 Mill. DM erforderte, daneben aber wohl auch in vorsorglichen Rediskontierungen aus Anlaß der im November wiederholt kursierenden Gerüchte über eine mögliche Diskonterhöhung.

Barreserve und Wechselbestand der wichtigsten Bankengruppen

	Barreserve			Wechselbestand		
	Ende Oktober in Mill. DM	Ende November in Mill. DM	Veränderung in v. H.	Ende Oktober in Mill. DM	Ende November in Mill. DM	Veränderung in v. H.
Alle Banken	1 241	1 622	+ 31	1 696	1 494	- 12
Kreditbanken	405	567	+ 40	1 054	960	- 9
Sparkassen	402	432	+ 7	126	117	- 7
Kreditgenossenschaften	112	109	- 3	77	70	- 9
Girozentralen	142	326	+ 130	347	262	- 24
Zentralkassen	59	62	+ 5	52	50	- 4

Innerhalb der einzelnen Bankengruppen ist dementsprechend die Veränderung der Barreserven und des Wechselbestandes recht unterschiedlich gewesen. Die größte prozentuale Erhöhung der Barreserven, andererseits aber auch die prozentual stärkste Abnahme des Wechselbestandes weisen die Girozentralen auf. Auch die Kreditbanken zeigen eine bedeutende Erhöhung der Barreserve, dagegen — entsprechend ihrem größeren Wechselanfall aus dem laufenden Geschäft — eine nicht annähernd ebenso große Abnahme des Wechselbestandes. Als einzige Ausnahme lassen die Kreditgenossenschaften einen wenn auch geringfügigen Rückgang ihrer Barreserven erkennen, was teils darauf zurückzuführen war, daß sie von der Mindestreservenerhöhung, die nur für Bankplätze gilt, größtenteils nicht betroffen wurden, sich teils aber auch aus dieser relativ schwierigen Liquiditätslage erklärt.

Bezogen auf die Summe der Einlagen auf Freikonto (einschließlich der Einlagen von Geldinstituten) hat sich die Liquidität der Banken im November nur wenig vermindert: sie sank, Wechsel eingeschlossen, nur von 33,9% auf 32%. Bei den Kreditbanken, Girozentralen und Zentralkassen gleichen sich Zunahme der Barreserven und Abnahme der Wechsel nahezu aus, so daß die Gesamtliquidität entweder nur wenig sank (Kreditbanken) oder sogar stieg (Girozentralen, Zentralkassen). Sparkassen und Kreditgenossenschaften weisen dagegen eine Abnahme sowohl der Barliquidität wie, angesichts ihrer nur geringen Wechselbestände, auch einen Rückgang der Gesamtliquidität auf. Insgesamt zeigt die Gruppe Sparkassen die niedrigste Liquidität (19,6%), die Gruppe Girozentralen die höchste (46,9%). Die Kreditbanken liegen mit einer Liquiditätsquote von 42,5% sehr erheblich über dem Durchschnitt aller Banken (32%).

Barreserve und Wechselbestand der wichtigsten Bankengruppen in v. H. der Einlagen auf Freikonto Ende Oktober und Ende November

Banken- gruppen	Barreserve		Wechselbestand		Barreserve und Wechselbestand	
	Ende Oktober	Ende November	Ende Oktober	Ende November	Ende Oktober	Ende November
Alle Banken ohne LZB	14,3	16,6	19,6	15,3	33,9	32,0
Kreditbanken	12,7	15,8	33,0	26,7	45,7	42,5
Sparkassen	16,6	15,5	5,2	4,2	21,7	19,6
Kreditgenossenschaften	14,1	12,6	9,6	8,0	23,8	20,7
Girozentralen	13,5	26,0	32,9	20,9	46,4	46,9
Zentralkassen	21,2	23,0	19,0	18,7	40,2	41,7

Bareinzahlungen und Barauszahlungen auf Sparkonten bei allen Geldinstituten im 2. Halbjahr 1948

Auf Sparkonten, deren Sondercharakter in § 22 KWG festgelegt ist, und die bei allen Geldinstituten geführt werden können, kommt dem Bargeldumsatz besondere Bedeutung zu. Spareinlagen dienen nicht den Zwecken des Zahlungsverkehrs, sondern der Anlage. Demgemäß bestimmt das Gesetz, daß über sie grundsätzlich nur in bar, nicht aber durch Überweisungen oder Scheckziehungen verfügt werden darf. Außerdem ist bei jeder Verfügung über das Sparkonto grundsätzlich das Sparbuch vorzulegen. Auch wenn diese Pflicht zum Barverkehr für Auszahlungen auf Sparbücher in der Praxis Ausnahmen für gewisse dringende Fälle kennt (z. B. Krankheit oder längere Abwesenheit des Sparers), so darf man doch davon ausgehen, daß die Barauszahlungen auf Sparkonten im wesentlichen den Gesamtbetrag aller zu Lasten von Sparkonten vorgenommenen Verfügungen darstellen.

Anders auf der Einzahlungsseite. Über Einzahlungen auf Sparkonten enthält das KWG in materieller Beziehung nur die Vorschrift, daß Beträge, die im Kreditwege zur Verfügung gestellt werden, nicht auf Sparkonten gutgeschrieben werden dürfen. Eine Pflicht zum Barverkehr auch bei Einzahlungen kennt dagegen das KWG nicht. Es können demnach auf Sparbüchern auch solche Beträge gutgebracht werden, die bargeldlos, sei es durch Überweisung oder durch Scheckeinreichung, eingehen. Nur Beträge, aus deren Herkunft von vornherein geschlossen werden kann, daß sie nicht Anlagezwecken dienen, sondern zur alsbaldigen Wiederverausgabung bestimmt sind, sollen nach dem Sinne des Gesetzes nicht auf Sparbüchern gutgebracht werden; dies würde besonders für Gehaltszahlungen der Festbesoldeten gelten, die in der Regel über Girokonten zu leiten wären, gleichwohl aber in der Praxis — vor allem der städtischen Sparkassen — oftmals auf Sparkonten gutgeschrieben werden. Naturgemäß verwischt diese Praxis etwas die Sauberkeit des statistischen Bildes, indem durch sie die Barauszahlungen gegenüber den Barein-

zahlungen infolge der meist in bar erfolgenden Verfügungen über Gehaltskonten relativ größer erscheinen.

Neben den baren und unbaren Eingängen auf Sparkonten spielen seit der Währungsreform vor allem auch die aus der Umstellung alter RM-Sparguthaben fließenden Beträge sowie — einmalig — die Gutschrift der 2. Rate des Kopfgeldbetrages eine bedeutende Rolle. Sie übertrafen die Neueingänge bis zum Jahresende um ein Vielfaches.

Insgesamt zeigt die Entwicklung des frei verfügbaren Einlagenbestandes auf Sparkonten bei allen Geldinstituten des Währungsgebietes seit der Währungsreform folgendes Bild:

Entwicklung der frei verfügbaren Spareinlagen bei allen Geldinstituten von Juli bis Dezember 1948 (ohne Festkonto)

Stand am	Bestand ¹⁾ (in Mill. DM)	Zunahme gegen Vormonat (in Mill. DM)	Spareinlagen in v.H. aller Einlagen der Nichtbankenkundschaft auf Freikonto
1948			
31. Juli	313		8
31. August	686	373	12
30. September	958	272	14
31. Oktober	1 152	194	15
30. November	1 354	202	16
31. Dezember	1 599	245	18

¹⁾ Ohne Postsparkasse (Einlagenbestand am 31. 12. 1948 55 Mill. DM).

Die Bareinzahlungen auf Sparkonten betragen nach der monatlichen Bankenstatistik des westdeutschen Währungsgebietes (Gesamterhebung der BdL und der LZB) in den 4 Monaten September bis Dezember 1948 rund 217 Mill. DM. Schätzt man die Einzahlungen in den beiden statistisch noch nicht erfaßten Monaten Juli und August auf etwa 80 Mill. DM und fügt sie den ausgewiesenen Beträgen hinzu, so würden im 2. Halbjahr 1948 immerhin etwa 300 Mill. DM auf Sparkonten bar eingezahlt worden sein.

Bei der Bewertung dieser Zahl ist zu berücksichtigen, daß einmal — wie erwähnt — die Bareinzahlungen nur einen Teil der Neueingänge auf Sparkonten darstellen, daß aber außerdem das Sparen auf Sparkonten nur ein Teil des gesamten Geldsparens ist, und zwar noch nicht einmal der bedeutendste, wird doch in Geldform außer auf Sparkonten und abgesehen von der Bargeldhortung auch bei Versicherungen, Bausparkassen, Sozialversicherungsträgern sowie Neu-Emissionen — soweit sie nicht zur Ablösung alter Emissionen dienen — gespart. Neben das Geldsparen tritt dann noch das vermutlich keineswegs unbeträchtliche Sachsparen, das in der Form der Selbstfinanzierung vor sich geht.

Die Neueinzahlungen auf Sparkonten wurden bis zum Jahresende bei weitem durch die Abhebungen übertroffen. In jedem Monat war ein Barauszahlungsüberschuß im Sparverkehr vorhanden. Um diesen Vorgang richtig zu würdigen, ihn aber insbesondere nicht zu überschätzen, muß man sich indessen vergegenwärtigen, daß die Abheber sich zur Hauptsache wohl aus anderen Kreisen rekrutieren als die Neusparer. Abgehoben werden im wesentlichen die Guthaben auf umgestellten alten RM-Sparbüchern, teils weil sich ihre Besitzer nach der weitgehenden Aufhebung der Zwangswirtschaft und des dadurch stark vermehrten Warenangebotes nach Jahren zum erstenmal wieder in der Lage sehen, dringende, immer wieder aufgeschobene Anschaffungen zu machen, teils aber auch, weil sie als vermögenslos gewordene Erwerbsunfähige zum allmählichen Verzehr ihrer Restspargelder gezwungen sind. Daß dieser Prozeß des Verbrauchs umgestellter Spareinlagen schließlich einmal abebben und dann das Neusparen zur Beseitigung auch des bisher noch vorhandenen Barauszahlungsüberschusses im Sparverkehr führen muß, ist mit ziemlicher Sicherheit vor auszusehen.

Im Gegensatz zu der aufwärtsgerichteten Entwicklung der Bareinzahlungen nahmen die Barauszahlungen von Monat zu Monat ab. Im Dezember dürften sie nur noch etwa halb so groß wie im September gewesen sein. Der Auszahlungsüberschuß der Barauszahlungen über die Bareinzahlungen ist noch stärker zurückge-

Bareinzahlungen, Barauszahlungen und Barauszahlungsüberschüsse im Sparverkehr von Juli bis Dezember 1948
(in Mill. DM)

Monat	Bareinzahlungen	Barauszahlungen	Überschuß der Barauszahlungen über die Bareinzahlungen
Juli	} noch nicht gesondert festgestellt		
August			
September	59	291	232
Oktober	50	260	210
November	48	170	122
Dezember	60	152	92

gangen; er beträgt für Dezember nur noch 40 v. H. der September-Summe. In der Woche vom 1. bis 7. Januar 1949 ist bei den 112 Geldinstituten der wöchentlichen Bankenstatistik, unter denen sich allerdings nur 21 Sparkassen befinden, zum erstenmal seit der Währungsreform der Barauszahlungsüberschuß verschwunden und der Barverkehr auf Sparkonten ausgeglichen gewesen.

Wie groß der gesamte Neuzugang auf Sparkonten bei allen Geldinstituten — also Bareinzahlungen plus bargeldlose Eingänge, jedoch ohne den Zugang aus Umstellung — seit der Währungsreform in Wirklichkeit ist, läßt sich auf Grund des bisher angefallenen statistischen Materials noch nicht exakt ermitteln. Immerhin scheint sich auf Grund der vorliegenden Zahlen und Schätzungen der Schluß zu rechtfertigen, daß die Bareinzahlungen wohl kaum mehr als die Hälfte des gesamten Neuzuganges auf Sparkonten ausgemacht haben dürften.

Unterstellt man die Richtigkeit dieser Annahme, dann würde der gesamte Neuzugang seit der Währungsreform rund 600 Mill. DM betragen haben. Da ihm rund 1200 Mill. DM Auszahlungen gegenüberstehen, ergibt sich ein Defizit im Neugeschäft auf Sparkonten im 2. Halbjahr 1948 von rund 600 Mill. DM. Um dieses Defizit hat sich der aus der Umstellung bis zum Jahresende auf Spar-Freikonten geflossene Betrag vermindert. Da der Jahresendbestand auf Sparkonten 1600 Mill. DM betrug, läßt sich durch Hinzurechnung dieses Defizits

der insgesamt aus der Umstellung auf Sparkonten geflossene Betrag auf rund 2200 Mill. DM schätzen. Unter Einrechnung der außerdem noch auf Festkonto stehenden Spareinlagen — am Jahresschluß rund 270 Mill. DM — würde sich das Defizit im Neugeschäft, bezogen auf den Gesamtbetrag aller bisher umgestellten Spareinlagen (Freikonto plus Festkonto) auf

rund 25% belaufen. Wären Auszahlungen nur von umgestellten Sparkonten erfolgt, eine Annahme, die allerdings schon wegen der über Sparkonten geleiteten Gehaltszahlungen in der Praxis nicht zutreffen dürfte, dann würden etwas weniger als 50% der umgestellten Spareinlagen im 2. Halbjahr 1948 abgehoben worden sein.

Statistischer Teil

Ausweis der Bank deutscher Länder

Beträge in Mill. DM

Datum	A k t i v a								
	Guthaben bei ausl. Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handels- abkommen ¹⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslands- geschäfts	Aus- länd. Zah- lungs- mittel ¹⁾	Wechsel	Lombard- forderungen gegen Ausgleichs- forderungen gegen die öffentl. Hand	Kassen- vor- schüsse	Vorläufige Ausgleichs- forderungen gegen die öffentl. Hand	Interims- forderungen gegen die Landeszentral- banken	Sonstige Aktiva
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
7. 9. 1948	580,9	706,6	—	2,7	16,9	20,0	3 658,6	3 619,3	192,7
15. 9. 1948	597,9	757,8	—	165,1	342,1	20,0	3 738,5	2 908,2	203,4
23. 9. 1948	616,4	799,2	—	178,7	813,9	—	3 701,5	1 817,0	212,4
30. 9. 1948	622,2	848,2	—	209,0	879,7	—	4 322,5	1 222,1	257,5
7. 10. 1948	652,3	938,5	—	229,0	1 118,7	—	4 368,2	1 174,1	249,9
15. 10. 1948	720,9	920,3	—	312,8	1 031,6	—	4 581,4	872,5	214,2
23. 10. 1948	744,7	964,4	—	482,3	845,6	—	4 591,9	849,4	195,4
30. 10. 1948	763,5	1 014,3	—	567,4	1 019,6	—	4 593,3	842,1	193,5
7. 11. 1948	778,8	1 060,8	—	584,8	1 027,1	—	4 585,8	844,8	188,1
15. 11. 1948	799,6	1 106,3	—	658,1	854,7	25,0	4 609,2	816,8	182,0
23. 11. 1948	823,5	1 142,0	0,0	753,2	737,9	25,0	4 614,1	821,0	222,2
30. 11. 1948	843,1	1 214,6	0,0	881,6	822,2	50,0	4 743,6	686,8	163,9
7. 12. 1948	848,5	1 268,4	0,0	983,7	775,9	50,0	4 743,6	679,7	171,3
15. 12. 1948	919,9	1 369,4	0,0	955,2	742,2	50,0	4 749,8	673,3	157,5
21. 12. 1948	949,1	1 415,6	0,0	976,2	762,8	50,0	4 750,3	673,2	158,5
31. 12. 1948	983,1	1 538,6	0,0	1 106,7	862,1	42,0	4 568,1	661,5	360,1
7. 1. 1949	1 013,9	1 569,0	0,0	1 017,6	802,9	42,0	4 618,1	661,5	330,3
15. 1. 1949	1 076,9	1 649,1	0,2	981,9	648,9	25,0	4 618,2	661,7	329,4
23. 1. 1949	1 096,6	1 700,7	0,2	956,9	597,7	15,0	4 620,8	660,3	322,8
31. 1. 1949	1 113,2	1 770,2	0,2	824,2	904,9	28,0	4 623,9	657,4	294,0

Datum	P a s s i v a										
	Aus- gegebene Bank- noten ²⁾	Einlagen insgesamt (Spalte 12-15)	davon				Verpflich- tungen in Devisen gegen JEIA	Sonstige Konten zur Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL	Son- stige Pas- siva	Bilanz- summe
Landes- zentral- banken			Dienst- stellen der Verwal- tung des Vereinigten Wirt- schafts- gebietes	Be- satzungs- mächte	andere Ein- lagen						
	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
7. 9. 1948	4 897,5	2 414,6	1 421,7	482,1	496,3	14,5	580,9	804,5	100,0	0,2	8 797,7
15. 9. 1948	5 052,9	2 147,7	1 194,2	442,6	496,3	14,6	597,9	834,1	100,0	0,4	8 733,0
23. 9. 1948	5 004,0	1 513,7	588,9	447,5	473,1	4,2	616,2	904,6	100,0	0,6	8 139,1
30. 9. 1948	5 358,1	1 311,0	356,2	474,4	472,7	7,7	621,8	969,7	100,0	0,6	8 361,2
7. 10. 1948	5 523,6	1 449,4	601,1	345,6	472,7	30,0	651,7	1 005,4	100,0	0,6	8 730,7
15. 10. 1948	5 559,7	1 371,7	520,3	383,9	447,6	19,9	720,2	901,2	100,0	0,9	8 653,7
23. 10. 1948	5 444,2	1 458,7	653,4	396,1	371,1	38,1	743,7	925,9	100,0	1,2	8 673,7
30. 10. 1948	5 885,3	1 289,2	459,0	419,8	370,9	39,5	759,7	958,2	100,0	1,3	8 993,7
7. 11. 1948	5 930,6	1 276,5	517,2	353,9	369,1	36,3	775,8	985,9	100,0	1,4	9 070,2
15. 11. 1948	5 829,3	1 346,5	540,3	398,1	369,1	39,0	796,4	977,7	100,0	1,8	9 051,7
23. 11. 1948	5 647,8	1 564,9	741,8	416,7	369,1	37,3	820,2	1 004,0	100,0	2,0	9 138,9
30. 11. 1948	6 017,5	1 385,4	543,9	415,3	369,2	57,0	839,6	1 061,1	100,0	2,2	9 405,8
7. 12. 1948	6 089,6	1 378,2	635,1	297,9	369,1	76,1	844,6	1 106,2	100,0	2,5	9 521,1
15. 12. 1948	5 984,5	1 416,9	603,2	407,8	369,9	36,0	915,1	1 198,2	100,0	2,6	9 617,3
21. 12. 1948	6 028,7	1 448,9	711,2	334,0	369,9	33,8	944,1	1 211,3	100,0	2,7	9 735,7
31. 12. 1948	6 319,4	1 247,7	675,5	168,6	362,3	41,3	977,8	1 375,9	100,0	101,4	10 122,2
7. 1. 1949	6 240,2	1 249,7	711,5	133,3	362,2	42,7	1 008,6	1 358,1	100,0	98,7	10 055,3
15. 1. 1949	6 029,9	1 218,2	678,4	128,9	363,3	47,6	1 071,5	1 464,1	100,0	108,0	9 991,3
23. 1. 1949	5 829,2	1 362,1	875,0	74,0	364,5	48,6	1 090,3	1 474,7	100,0	114,7	9 971,0
31. 1. 1949	6 166,6	1 111,5	649,5	56,0	364,5	41,5	1 106,7	1 620,5	100,0	110,8	10 216,1

¹⁾ Für die Militärregierungen verwaltete Guthaben

²⁾ Außerdem sind gemäß Anordnung der Militärregierungen der Währungskommission Berlin DM 407 352 000 zur Verfügung gestellt worden

Konsolidierter Ausweis der Bank deutscher
Beträge in

Datum	Aktiva							
	Guthaben bei ausländischen Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handelsabkommen ¹⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Ausländische Zahlungsmittel ¹⁾	Postscheckkontoguthaben	Wechsel und Schecks	Schatzwechsel u. kurzfristige Schatzanweisungen der Länder	Lombardforderungen	darunter
								gegen Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand
1	2	3	4	5	6	7	8	
30. 9. 1948	622,1	848,2	—	60,2	350,2	0,1	10,3	10,2
31. 10. 1948	763,6	1014,3	—	66,7	778,0	0,6	59,7	59,5
30. 11. 1948	843,0	1214,6	0,0	29,5	1231,6	0,1	95,2	83,6
31. 12. 1948	983,1	1538,6	0,0	129,2	1461,0	0,5	167,2	132,1

Datum	Passiva								
	Ausgegebene Banknoten	Einlagen (Spalte 21, 22, 23, 28 u. 29)	davon						
			Geldinstitute innerhalb des Währungsgebietes	Geldinstitute außerhalb des Währungsgebietes	öffentliche Körperschaften (Spalte 24 - 27)	davon			
						Besatzungsmächte	Staatskassen	Gemeinde und Gemeindeverbände	sonstige öffentliche Körperschaften
19	20	21	22	23	24	25	26	27	
30. 9. 1948	5 358,1	3 261,3	1 301,6	23,8	1 676,4	579,2	465,7	28,8	602,7
31. 10. 1948	5 885,3	2 846,3	1 008,3	28,7	1 585,4	479,9	438,9	60,3	606,3
30. 11. 1948	6 017,5	3 313,3	1 461,9	30,8	1 572,4	492,5	374,1	86,3	619,5
31. 12. 1948	6 319,4	3 132,3	1 532,7	39,8	1 335,1	455,3	452,7	66,0	341,1

¹⁾ Für die Militärregierung verwaltete Guthaben

Länder und der Landeszentralbanken
Mill. DM

Aktiva										
Kassen- vor- schüsse (Spalte 10, 11 und 12)	davon an			Wert- papiere	darunter		Beteiligung der LZB an der BdL	Forde- rungen gegen die öffentliche Hand aus der Neu- ordnung des Geld- wesens	Interims- forderung gegen die Geld- institute aus der Aus- stattung mit neuem Geld	Sonstige Aktiva
	Militär- regie- rungen	Länder	sonstige öffentl. Körper- schaften		angekaufte Ausgleichs- forde- rungen					
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
35,3	1,0	27,5	6,8	11,4	11,4	100,0	7833,7	526,5	372,6	
27,8	1,0	16,7	10,1	32,8	32,5	100,0	7778,4	211,1	219,0	
93,6	0,8	37,0	55,8	36,5	36,5	100,0	7687,1	190,5	207,6	
98,5	0,7	34,6	63,2	38,3	38,2	100,0	7520,7	143,0	306,0	

Passiva									Bilanzsumme
davon		Verpflich- tungen in Devisen gegen JEIA	Sonstige Konten zur Ab- wicklung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL und der LZB	Rück- stellungen	Schwebende Ver- rechnungen innerhalb des Zentral- bank- systems	Sonstige Passiva		
sonstige Giro- kunden innerhalb des Währungs- gebietes	sonstige Giro- kunden außerhalb des Währungs- gebietes								
28	29	30	31	32	33	34	35	36	
256,2	3,3	621,7	969,7	370,0	0,6	99,5	89,7	10770,6	
221,5	2,4	759,6	958,2	370,0	9,5	186,4	36,9	11052,0	
245,8	2,4	839,6	1061,1	370,0	6,5	77,4	43,9	11729,3	
222,1	2,6	977,8	1375,9	370,0	6,5	135,3	168,7	12486,1	

Monatsausweise der Landeszentralbanken

Beträge in

	Bayern	Hessen	Württemberg-Baden	Bremen
Aktiva:				
Giroguthaben bei der BdL	51,3	40,2	46,4	58,5
Nostroguthaben	4,9	8,6	2,1	0,4
Wechsel und Schecks	21,8	16,3	17,4	0,7
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	—	—	—	—
Lombardforderungen	98,7	12,1	8,8	0,2
davon gegen Ausgleichsforderungen	(76,0)	(11,7)	(7,1)	(0,2)
Kassenkredite	—	0,1	0,7	—
davon an Landesregierung	(—)	(—)	(—)	(—)
Militärregierungen und sonstige öffentl. Stellen	(—)	(0,1)	(0,7)	(—)
Wertpapiere	—	—	—	—
Ausgleichsforderungen	126,2	75,3	79,5	18,9
davon: eigene gegen das Land	(104,6)	(73,8)	(74,9)	(18,9)
angekaufte fremde	(21,6)	(1,5)	(4,6)	(—)
Zwischen d. Niederlassungen d. LZB unterwegs befindl. Fernlastschriften	—	7,4	—	—
Beteiligung an der BdL	21,5	9,5	10,5	2,0
Sonstige Aktiva	7,0	13,3	3,8	0,8
Interimsforderungen aus der Geldumstellung	422,6	146,1	241,5	71,5
Summe der Aktiva	754,0	328,9	410,7	153,0
Passiva:				
Einlagen	241,5	169,8	266,6	120,6
davon: Geldinstitute innerhalb des Landes	(221,9)	(118,7)	(152,9)	(34,2)
Geldinstitute außerhalb des Landes	(2,4)	(1,8)	(2,0)	(1,1)
öffentliche Verwaltungen	(3,6)	(20,5)	(54,4)	(80,7)
Militärregierungen	(2,8)	(5,1)	(0,8)	(0,3)
sonstige Girokunden innerhalb des Währungsgebietes	(10,7)	(22,7)	(16,5)	(4,3)
sonstige Girokunden außerhalb des Währungsgebietes	(0,1)	(1,0)	(0)	(0)
Zwisch. d. Niederlass. d. LZB unterw. befindl. Giroüberweisungen	8,1	7,4	5,2	0,7
Lombardverpflichtungen gegen die BdL	322,0	115,0	73,2	—
Grundkapital	50,0	30,0	30,0	10,0
Rückstellungen	—	—	0,5	0,1
Sonstige Passiva	3,5	6,7	2,7	0,1
Interimsverbindlichkeiten aus der Geldumstellung	128,9	—	72,5	21,5
Summe der Passiva	754,0	328,9	410,7	153,0
Indossamentsverbindlichkeiten aus d. Weitergabe v. Inlandswechseln	184,0	80,7	121,7	—

nach dem Stand vom 31. Dezember 1948
Mill. DM

Nordrhein- Westfalen	Niedersachsen	Schleswig- Holstein	Hamburg	Rheinland- Pfalz	Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt	
							31. Dezember	30. November
174,7	44,7	13,3	77,3	33,7	35,3	15,4	590,8	532,6
0,5	1,1	1,0	0,2	0,3	3,0	0,5	22,6	29,3
209,8	34,5	9,5	24,9	10,2	5,7	3,5	354,3	350,0
—	—	—	—	—	0,5	—	0,5	0,1
9,6	11,1	10,7	2,1	12,6	0,3	1,2	167,4	95,1
(7,2)	(7,8)	(9,1)	(1,0)	(10,7)	(0,3)	(1,2)	(132,3)	(83,6)
—	—	5,8	13,1	28,4	6,0	2,3	56,4	43,6
(—)	(—)	(5,8)	(—)	(22,7)	(3,8)	(2,3)	(34,6)	(37,0)
(—)	(—)	(—)	(13,1)	(5,7)	(2,2)	(0)	(21,8)	(6,6)
—	—	—	—	0,1	—	—	0,1	0
193,5	84,9	26,2	45,7	43,7	74,0	21,2	789,1	1 004,2
(193,5)	(81,8)	(23,5)	(45,3)	(39,4)	(74,0)	(21,2)	(750,9)	(967,7)
(—)	(3,1)	(2,7)	(0,4)	(4,3)	(0)	(0)	(38,2)	(36,5)
20,7	2,8	0,4	—	2,8	—	0,1	34,2	73,4
20,0	12,0	4,5	9,0	4,5	3,5	3,0	100,0	100,0
11,6	1,0	4,3	0,5	5,5	2,8	1,8	52,4	43,9
598,2	316,8	132,0	209,1	135,4	3,8	59,5	2 336,5	2 149,2
1 238,6	508,9	207,7	381,9	277,2	134,9	108,5	4 504,3	4 421,4
856,2	217,8	63,5	307,2	163,0	119,0	74,9	2 560,1	2 471,9
(511,1)	(145,8)	(37,9)	(128,2)	(94,9)	(45,4)	(32,2)	(1 523,2)	(1 449,5)
(0,2)	(3,3)	(0,2)	(4,4)	(2,0)	(1,3)	(0,4)	(19,1)	(22,5)
(231,6)	(47,6)	(19,3)	(148,4)	(42,7)	(29,7)	(32,8)	(711,3)	(664,6)
(19,9)	(1,2)	(0,1)	(4,7)	(14,7)	(36,3)	(7,0)	(92,9)	(123,3)
(93,2)	(19,8)	(6,0)	(20,7)	(8,6)	(6,1)	(2,5)	(211,1)	(209,6)
(0,2)	(0,1)	(0)	(0,8)	(0,1)	(0,2)	(0)	(2,5)	(2,4)
37,8	8,6	3,2	0,4	8,3	4,5	2,0	86,2	91,7
72,6	153,4	85,3	—	39,2	—	0,8	861,5	875,9
50,0	40,0	10,0	10,0	20,0	10,0	10,0	270,0	270,0
5,9	—	—	—	—	0	—	6,5	6,5
36,7	3,0	4,5	2,1	6,4	0,2	2,1	68,0	41,7
179,4	86,1	41,2	62,2	40,3	1,2	18,7	652,0	663,7
1 238,6	508,9	207,7	381,9	277,2	134,9	108,5	4 504,3	4 421,4
281,9	178,8	65,5	143,8	48,5	—	1,8	1 106,7	881,6

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
 Repräsentativ-Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten
 Zur Entwicklung des Bankgeschäfts¹⁾
 Beträge in Mill. DM

Stand am	Bar-reserve	Nostro-guthaben ²⁾	Aus-gleichs-forde-rungen gegen die öffent-liche Hand ³⁾	Kredite (einschließlich der Wechselobligo der Kundschaft)																	
				Ins-gesamt	davon					Öffent-liche Hand	davon					Geld-in-stitute	davon				
					Wirt-schafts-unter-nehmen und Private	Konto-korrent- und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite		Kassen-Kredite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließlich Indossaments-verbindlichk.)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite	Konto-korrent- und Akzept-Kredite		Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite		
																				16	17
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19			
3. 7. 1948	866,6	.	.	104,5	100,1	.	.	.	4,4		
10. 7. 1948	904,3	.	.	207,1	202,1	.	.	.	5,0		
17. 7. 1948	967,5	.	.	362,4	333,8	.	.	.	28,6		
24. 7. 1948	1 038,4	.	.	465,0	413,8	.	.	.	51,2		
31. 7. 1948	938,1	.	.	574,3	511,9	.	.	.	62,4		
7. 8. 1948	874,4	.	.	59,2	59,2		
14. 8. 1948	824,1	.	.	621,6	560,0	30,8	526,6	2,6	61,6		
23. 8. 1948	763,5	.	.	1 114,6	810,8	85,5	721,2	4,1	60,0	52,3	7,3	0,4	.	243,8	19,6	222,7	1,5	.			
31. 8. 1948 ⁴⁾	805,8	.	.	1 262,1	861,1	177,2	679,0	4,9	54,3	47,6	6,7	—	.	346,7 ⁶⁾	56,7	275,9	8,4	.			
7. 9. 1948	793,0	480,7	.	1 394,8	943,1	405,1	528,8	9,2	66,0	55,8	10,2	—	.	385,7	80,2	295,5	10,0	.			
15. 9. 1948	674,5	508,2	.	1 575,9	1 067,7	391,4	662,6	13,7	70,4	63,0	6,2	1,2	.	437,8	85,7	341,1	11,0	.			
23. 9. 1948	805,8	538,9	.	1 763,1	1 134,5	458,8	660,2	15,5	47,3	40,9	5,3	1,1	.	581,3	128,1	442,0	11,2	.			
30. 9. 1948	544,9	502,2	.	1 925,3	1 232,2	505,8	712,7	13,7	50,8	44,2	5,4	1,2	.	642,3	138,9	493,8	9,6	.			
7. 10. 1948	534,5	481,6	.	1 981,3	1 239,3	567,0	657,1	15,2	50,6	44,0	5,5	1,1	.	691,4	141,9	541,9	7,6	.			
15. 10. 1948	448,6	459,4	.	2 054,3	1 265,8	639,5	610,8	15,5	53,2	45,1	6,9	1,2	.	735,3	157,6	568,2	9,5	.			
23. 10. 1948	570,5	522,8	.	2 192,1	1 338,6	685,3	637,3	16,0	42,8	33,7	7,9	1,2	.	810,7	163,9	639,2	7,6	.			
30. 10. 1948	452,4	468,4	.	2 254,4	1 376,9	723,4	640,1	13,4	52,9	44,9	6,8	1,2	.	824,6	170,1	647,0	7,5	.			
6. 11. 1948	491,0	501,7	.	2 278,4	1 405,7	747,5	643,3	14,9	43,1	37,0	4,9	1,2	.	829,6	178,4	643,2	8,0	.			
15. 11. 1948	535,9	546,7	.	2 355,8	1 503,0	825,9	660,7	16,4	46,7	38,1	7,4	1,2	.	806,1	190,7	609,1	6,3	.			
23. 11. 1948	708,3	652,3	.	2 361,3	1 531,7	858,7	653,7	19,3	45,8	37,1	8,6	0,1	.	783,8	208,5	562,8	12,5	.			
30. 11. 1948	700,4	621,5	950,6	2 466,9	1 631,6	907,8	668,9	22,7	46,6	34,3	8,5	0,1	3,7 ⁶⁾	788,7	204,2	568,8	12,6	3,1 ⁶⁾			
7. 12. 1948	768,2	636,6	1 057,4 ⁷⁾	2 527,7	1 678,4	932,9	673,4	21,2	51,7	36,1	1,2	0,2	14,2 ⁶⁾	797,6	198,6	582,4	13,3	3,3 ⁶⁾			
15. 12. 1948	704,9	649,4	1 070,1	2 590,0	1 756,6	973,6	700,6	22,2	51,6	36,2	1,2	0,2	14,0 ⁶⁾	781,8	212,3	551,8	14,3	3,4 ⁶⁾			
23. 12. 1948	672,7	616,9	1 069,6	2 700,7	1 867,0	987,6	780,8	22,3	45,9	29,6	1,3	0,1	14,9 ⁶⁾	787,8	243,3	526,7	14,3	3,5 ⁶⁾			
31. 12. 1948	717,1	510,8	1 100,7	2 693,0	1 869,7	966,7	804,7	16,1	45,8	29,7	0,8	0,1	15,2 ⁶⁾	777,5	230,8	530,5	12,9	3,3 ⁶⁾			
7. 1. 1949	741,5	545,3	1 105,5	2 676,5	1 876,8	967,8	807,2	17,2	47,4	30,3	1,4	0,1	15,6	752,3	240,9	495,1	13,0	3,3			
15. 1. 1949	737,2	673,7	1 108,4	2 693,6	1 892,4	994,0	784,6	22,3	58,1	29,0	2,0	0,3	26,8	743,1	262,0	455,4	13,9	11,8			
23. 1. 1949	819,0	698,6	1 119,2	2 691,0	1 896,9	1 016,6	763,7	25,5	59,2	26,9	5,4	0,2	26,7	734,9	261,9	445,2	15,9	11,9			
31. 1. 1949	670,8	619,0	1 130,1	2 774,9	1 947,5	1 044,2	765,9	29,3	108,1	84,8	30,4	2,7	46,0	742,6	248,5	470,1	11,3	12,7			

Stand am	insgesamt	Einlagen										Noch umzustellende Einlagen (geschätzter Betrag in DM)	Nostroverpflichtungen	Wechselbestand			Eigene Akzepte im Umlauf	Eigene Ziehungen im Umlauf	Eventualverbindlichkeiten aus weiterbegebenen Wechseln	darunt. weiterbegebene fremde Bankakzepte	Eventualverbindlichkeiten aus verkauften Ausgleichsfordernungen	
		davon												insgesamt	darunter							
		Einlagen auf Anlagekonto	Einlagen auf Festkonto	Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		Sonstige Gläubiger					Spar-einlagen	eigene Akzepte						fremde Bankakzepte
				mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin											
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	
3. 7. 1948	1 000,0	—	86,7	913,3	683,0	230,3		498,7		180,5	3,8	.	.	(98,5)
10. 7. 1948	1 554,2	—	236,7	1 317,5	976,1	341,4		563,7		378,1	34,3	.	.	(199,1)
17. 7. 1948	2 008,1	—	339,0	1 669,1	1 177,3	491,8		542,4		597,4	37,5	.	.	(305,2)
24. 7. 1948	2 316,3	—	395,6	1 920,6	1 346,4	574,2		601,9		717,1	27,5	.	.	(385,2)
31. 7. 1948	2 561,4	—	486,5	2 074,9	1 429,6	645,3		510,5		880,2	38,9	.	.	(482,5)
7. 8. 1948	2 765,6	—	545,0	2 220,6	1 518,9	701,7		476,2		992,3	50,4	.	.	(568,1)
14. 8. 1948	3 022,7	—	597,8	2 424,9	1 724,4	700,5		510,3		1 158,4	55,7	.	.	(672,2)
23. 8. 1948	3 203,1	—	651,1	2 552,0	1 849,2	702,8		542,6		1 233,7	72,9	.	.	782,1
31. 8. 1948 ¹⁾	3 336,9	—	660,3	2 676,6	1 879,7	796,9		548,8		1 241,8	89,1	.	48,0	854,0
7. 9. 1948	3 340,6	—	686,4	2 654,2	1 878,8	681,1	94,3	473,9	74,1	1 181,9	54,5	94,4	.	75,5	866,4	.	.	.	247,1	.	2,4	
15. 9. 1948	3 423,2	—	712,3	2 710,9	1 958,5	649,0	103,4	476,5	103,4	1 210,5	60,4	107,7	.	71,6	918,3	.	145,9	.	258,6	.	1,0	
23. 9. 1948	3 726,5	—	741,8	2 984,7	2 250,6	633,2	100,9	604,1	143,0	1 309,2	74,6	119,7	.	95,4	989,3	.	177,4	.	293,8	.	1,0	
30. 9. 1948	3 675,3	—	767,4	2 907,9	2 195,7	615,8	96,4	485,2	182,0	1 319,6	81,5	127,4	.	75,1	1 068,9	1	195,0	.	314,7	.	1,0	
7. 10. 1948	3 644,7	—	776,6	2 868,1	2 217,1	564,3	86,7	418,9	195,2	1 381,7	91,0	130,3	.	75,0	998,2	.	215,8	.	341,1	.	1,0	
15. 10. 1948	3 363,3	—	497,1	2 866,2	2 295,1	498,3	72,8	469,3	214,6	1 381,0	95,3	134,9	319,4	84,9	888,9	.	232,7	.	430,9	.	1,0	
23. 10. 1948	3 605,4	—	471,2	3 134,2	2 496,8	565,5	71,9	561,1	271,9	1 411,1	106,8	145,9	292,4	98,8	932,6	.	.	.	499,7	.	2,0	
30. 10. 1948	3 507,2	—	424,6	3 082,6	2 501,1	516,4	65,1	545,3	279,7	1 412,0	110,2	153,9	265,4	102,6	960,5	.	158,8 ²⁾	.	527,2	.	4,0	
6. 11. 1948	3 592,0	—	408,2	3 183,8	2 589,2	506,1	88,5	561,1	304,0	1 449,8	113,7	160,6	246,3	107,5	962,5	.	173,6	.	508,2	.	5,0	
15. 11. 1948	3 665,7	—	351,5	3 314,2	2 691,5	535,1	87,6	619,0	335,0	1 454,1	114,9	168,5	232,2	130,8	914,7	.	171,5	.	542,6	.	7,0	
23. 11. 1948	3 906,6	—	310,5	3 596,1	2 923,7	571,1	101,3	764,0	367,8	1 498,5	118,1	175,3	215,5	174,3	872,3	.	185,8	.	564,6	.	5,0	
30. 11. 1948	3 793,9	45,7	164,3	3 583,9	2 885,5	602,9	95,5	672,1	385,5	1 511,4	131,8	184,7	211,8	171,9	852,9	213,5	110,5	204,7	23,6	582,7	78,5	5,0
7. 12. 1948	3 824,6	50,8	147,3	3 626,5	2 935,7	596,6	94,2	617,1	443,5	1 544,2	139,0	191,9	203,3	192,5	806,6	218,4	96,3	220,9	29,4	612,9	84,6	5,0
15. 12. 1948	3 853,0	62,0	124,0	3 667,0	2 966,4	615,8	84,8	608,2	451,8	1 552,3	152,4	201,7	188,4	225,9	823,1	232,1	85,3	226,9	28,8	584,1	86,9	5,5
23. 12. 1948	3 910,3	67,9	106,6	3 735,8	3 084,2	562,9	88,7	646,7	474,1	1 597,5	155,6	210,3	176,2	238,9	907,3	231,6	88,0	241,2	28,3	593,9	89,0	5,5
31. 12. 1948	3 847,8	75,6	84,2	3 688,0	3 059,7	531,9	96,4	582,9	482,5	1 601,0	154,4	238,9	147,4	236,7	945,2	238,4	95,6	251,3	27,6	598,9	88,2	5,5
7. 1. 1949	3 909,9	79,0	72,8	3 758,1	3 109,4	558,9	89,8	583,9	478,9	1 648,1	151,5	247,0	156,1	258,8	935,3	257,3	79,1	231,2	26,7	578,4	84,5	5,5
15. 1. 1949	4 047,5	80,4	68,4	3 898,7	3 231,3	571,7	95,7	649,3	588,3	1 576,7	163,6	253,4	150,8	277,0	912,1	244,5	66,4	235,1	15,8	539,6	78,6	5,6
23. 1. 1949	4 244,8	82,3	63,1	4 099,4	3 417,4	562,9	119,1	777,0	625,0	1 592,9	163,1	259,4	135,1	293,1	932,9	254,4	67,0	227,2	12,2	501,4	69,6	5,5
31. 1. 1949	4 081,9	86,2	53,9	3 941,8	3 285,9	536,8	119,1	609,7	649,7	1 591,2	165,2	270,1	116,8	286,7	971,7	255,3	62,4	229,8	5,9	508,2	65,8	6,6

¹⁾ Eingeklammerte Zahlen beruhen ganz oder zum Teil auf Schätzung.

²⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

³⁾ Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

⁴⁾ Ab 24. 8. 1948 sind in den Meldungen der Nordwestbank, Hannover, Niederdeutsche Bankgesellschaft, Hannover, und Merkurbank, Hannover die Filialen nicht mehr einbegriffen.

⁵⁾ Die Differenz zwischen Spalte 15 und der Summe der Spalten 16, 17 und 18 erklärt sich daraus, daß für Rheinland-Pfalz keine Unterteilung der Hauptposition vorliegt.

⁶⁾ Noch unvollständige Angaben.

⁷⁾ Ohne Merkurbank, Hannover.

⁸⁾ Ohne Meldung von Niedersachsen.

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
(Repräsentativ-Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten)

Wechselgeschäft

Beträge in Mill. DM

Berichtswoche	Wechselbestand zu Beginn der Berichtswoche	Während der Berichtswoche angekaufte Wechsel				Verminderung des Wechselbestandes während der Berichtswoche			Wechselbestand am Ende der Berichtswoche			
		insgesamt	davon			insgesamt	davon		insgesamt	darunter		
			Handelswechsel	Bankakzepte	Sola- und sonstige Wechsel		durch Rediskont	durch Fälligkeit oder Rückgabe vor Verfall		eigene Akzepte	fremde Bankakzepte	Debitorenzinsen
1948												
28. 6. - 3. 7.	(0,6) ¹⁾	134,3	29,4	60,6	44,3	36,4	36,4	—	(98,5)	.	.	.
5. 7. - 10. 7.	(98,5)	111,8	35,3	46,5	30,0	11,2	11,2	—	(199,1)	.	.	.
12. 7. - 17. 7.	(199,1)	123,3	64,4	38,0	20,9	17,2	10,9	6,3	(305,2)	.	.	.
19. 7. - 24. 7.	(305,2)	103,0	38,4	46,8	17,8	23,0	12,0	11,0	(385,2)	.	.	.
26. 7. - 31. 7.	(385,2)	139,9	74,9	45,7	19,3	42,6	24,0	18,6	(482,5)	.	.	.
1. 8. - 7. 8.	(482,5)	150,8	74,3	50,6	25,9	65,2	32,0	33,2	(568,1)	.	.	.
8. 8. - 15. 8.	(568,1)	180,6	82,6	84,5	13,5	76,5	30,8	45,7	(672,2)	.	.	.
16. 8. - 23. 8.	712,3	202,0	113,8	77,2	11,0	132,2	77,8	54,4	782,1	.	.	.
24. 8. - 31. 8. ²⁾	766,6 ³⁾	225,3	130,1	88,3	6,9	137,9	91,7	46,2	854,0	.	.	.
1. 9. - 7. 9.	850,8 ³⁾	137,6	78,7	52,0	6,9	122,0	70,4	51,6	866,4	.	.	.
8. 9. - 15. 9.	866,3 ³⁾	196,9	138,7	50,9	7,3	144,9	67,1	77,8	918,3	.	.	.
16. 9. - 23. 9.	918,2 ³⁾	211,3	124,3	78,8	8,2	140,2	82,3	57,9	989,3	.	.	.
24. 9. - 30. 9.	989,2 ³⁾	214,2	141,7	63,7	8,8	134,5	61,7	72,8	1068,9	.	.	.
1. 10. - 7. 10.	1068,9	137,4	84,5	40,8	12,1	208,1	79,0	129,1	998,2	.	.	.
8. 10. - 15. 10.	998,2	201,2	137,2	51,5	12,5	310,5	199,0	111,5	888,9	.	.	.
16. 10. - 23. 10.	944,6 ³⁾	209,3	107,4	85,4	16,5	221,3	127,0	94,3	932,6	.	.	.
24. 10. - 31. 10.	945,8 ³⁾	256,1	152,9	84,0	19,2	241,4	147,9	93,5	960,5	.	.	.
1. 11. - 7. 11.	960,5	145,1	75,9	57,9	11,3	143,1	57,6	85,5	962,5	192,3	150,0	.
8. 11. - 15. 11.	962,5	214,4	132,8	67,8	13,8	262,2	146,1	116,1	914,7	202,2	134,3	.
16. 11. - 23. 11.	914,7	206,9	131,9	63,9	11,1	249,3	149,7	99,6	872,3	207,4	132,1	.
24. 11. - 30. 11.	873,1 ³⁾	242,8	161,9	71,8	9,1	263,0	156,9	106,1	852,9	213,5	110,5	35,4
1. 12. - 7. 12.	853,4 ³⁾	155,9	91,6	59,6	4,7	202,7	113,5	89,2	806,6	218,4	96,3	31,4
8. 12. - 15. 12.	806,6	233,0	157,0	70,7	5,3	216,5	83,0	133,5	823,1	232,1	85,3	35,5
16. 12. - 23. 12.	823,1	291,3	222,6	64,0	4,7	207,1	123,3	83,8	907,3	231,6	88,0	33,8
24. 12. - 31. 12.	907,3	186,5	92,7	85,3	8,5	148,6	86,6	62,0	945,2	238,4	95,6	35,5
1949												
2. 1. - 7. 1.	945,4 ³⁾	106,3	52,3	52,2	1,8	116,4	39,1	77,3	935,3	257,3	79,1	35,1
8. 1. - 15. 1.	935,3	163,6	99,5	61,5	2,6	186,8	97,6	89,2	912,1	244,5	66,4	29,6
16. 1. - 23. 1.	912,1	162,5	95,1	61,8	5,6	141,7	59,5	82,2	932,9	254,4	67,0	17,5
24. 1. - 31. 1.	932,9	238,9	159,5	72,0	7,4	200,1	120,0	80,1	971,7	255,3	62,4	17,8

¹⁾ Die eingeklammerten Zahlen beruhen z. T. auf Schätzungen; tatsächliche Zahlen liegen erst ab 16. August 1948 hier vor.

²⁾ Vom 24. August 1948 an sind in den Meldungen der Nordwestbank, Hannover, Niederdeutsche Bankgesellschaft, Hannover, und Merkur-Bank, Hannover, die von Filialen nicht mehr einbegriffen.

³⁾ Die Abweichungen zwischen dem Wechselbestand am Ende der einen und dem Beginn der folgenden Berichtswoche sind auf nachträgliche Korrektüreingänge zurückzuführen.

Bargeldverkehr mit der Nichtbankenkundenschaft

Beträge in Mill. DM

Berichtswoche	Bargeldverkehr insgesamt			Giro- und Kontokorrentverkehr						Sparverkehr		
	Ein-zahlungen	Aus-zahlungen	Saldo	Wirtschaftsunternehmen und Private			öffentliche Hand			Ein-zahlungen	Aus-zahlungen	Saldo
				Ein-zahlungen	Aus-zahlungen	Saldo	Ein-zahlungen	Aus-zahlungen	Saldo			
1948												
1. 9. - 7. 9.	138,6	154,2	-15,6	124,5	122,9	+ 1,6	11,3	15,4	- 4,1	2,8	15,9	-13,1
8. 9. - 15. 9.	172,9	178,1	- 5,2	155,4	135,5	+19,9	14,2	27,0	-12,8	3,3	15,6	-12,3
16. 9. - 23. 9.	167,3	151,3	+16,0	149,6	127,4	+22,2	15,4	11,7	+ 3,7	2,3	12,2	- 9,9
24. 9. - 30. 9.	133,6	218,4	-84,8	119,8	181,4	-61,6	11,7	26,2	-14,5	2,1	10,8	- 8,7
1. 10. - 7. 10.	157,9	167,4	- 9,5	142,9	141,9	+ 1,0	12,8	13,6	- 0,8	2,2	11,9	- 9,7
8. 10. - 15. 10.	192,7	191,2	+ 1,5	166,3	152,4	+13,9	24,5	26,7	- 2,2	1,9	12,1	-10,2
16. 10. - 23. 10.	179,7	151,2	+28,5	159,2	133,3	+25,9	18,8	8,1	+10,7	1,7	9,8	- 8,1
24. 10. - 31. 10.	149,3	241,9	-92,6	130,8	203,7	-72,9	16,8	29,7	-12,9	1,7	8,5	- 6,8
1. 11. - 7. 11.	162,5	162,4	+ 0,1	147,5	141,0	+ 6,5	12,8	13,9	- 1,1	2,2	7,5	- 5,3
8. 11. - 15. 11.	192,4	173,9	+18,5	161,9	145,2	+16,7	28,6	21,8	+ 6,8	1,9	6,9	- 5,0
16. 11. - 23. 11.	191,2	151,1	+40,1	165,9	135,8	+30,1	23,4	8,6	+14,8	1,9	6,7	- 4,8
24. 11. - 30. 11.	154,4	239,4	-85,0	137,3	204,6	-67,3	15,4	28,5	-13,1	1,7	6,3	- 4,6
1. 12. - 7. 12.	183,0	185,4	- 2,4	165,5	163,4	+ 2,1	15,1	15,3	- 0,2	2,4	6,7	- 4,3
8. 12. - 15. 12.	232,9	218,8	+14,1	201,6	187,7	+13,9	29,2	24,2	+ 5,0	2,1	6,9	- 4,8
16. 12. - 23. 12.	228,2	239,2	-11,0	201,9	215,0	-13,1	24,2	17,8	+ 6,4	2,1	6,4	- 4,3
24. 12. - 31. 12.	181,8	249,4	-67,6	161,8	215,3	-53,5	16,7	29,0	-12,3	3,3	5,1	- 1,8
1949												
2. 1. - 7. 1.	125,6	111,0	+14,6	109,8	98,0	+11,8	12,7	9,9	+ 2,8	3,1	3,1	-
8. 1. - 15. 1.	184,5	156,0	+28,5	151,4	129,2	+22,2	29,6	22,7	+ 6,9	3,5	3,5	- 0,6
16. 1. - 23. 1.	159,5	124,2	+34,3	135,0	113,8	+21,2	21,6	7,8	+13,8	2,9	2,9	- 0,7
24. 1. - 31. 1.	168,4	241,8	-73,4	144,8	207,3	-62,5	20,3	30,4	-10,1	3,3	4,1	- 0,8

Zum Repräsentationswert der wöchentl. Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
(Prozentualer Anteil der 112 Geldinstitute an der monatlichen Gesamterhebung der BdL und der LZB)

	1948				
	Juli	August	September	Oktober	November
Barreserve	53,6	47,3	35,0	36,4	43,2
1. Kassenbestand	26,9	26,3	25,1	26,7	25,1
2. LZB-Guthaben	57,7	51,6	37,3	39,2	47,0
Nostroguthaben	.	36,2	41,2	46,3	52,1
Ausgleichsforderungen	23,6
Kredite insgesamt	40,4	45,9	48,6	46,2	43,6
1. kurzfristige Kredite insgesamt	40,4	45,9	48,6	46,2	45,0
a) an die Nichtbankenkundschaft insgesamt	42,8	38,5	40,1	37,4	37,9
a ¹⁾ an Wirtschaftsunternehmen und Private	41,2	38,4	40,9	38,8	39,6
a ²⁾ an die öffentliche Hand	64,6	40,0	27,6	19,7	14,4
b) an Geldinstitute	.	93,0	84,1	78,0	74,4
2. mittel- und langfristige Kredite insgesamt	14,1
a) an die Nichtbankenkundschaft	15,1
b) an Geldinstitute	8,1
Einlagen insgesamt	37,7	35,7	33,6	33,7	35,5
1. Einlagen der Nichtbankenkundschaft insgesamt	34,2	32,0	30,8	31,7	33,0
a) auf Anlagekonto	21,4
b) auf Festkonto	31,8	28,0	26,9	24,0	22,4
c) auf Freikonto	35,7	34,1	33,0	33,5	34,1
c ¹⁾ der öffentlichen Hand	42,2	45,1	49,0	52,9	54,8
c ²⁾ sonstiger Gläubiger	34,1	34,4	32,3	32,0	31,8
c ³⁾ Spareinlagen	12,5	13,0	13,4	13,4	13,7
2. Einlagen von Geldinstituten insgesamt	53,8	57,2	54,1	49,4	53,9
Geschätzter Betrag der noch umzustellenden Verbindlichkeiten	.	.	.	33,1	21,4
Aufgenommene Gelder	.	32,2	37,7	39,0	39,7
Wechselbestand	47,7	53,7	58,0	56,7	57,1
1. eigene Akzepte	57,1
2. fremde Bankakzepte	80,4
3. Debitorenziehungen	32,7
Eigene Akzepte im Umlauf	44,6
Eventualverbindlichkeiten aus weiterbegebenen Wechseln	41,0

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
(Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)

Wechselgeschäft

Beträge in Mill. DM

Berichtsmonat	Wechselbestand zu Beginn des Berichtsmonats	Während des Berichtsmonats angekaufte Wechsel				Verminderung des Wechselbestandes während des Berichtsmonats			Wechselbestand am Ende des Berichtsmonats			
		insgesamt	davon			insgesamt	davon		insgesamt	darunter		
			Handelswechsel	Bankakzepte	Sola- und sonstige Wechsel		durch Rediskont	durch Fälligkeit od. Rückgabe vor Verfall		eigene Akzepte	fremde Bankakzepte	Debitorenziehungen
1948												
Juli	59,6	1277,8	517,3	398,5	362,0	324,3	249,1	75,2	1013,1	.	.	.
August	1011,1	1457,4	838,4	459,7	159,3	879,0	506,4	372,6	1589,5	.	.	.
September	1588,9	1401,2	924,1	367,3	109,8	1146,5	658,4	488,1	1843,6	.	.	.
Oktober	1852,0	1685,1	1056,2	459,0	169,9	1841,3	1104,0	737,3	1695,8	.	.	.
November	1695,5	1671,2	1095,6	463,4	112,2	1872,8	1135,3	737,5	1493,9	373,1	138,0	107,1

Anmerkung: Die Abweichungen zwischen dem Wechselbestand am Ende des einen und dem Beginn des folgenden Berichtsmonats sind auf nachträgliche Korrektüreingänge zurückzuführen.

Bargeldverkehr mit der Nichtbankenkundschaft¹⁾

Beträge in Mill. DM

Berichtsmonat	Bargeldverkehr insgesamt			Giro- und Kontokorrentverkehr						Sparverkehr		
	Finzahlungen	Auszahlungen	Saldo	Wirtschaftsunternehmen und Private			öffentliche Hand			Finzahlungen	Auszahlungen	Saldo
				Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo			
1948												
September	2 514,2	2 933,3	-419,1	2 211,6	2 321,0	-109,4	243,5	321,8	-78,3	59,1	290,5	-231,4
Oktober	2 729,6	3 010,1	-280,5	2 407,5	2 437,3	-29,8	272,3	313,0	-40,7	49,8	259,8	-210,0
November	2 861,8	2 891,0	-29,2	2 507,6	2 430,6	+77,0	306,1	290,4	+15,7	48,1	170,0	-121,9

¹⁾ Ohne Postsparkassenämter.

²⁾ Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
Zur Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern
Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Barreserve	Nostro-guthaben ²⁾	Ausgleichsforde-rungen gegen die öffent-liche Hand ³⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft)															
					Ins-gesamt	davon										Geld-in-stitute	davon			
						Wirt-schafts-un-ter-nehmen und Private	davon				Öffent-liche Hand	Kas-sen-Kre-dite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließl. Indossaments-verbindlichk.)	sonstige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite		Konto-kor-rent-und Akzept-Kredite	Wechsel (einschl. Indossaments-verbindlichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite
							Konto-kor-rent-und Akzept-Kredite	Wechsel (einschl. Indossaments-verbindlichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	

Währungsgebiet⁴⁾

Juli	4 208	1 751,2	1 073,9	.	1 421,7	1 243,7	91,5	1 146,6	5,6	.	95,5	75,3	21,9	1,0	.	82,5	15,8	59,8	6,9	.
Aug.	3 738	1 705,1	1 190,6	.	2 750,8	2 243,8	751,2	1 473,3	19,3	.	134,5	73,5	58,0	1,2	.	372,5	78,8	281,0	12,7	.
Sept.	3 592	1 558,1	1 219,0	.	3 959,8	3 011,0	1 382,2	1 594,6	34,2	.	185,4	67,0	111,8	6,6	.	763,4	133,2	616,1	14,1	.
Okt.	3 581	1 241,0	1 010,1	.	4 876,6	3 549,8	1 904,1	1 599,0	46,7	.	268,8	75,2	186,5	7,1	.	1 058,0	212,0	832,0	14,0	.
Nov.	3 581	1 621,5	1 193,9	4 102,0	5 665,5	4 245,0	2 280,5	1 680,9	73,5	210,1 ⁵⁾	327,2	64,7	227,9	5,6	29,0 ⁵⁾	1 093,3	284,2	750,1	22,4	36,6 ⁵⁾

Bayern

Juli	629	333,7	177,8	.	212,7	194,0	18,4	174,2	1,4	.	5,3	1,0	4,3	0,0	.	13,4	1,3	12,0	0,1	.
Aug.	629	307,5	187,4	.	401,5	334,1	176,4	154,2	3,5	.	5,3	3,2	2,1	0,0	.	62,1	16,6	43,9	1,6	.
Sept.	578	246,1	151,9	.	578,7	461,5	281,8	173,5	6,2	.	6,4	5,8	0,6	0,0	.	110,8	24,1	83,4	3,3	.
Okt.	578	200,8	140,9	.	751,8	580,5	395,5	178,4	6,6	.	9,6	9,3	0,3	0,0	.	161,7	42,7	112,7	6,3	.
Nov.	578	224,7	174,6	785,2	893,0	685,1	467,9	195,9	10,5	10,8 ⁵⁾	12,6	11,0	0,6	0,0	1,0 ⁵⁾	195,3	91,4	97,3	4,8	1,8 ⁵⁾

Hessen

Juli	304	114,5	99,8	.	102,7	79,7	5,5	73,8	0,4	.	0,1	0,1	0,0	0,0	.	22,9	4,6	17,1	1,2	.
Aug.	304	139,1	111,2	.	235,0	152,7	59,2	91,0	2,5	.	1,4	0,9	0,0	0,5	.	80,9	19,1	55,6	6,2	.
Sept.	304	108,9	132,3	.	351,1	212,1	110,3	97,5	4,3	.	3,7	2,2	0,6	0,9	.	135,3	21,6	111,0	2,7	.
Okt.	306	108,5	129,3	.	411,0	261,5	151,1	103,6	6,8	.	3,7	2,4	0,0	1,3	.	145,8	19,2	126,5	0,1	.
Nov.	306	120,0	144,4	392,9	488,3	314,0	177,5	101,7	8,6	26,2 ⁵⁾	4,4	2,9	0,0	0,1	1,4 ⁵⁾	169,9	23,7	144,2	2,0	—

Württemberg-Baden

Juli	368	208,7	117,2	.	125,1	117,6	6,5	110,6	0,5	.	1,0	0,8	0,2	—	.	6,5	1,0	5,5	0,0	.
Aug.	368	175,2	186,7	.	272,9	228,1	77,4	150,0	0,7	.	1,3	1,0	0,3	0,0	.	43,5	4,9	38,4	0,2	.
Sept.	368	171,4	195,1	.	412,9	300,1	131,9	168,0	0,2	.	1,6	1,6	0,0	—	.	111,2	12,9	98,0	0,3	.
Okt.	368	132,2	148,6	.	481,9	330,6	187,7	142,0	0,9	.	2,9	2,9	0,0	—	.	148,4	28,1	120,3	0,0	.
Nov.	368	155,4	209,7	436,9	548,3	401,6	231,4	148,0	4,2	18,0 ⁵⁾	5,7	3,2	0,1	0,2	2,2 ⁵⁾	141,0	22,8	117,7	0,0	0,5 ⁵⁾

Bremen

Juli	29	51,0	25,7	.	34,3	33,5	2,4	31,1	0,0	.	—	—	—	—	.	0,8	0,2	0,5	0,1	.
Aug.	29	42,4	37,1	.	73,3	56,3	14,3	41,4	0,6	.	0,0	0,0	—	—	.	17,0	4,4	12,6	0,0	.
Sept.	29	26,6	51,6	.	101,3	65,5	36,3	28,5	0,7	.	1,3	0,1	—	1,2	.	34,5	7,1	27,0	0,4	.
Okt.	29	27,6	25,4	.	134,9	78,4	45,8	31,6	1,0	.	1,4	0,2	—	1,2	.	55,1	9,1	45,4	0,6	.
Nov.	29	28,8	29,6	67,0	144,1	95,9	63,4	28,2	3,5	0,8 ⁵⁾	1,4	0,2	—	—	1,2 ⁵⁾	46,8	15,4	30,9	0,4	0,1 ⁵⁾

Nordrhein-Westfalen

Juli	1087	419,9	265,1	.	461,0	384,2	21,9	361,7	0,6	.	63,8	56,4	7,4	—	.	13,0	4,6	6,8	1,6	.
Aug.	866	401,9	212,5	.	885,5	765,6	240,5	521,0	4,1	.	52,9	48,1	4,7	0,1	.	67,0	13,4	52,5	1,1	.
Sept.	838	438,2	257,1	.	1 186,4	1 029,8	367,2	658,3	4,3	.	34,6	30,3	0,2	4,1	.	122,0	11,2	110,5	0,3	.
Okt.	838	335,7	221,7	.	1 366,4	1 155,8	442,8	706,1	6,9	.	29,3	25,1	0,1	4,1	.	181,3	25,3	155,5	0,5	.
Nov.	838	602,2	277,6	968,2	1 493,7	1 341,1	520,0	713,0	14,8	93,3 ⁵⁾	25,0	11,3	0,6	3,4	9,7 ⁵⁾	127,6	28,2	90,9	4,1	4,4 ⁵⁾

Niedersachsen

Juli	866	164,0	133,3	.	141,0	117,9	13,9	103,5	0,5	.	9,2	8,8	0,3	0,1	.	13,9	0,9	13,0	—	.
Aug.	617	227,4	154,2	.	252,7	212,0	51,4	158,6	2,0	.	14,8	14,4	0,3	0,1	.	25,9	2,0	23,9	—	.
Sept.	617	183,4	131,2	.	368,5	294,1	131,5	159,6	3,0	.	21,8	16,3	5,3	0,2	.	52,6	6,1	46,4	0,1	.
Okt.	617	129,7	92,2	.	470,0	361,6	183,9	172,2	5,5	.	28,7	22,0	6,5	0,2	.	79,7	18,0	61,3	0,4	.
Nov.	617	158,3	84,5	519,2	574,0	432,9	221,9	178,0	6,6	26,4 ⁵⁾	29,5	18,2	0,1	0,1	11,1 ⁵⁾	111,6	20,6	58,2	4,6	28,2 ⁵⁾

Schleswig-Holstein

Juli	184	62,2	33,7	.	41,2	36,5	3,1	33,2	0,2	.	4,4	4,3	0,1	0,0	.	0,3	0,1	0,2	0,0	.
Aug.	185	67,4	34,4	.	84,4	66,8	15,3	50,5	1,0	.	4,6	4,5	0,1	0,0	.	13,0	9,6	3,4	0,0	.
Sept.	185	53,9	37,7	.	125,2	87,5	48,4	38,1	1,0	.	4,9	4,9	—	—	.	32,8	28,2	4,6	—	.
Okt.	185	39,2	25,8	.	162,5	123,6	79,5	42,5	1,6	.	3,5	3,5	0,0	—	.	35,4	18,5	16,9	0,0	.
Nov.	185	42,9	21,0	180,5	212,6	161,1	104,7	48,9	1,4	6,1 ⁵⁾	8,5	7,8	0,0	0,0	0,7 ⁵⁾	43,0	9,1	33,9	—	—

Hamburg

Juli	124	119,4	49,1	.	192,1	188,5	1,9	186,3	0,3	.	0,0	0,0	—	—	.	3,6	0,2	3,1	0,3	.
Aug.	123	107,5	69,4	.	339,0	292,3	70,2	220,3	1,8	.	0,3	0,3	—	0,0	.	46,4	3,0	43,0	0,4	.
Sept.	56	88,3	49,5	.	509,3	376,6	178,1	188,6	9,9	.	0,9	0,9	—	0,0	.	131,8	7,5	122,3	2,0	.
Okt.	55	76,9	69,1	.	588,0	424,4	275,7	139,1	9,6	.	1,0	1,0	—	0,0	.	162,6	19,5	142,4	0,7	.
Nov.	55	105,7	79,3	234,9	648,7	515,5	308,9	178,1	11,5	17,0 ⁵⁾	2,1	1,7	—	—	0,4 ⁵⁾	131,1	26,4	102,9	0,6	1,2 ⁵⁾

Rheinland-Pfalz

Juli	288	78,5	62,8	.	46,8	43,5	4,7	38,0	0,8	.	2,2	2,2	—	—	.	1,1	0,6	0,3	0,2	.
Aug.	288	60,2	69,8	.	86,6	74,7	22,8	50,7	1,2	.	2,7	2,7	—	—	.	9,2	2,5	5,3	1,4	.
Sept.	288	78,8	70,5	.	127,7	108,9	59,1	47,8	2,0	.	4,1	3,9	0,1	0,1	.	14,7	7,0	5,1	2,6	.
Okt.	277	65,6	46,4	.	173,2	142,5	89,3	49,3	3,9	.	5,9	5,6	0,2	0,1	.	24,8	12,2	8,5	4,1	.
Nov.	277	70,1	55,2	202,7	219,5	178,5	115,6	55,0	4,5	3,4 ⁵⁾	6,8	5,4	0,1	1,0	0,3 ⁵⁾	34,2	19,5	12,5	1,9	0,3 ⁵⁾

Baden

Juli	173	55,9	36,1	.	24,7	21,3	11,1	9,9	0,3	.	—	—	—	—	.	3,4	0,0	0,3	3,1	.
Aug.	173	80,3	47,1	.	36,0	33,5	16,4	16,3	0,8	.	0,0	—	0,0	—	.	2,5	0,1	0,7	1,7	.
Sept.	173	55,9	49,8	.	55,1	40,8	23,2	16,2	1,4	.	0,6	0,4	0,2	0,0	.	13,7	5,3	6,0	2,4	.
Okt.	172	51,6	35,7	.	71,5	49,7	29,6	18,1	2,0	.	1,9	0,3	1,5	0,1	.	19,9	12,5	6,2	1,2	.
Nov.	172	43,7	37,3	133,5	93,9	62,0	37,5	18,7	2,9	2,9 ⁵⁾	2,8	1,7	0,8	0,1	0,2 ⁵⁾	29,1	19,1	6,1	3,9	— ⁵⁾

Württemberg-Hohenzollern

Juli	147	30,5	53,7	.	15,6	13,9	2,2	11,3	0,4	.	0,0	0,0	0,0	—	.	1,7	0,5	0,9	0,3	.
Aug.	147	39,1	62,4	.	29,7	26,4	7,0	18,3	1,1	.	0,5	0,4	0,1	—	.	2,8	1,0	1,8	—	.
Sept.	147	43,6	75,4	.	34,4	31,3	12,0	18,2	1,1	.	0,5	0,5	0,0	0,0	.	2,6	0,8	1,8	—	.
Okt.	147	31,7	61,2	.	47,9	36,5	20,4	15,0	1,1	.	0,4	0,3	0,1	0,0	.	11,0	5,4	5,5	0,1	.
Nov.	147	34,4	54,5	106,1	61,1	49,7	27,3	14,5	3,2	4,7 ⁵⁾	0,7	0,5	0,0	0,1	0,1 ⁵⁾	10,7	6,9	3,7	0,0	0,1 ⁵⁾

*) Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

1) Einschl. selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale.

2) Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

3) Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

4) Die Summe aller Länderzahlen ist kleiner als die für das Währungsgebiet gemeldeten Ergebnisse, da einige Institute z. B. Postsparkasse, Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank A.G. nur zonal berichten und daher nur in den Zahlen für das Währungsgebiet erscheinen.

5) Noch sehr unvollständige Angaben.

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)

Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

Zur Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern

Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948	Einlagen											Noch umzustellende Einlagen (geschätzter Betrag in DM)	Nostroverpflichtungen	Wechselbestand			Eigene Akzepte im Umlauf	Eigene Ziehungen im Umlauf	Eventualverbindlichkeiten aus weiterbegebenen Wechseln	darunt. weiterbegebene fremde Bankakzepte	Eventualverbindlichkeiten aus verkauften Ausgleichsfordern.	
	insgesamt	davon												insgesamt	darunter							
		Einlagen auf Anlagekonto	Einlagen auf Festkonto	Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		sonstige Gläubiger					Spareinlagen	eigene Akzepte						fremde Bankakzepte
				mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin											
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	

Währungsgebiet¹⁾

Juli	6 796,9 ²⁾	.	1 533,2	5 199,9	4 001,5	1 125,0	73,4	1 084,8	21,8	2 519,3	62,7	312,9	.	83,5	1 013,1
Aug.	9 338,7 ²⁾	.	2 363,5	6 892,0	5 508,8	1 271,0	112,2	1 114,4	101,5	3 516,1	91,0	685,8	.	148,5	1 589,5
Sept.	10 927,1 ²⁾	.	2 849,4	7 972,9	6 662,2	1 174,7	136,0	1 131,0	231,1	4 207,8	134,4	957,9	.	199,3	1 843,7	825,1	.	.	.
Okt.	10 403,5	.	1 747,1	8 656,4	7 475,8	1 036,0	144,6	1 210,5	350,0	4 583,3	179,9	1 152,1	1 234,3	264,4	1 695,8	1 240,0	.	17,8	.
Nov.	10 682,5	208,1	725,5	9 748,9	8 453,1	1 143,4	152,4	1 463,3	465,9	4 944,3	225,8	1 353,8	990,7	432,6	1 493,9	373,1	138,0	459,7	74,1	1 422,3	84,1	20,7	.

Bayern

Juli	1 166,2	.	253,4	912,8	700,0	207,6	5,2	250,6	8,1	387,4	6,0	47,9	.	10,8	165,3
Aug.	1 574,0	.	439,1	1 134,9	925,9	199,8	9,2	229,2	16,4	556,5	12,5	111,3	.	13,1	235,6
Sept.	1 832,4	.	528,2	1 304,2	1 136,3	156,0	11,9	225,7	45,1	681,9	20,3	163,3	.	31,6	250,9	99,9	.	.	.
Okt.	1 672,7	.	226,3	1 446,4	1 325,2	116,0	5,2	270,9	51,6	774,1	25,6	203,0	153,0	92,9	225,5	.	.	111,5	.	156,9	.	6,7	.
Nov.	1 790,0	40,3	122,9	1 626,8	1 480,1	136,7	10,0	318,1	60,4	820,9	37,5	243,2	131,8	175,4	239,4	85,4	12,4	140,5	19,9	114,6	13,2	6,9	.

Hessen

Juli	566,0	.	122,7	443,3	332,9	96,6	13,5	94,0	1,1	201,3	8,8	27,7	.	4,2	82,5
Aug.	840,2	.	205,4	634,8	465,9	137,9	31,0	94,1	2,0	296,3	10,6	62,9	.	11,7	122,8
Sept.	1 027,2	.	253,0	774,2	579,6	163,5	31,1	107,4	2,5	370,7	11,9	87,1	.	17,3	150,1	91,3	.	.	.
Okt.	1 026,8	.	177,0	849,8	642,4	187,9	19,5	128,1	3,3	390,3	15,1	105,6	97,8	18,2	141,9	.	.	44,5	.	108,8	.	1,8	.
Nov.	1 013,9	17,1	67,2	929,6	742,4	150,1	37,1	159,3	4,5	442,4	19,8	116,4	76,1	45,6	154,7	24,4	20,1	40,6	1,9	104,4	14,4	1,5	.

Württemberg-Baden

Juli	801,4	.	140,8	660,6	480,7	162,4	17,5	180,1	2,1	258,0	14,3	28,8	.	2,3	93,4
Aug.	996,1	.	217,4	778,7	609,3	146,1	23,3	166,6	10,5	355,1	11,7	62,8	.	5,3	170,1
Sept.	1 224,4	.	286,3	938,1	759,1	142,1	36,9	129,1	82,0	433,5	16,7	97,8	.	9,2	257,8	43,4	.	.	.
Okt.	1 304,6	.	284,8	1 019,8	863,5	129,2	27,1	136,3	122,1	462,3	27,2	115,6	149,8	14,2	244,2	.	.	20,4	.	74,9	.	2,7	.
Nov.	1 270,4	17,5	81,7	1 171,2	1 001,3	144,6	25,3	131,0	175,3	515,3	30,3	149,4	107,8	19,2	231,6	65,6	39,3	23,5	7,5	87,1	6,2	2,7	.

Bremen

Juli	167,4	.	34,4	133,0	102,7	28,7	1,6	14,9	0,0	82,5	1,1	4,2	.	0,2	28,2
Aug.	221,3	.	44,8	176,5	148,0	27,6	0,9	7,2	28,7	98,3	1,5	12,3	.	4,0	47,2
Sept.	254,4	.	51,2	203,2	178,6	23,9	0,7	11,9	29,7	122,0	1,9	13,1	.	6,1	47,9	7,2	.	.	.
Okt.	230,2	.	19,1	211,1	189,0	21,3	0,8	11,6	40,7	117,4	4,6	14,7	20,1	7,3	64,4	.	.	2,1	.	21,3	.	2,0	.
Nov.	245,6	4,0	9,4	232,2	206,5	24,7	1,0	19,1	44,7	120,8	5,6	16,3	15,7	9,6	47,1	7,7	9,5	4,0	0,0	16,9	2,4	—	.

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
Zur Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen
Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Barreserve	Nostro-guthaben ²⁾	Ausgleichsforde-rungen gegen die öffentliche Hand ³⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft)																		
					Ins-gesamt	davon				Öffent-liche Hand	davon				Geld-in-stitute	davon							
						Wirt-schafts-unter-nehmen und Private	davon				Kas-sen-Kre-dite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließl. Indossaments-verbindlichk.)	sonstige kurz-fristige Kre-dite	mittel- und lang-fristige Kre-dite		Konto-kor-rent- und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite	Konto-kor-rent- und Akzept-Kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite
							Konto-kor-rent- und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kre-dite														
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20				

Alle Banken

Juli	4208	1 751,2	1 073,9	.	1 421,7	1 243,7	91,5	1 146,6	5,6	.	95,5	73,5	21,9	0,1	.	82,5	15,8	59,8	6,9	.
Aug.	3738	1 705,1	1 190,6	.	2 750,8	2 243,8	751,2	1 473,3	19,3	.	134,5	75,3	58,0	1,2	.	372,5	78,8	281,0	12,7	.
Sept.	3592	1 558,1	1 219,0	.	3 959,8	3 011,0	1 382,2	1 594,6	34,2	.	185,4	67,0	111,8	6,6	.	763,4	133,2	616,1	14,1	.
Okt.	3581	1 241,0	1 010,1	.	4 876,6	3 549,8	1 904,1	1 599,0	46,7	.	268,8	75,2	186,5	7,1	.	1 058,0	212,0	832,0	14,0	.
Nov.	3581	1 621,5	1 193,9	4 102,0	5 665,5	4 245,0	2 280,5	1 680,9	73,5	210,1 ⁴⁾	327,2	64,7	227,9	5,6	29,0 ⁴⁾	1 093,3	284,2	750,1	22,4	36,6 ⁴⁾

Kreditbanken

Juli	382	618,6	136,0	.	918,8	869,1	38,3	829,7	1,1	.	7,1	2,7	4,4	0,0	.	42,6	5,2	37,0	0,4	.
Aug.	368	493,7	200,8	.	1 767,9	1 572,1	536,8	1 030,0	5,3	.	13,1	6,3	6,7	0,1	.	182,7	33,8	148,2	0,7	.
Sept.	252	461,8	282,7	.	2 408,8	2 045,2	946,1	1 086,8	12,3	.	10,5	9,6	0,9	0,0	.	353,1	53,2	299,3	0,6	.
Okt.	247	405,4	316,7	.	2 855,9	2 392,5	1 312,3	1 064,3	15,9	.	15,1	13,2	1,9	—	.	448,3	48,2	397,8	2,3	.
Nov.	247	566,6	438,7	947,3	3 119,9	2 706,7	1 549,6	1 118,5	28,2	10,4 ⁴⁾	14,3	11,8	1,9	0,0	0,6 ⁴⁾	398,9	37,5	353,8	5,8	1,8 ⁴⁾

Hypothekendarlehen

Juli	36	1,8	6,9	.	0,0	0,0	—	0,0	—	.	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.
Aug.	36	2,0	7,3	.	0,2	0,2	0,1	0,1	0,0	.	0,0	—	0,0	0,0	.	0,0	—	0,0	0,0	.
Sept.	35	1,9	9,5	.	0,7	0,5	0,3	0,1	0,1	.	0,2	0,1	0,0	0,1	.	0,0	—	0,0	0,0	.
Okt.	35	1,8	10,7	.	1,1	0,8	0,5	0,1	0,2	.	0,2	—	0,0	0,2	.	0,1	—	0,0	0,1	.
Nov.	35	1,8	11,7	163,4	58,4	53,6	0,1	0,1	0,2	53,2 ⁴⁾	4,7	—	0,0	—	4,7 ⁴⁾	0,1	0,1	0,0	—	— ⁴⁾

Girozentralen

Juli	18	476,2	267,7	.	173,2	79,7	2,4	77,0	0,3	.	74,9	69,8	5,1	—	.	18,6	3,4	11,0	4,2	.
Aug.	18	396,3	297,1	.	334,2	150,5	32,0	116,5	2,0	.	66,5	66,0	—	0,5	.	117,2	19,8	93,4	4,0	.
Sept.	18	219,3	251,6	.	576,2	219,7	86,9	131,2	1,6	.	57,6	48,7	5,2	4,8	.	297,8	33,4	260,3	4,1	.
Okt.	18	142,2	194,2	.	647,4	206,7	94,6	109,3	2,8	.	57,3	45,6	6,4	5,3	.	383,4	91,4	288,8	3,2	.
Nov.	18	325,9	240,7	228,6	696,0	283,3	123,4	126,0	3,9	30,0 ⁴⁾	57,9	39,8	0,0	3,4	14,7 ⁴⁾	354,8	153,3	191,3	4,4	5,8 ⁴⁾

Sparkassen

Juli	891	350,5	448,1	.	137,9	135,5	31,9	101,6	2,0	.	1,9	1,0	0,8	0,1	.	0,5	0,4	—	0,1	.
Aug.	891	488,1	427,7	.	230,4	225,8	83,0	138,7	4,1	.	3,5	2,4	1,1	—	.	1,1	0,8	—	0,3	.
Sept.	891	504,2	413,6	.	351,1	339,0	175,5	155,4	8,1	.	9,4	7,2	0,8	1,4	.	2,7	1,6	0,8	0,3	.
Okt.	891	402,4	283,3	.	463,4	447,7	271,7	163,6	12,4	.	12,3	10,5	0,3	1,5	.	3,4	2,0	1,1	0,3	.
Nov.	891	431,9	300,9	2 031,1	632,4	609,7	334,1	165,8	15,3	94,5 ⁴⁾	18,3	9,3	0,5	0,6	7,9 ⁴⁾	4,4	2,0	0,8	0,1	1,5 ⁴⁾

Postsparkassen – Postscheckämter

Juli	18	17,0	2,8	.	—	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.
Aug.	18	52,6	0,1	.	—	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.
Sept.	18	110,3	0,1	.	—	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.
Okt.	18	74,9	0,1	.	—	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.
Nov.	18	82,6	0,1	150,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Zentralkassen

Juli	33	80,9	52,3	.	56,3	37,3	0,7	36,6	—	.	2,0	—	2,0	—	.	17,0	4,4	10,5	2,1	.
Aug.	33	93,1	85,4	.	134,4	71,2	10,6	59,8	0,8	.	0,5	0,5	—	—	.	62,7	21,4	33,7	7,6	.
Sept.	33	71,9	74,1	.	188,6	93,4	23,6	69,2	0,6	.	—	—	—	—	.	95,2	41,7	44,4	9,1	.
Okt.	33	58,5	55,1	.	265,5	103,3	28,2	74,2	0,9	.	0,5	0,5	0,0	0,0	.	161,7	64,4	89,5	7,8	.
Nov.	33	61,7	53,0	44,7	333,5	118,9	45,8	66,7	6,1	0,3 ⁴⁾	1,0	1,0	—	—	— ⁴⁾	213,6	85,5	116,3	11,8	0,0 ⁴⁾

Kreditgenossenschaften

Juli	2771	88,5	134,3	.	93,1	92,2	18,0	72,1	2,1	.	0,1	0,1	0,0	0,0	.	0,8	0,6	0,1	0,1	.
Aug.	2315	120,1	148,8	.	169,0	167,6	59,6	102,2	5,8	.	0,1	0,1	0,0	0,0	.	1,3	0,8	0,4	0,1	.
Sept.	2295	129,4	160,6	.	243,4	240,2	109,2	121,3	9,7	.	1,5	1,5	0,0	0,0	.	1,7	1,2	0,5	0,0	.
Okt.	2288	111,6	125,2	.	320,4	313,9	161,8	140,4	11,7	.	2,9	2,8	0,0	0,1	.	3,6	3,2	0,4	0,0	.
Nov.	2288	109,2	103,9	506,3	372,1	365,9	182,5	150,3	15,1	18,0 ⁴⁾	3,3	2,0	0,1	0,9	0,3 ⁴⁾	2,9	2,5	0,4	0,0	— ⁴⁾

Sonstige Geldinstitute ⁵⁾

Juli	59	117,4	25,6	.	42,3	29,9	0,1	29,6	0,2	.	9,6	—	9,6	0,0	.	2,8	1,7	1,1	0,0	.
Aug.	59	59,2	23,3	.	114,6	56,4	29,0	26,0	1,4	.	50,7	—	50,2	0,5	.	7,5	2,3	5,2	0,0	.
Sept.	50	59,2	26,9	.	191,0	73,0	40,5	30,7	1,8	.	105,2	0,1	104,9	0,2	.	12,8	2,1	10,7	0,0	.
Okt.	51	44,2	24,6	.	322,9	85,0	34,9	47,2	2,9	.	180,4	2,6	177,8	0,0	.	57,5	2,9	54,4	0,2	.
Nov.	51	41,8	44,9	29,9	453,2	106,9	45,0	53,4	4,8	3,7 ⁴⁾	227,8	0,8	225,5	0,7	0,8 ⁴⁾	118,5	3,3	87,5	0,2	27,5 ⁴⁾

^{*)} Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

¹⁾ Einschl. selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale.

²⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

³⁾ Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

⁴⁾ Noch sehr unvollständige Angaben.

⁵⁾ Spezial-, Haus- und Branchebanken, u. a. die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank A.G., Deutsche Bau- und Bodenbank, Deutsche Rentenbank, Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt sowie die geschlossenen Banken.

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
Zur Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen
Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948	Einlagen											Noch umzustellende Einlagen (geschätzter Betrag in DM)	Nostro verpfl. tungen	Wechselbestand			Eigene Akzepte im Umlauf	Eigene Ziehungen im Umlauf	Eventualverbindlichkeiten aus weiterbegebenen Wechseln	darunt. weiterbegebene fremde Bankakzepte	Eventualverbindlichkeiten aus verkauften Ausgleichsfordern.	
	insgesamt	Einlagen auf Anlagekonto	Einlagen auf Festkonto	davon										Spar-ein-lagen	insgesamt	darunter						
				Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		sonstige Gläubiger						eigene Akzepte						fremde Bankakzepte
				mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin											
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	

Alle Banken

Juli	6 796,9 ¹⁾	.	1 533,2	5 199,9	4 001,5	1 125,0	73,4	1 084,8	21,8	2 519,3	62,7	312,9	.	83,5	1 013,1
Aug.	9 338,7 ¹⁾	.	2 363,5	6 892,0	5 508,8	1 271,0	112,2	1 114,4	101,5	3 516,1	91,0	685,8	.	148,5	1 589,5
Sept.	10 927,1 ¹⁾	.	2 849,4	7 972,9	6 662,2	1 174,7	136,0	1 131,0	231,1	4 207,8	134,4	957,9	.	199,3	1 843,7	825,1	.	.	.
Okt.	10 403,5	.	1 747,1	8 656,4	7 475,8	1 036,0	144,6	1 210,5	350,0	4 583,3	179,9	1 152,1	1 234,3	264,4	1 695,8	.	.	411,7	.	1 240,0	.	17,8	.
Nov.	10 682,5	208,1	725,5	9 748,9	8 453,1	1 143,4	152,4	1 463,3	465,9	4 944,3	225,8	1 353,8	990,7	432,6	1 493,9	373,1	138,0	459,7	74,1	1 422,3	84,1	20,7	.

Kreditbanken

Juli	2 442,7	.	574,8	1 867,9	1 642,5	200,5	24,9	288,9	5,4	1 283,0	35,8	29,4	.	21,7	687,9
Aug.	3 160,6	.	760,1	2 400,5	2 148,0	208,5	44,0	264,0	17,7	1 740,5	62,1	63,7	.	57,6	1 019,1
Sept.	3 722,4	.	843,7	2 878,7	2 608,3	223,8	46,6	240,2	80,7	2 103,7	98,2	85,5	.	69,5	1 109,5	607,1	.	.	.
Okt.	3 540,5	.	349,1	3 191,4	2 903,4	237,3	50,7	311,3	114,3	2 235,8	136,1	105,9	164,1	80,9	1 054,2	.	.	372,8	.	710,9	.	3,3	.
Nov.	3 805,5	41,1	171,7	3 592,7	3 226,7	295,5	70,5	365,9	164,1	2 413,8	162,6	120,3	138,7	92,6	959,9	351,3	87,5	404,2	20,8	816,8	41,1	3,4	.

Hypothekenbanken

Juli	8,2	.	0,5	7,7	7,4	0,3	—	4,7	—	2,5	0,1	0,1	.	4,4	0,0
Aug.	8,4	.	0,8	7,6	7,3	0,3	—	4,6	0,0	2,5	0,1	0,1	.	3,9	0,0
Sept.	8,9	.	1,0	7,9	7,5	0,4	—	3,8	0,0	3,6	0,0	0,1	.	4,7	0,0	0,1	.	.	.
Okt.	8,5	.	0,4	8,1	7,7	0,4	—	4,0	0,3	3,2	0,1	0,1	2,0	7,7	0,1	.	.	—	.	0,0	.	9,2	.
Nov.	7,4	0,1	0,1	7,2	6,8	0,4	—	3,1	0,2	3,0	0,4	0,1	0,3	12,4	0,1	—	—	—	—	0,0	—	8,9	.

Girozentralen

Juli	1 088,5	.	126,3	962,2	349,5	570,3	42,4	252,7	4,1	75,1	7,8	9,8	.	24,7	92,5
Aug.	1 329,0	.	149,0	1 180,0	534,3	592,6	53,1	283,8	67,0	161,2	8,5	13,8	.	27,3	218,3
Sept.	1 242,5	.	158,5	1 084,0	523,5	490,8	69,7	298,3	100,9	89,8	13,7	20,8	.	41,7	374,2	22,4	.	.	.
Okt.	1 169,1	.	116,6	1 052,5	627,0	350,1	75,4	324,9	172,7	96,1	13,4	19,9	31,2	18,3	346,5	.	.	7,3	.	58,6	.	—	.
Nov.	1 289,5	12,7	23,7	1 253,1	757,6	433,4	62,1	403,9	213,7	102,6	17,3	20,1	31,5	76,0	261,9	6,7	39,2	7,4	1,0	53,4	5,5	—	.

Sparkassen

Juli	1 736,5	.	544,5	1 192,0	1 173,5	18,5	—	334,9	11,6	619,0	8,8	199,2	.	10,6	98,0
Aug.	2 764,0	.	1 002,3	1 761,7	1 738,9	22,8	—	378,3	15,7	867,2	11,1	466,6	.	19,5	132,0
Sept.	3 477,3	.	1 288,7	2 188,6	2 169,0	19,5	0,1	398,4	48,6	1 053,5	6,6	661,9	.	29,7	142,1	19,0	.	.	.
Okt.	3 400,9	.	978,3	2 422,6	2 390,1	31,8	0,7	397,0	61,0	1 123,1	6,8	802,2	673,9	88,9	125,5	.	.	5,5	.	45,4	.	3,3	.
Nov.	3 284,9	114,6	376,8	2 793,5	2 742,0	51,3	0,2	484,1	82,5	1 209,9	16,0	949,5	517,4	126,5	116,9	5,3	6,7	6,4	4,3	49,0	1,6	4,5	.

Postsparkassen — Postscheckämter

Juli	497,0 ¹⁾	.	68,0	365,3	247,4	117,9	—	81,9	—	161,0	—	4,5	.	—	—	—	—
Aug.	603,3 ¹⁾	.	88,9	431,2	319,4	111,8	—	81,2	—	221,9	—	16,3	.	0,1	—	—	—
Sept.	850,0 ¹⁾	.	121,9	623,3	466,1	157,2	—	109,6	—	331,0	—	25,5	.	1,0	—	—	—
Okt.	837,9	.	61,5	776,4	584,5	191,9	—	121,2	—	433,7	—	29,6	83,2	1,3	—	—	—
Nov.	841,4	5,4	38,1	797,9	650,1	147,8	—	119,3	—	496,9	—	33,9	53,6	—	—	—	—

Zentralkassen

Juli	229,6	.	19,1	210,5	49,7	154,7	6,1	1,1	0,1	44,2	1,2	3,1	.	5,9	43,0
Aug.	342,5	.	42,1	300,4	62,5	222,7	15,2	9,5	—	48,7	1,9	2,4	.	11,0	77,8
Sept.	339,1	.	43,7	295,4	68,4	208,4	18,6	9,3	0,1	53,3	2,8	2,9	.	19,9	91,0	22,3	.	.	.
Okt.	295,4	.	19,7	275,7	78,6	182,3	14,8	10,2	0,1	56,5	8,4	3,4	5,3	24,0	52,4	.	.	2,0	.	113,4	.	—	.
Nov.	278,2	3,5	6,3	268,4	75,2	176,8	16,4	4,7	0,0	56,9	9,8	3,8	4,7	59,6	50,2	4,3	3,4	14,2	9,9	126,6	29,3	1,8	.

Kreditgenossenschaften

Juli	553,2	.	177,8	375,4	371,6	3,8	0,0	12,8	0,5	287,2	4,7	66,4	.	6,1	57,8
Aug.	860,7	.	292,6	568,1	562,5	5,6	0,0	19,0	1,0	416,9	3,9	121,7	.	11,5	77,2
Sept.	1 072,5	.	360,3	712,2	704,9	7,3	0,0	23,4	0,9	513,4	7,6	159,6	.	20,8	84,7	44,0	.	.	.
Okt.	995,5	.	205,2	790,3	775,7	13,8	0,8	23,8	0,8	554,5	8,2	188,4	198,5	34,5	76,5	.	.	11,6	.	70,4	.	1,0	.
Nov.	996,8	28,2	103,4	865,2	852,2	12,2	0,8	26,8	2,6	589,8	10,4	222,6	169,5	53,8	69,5	3,4	0,5	11,7	21,3	60,2	1,5	1,2	.

Sonstige Geldinstitute ²⁾

Juli	240,9	.	22,0	218,9	160,0	58,9	—	107,9	0,0	49,5	2,0	0,6	.	10,3	33,8
Aug.	270,2	.	27,7	242,5	135,8	106,7	—	74,1	0,0	57,2	3,3	1,2	.	17,6	65,2
Sept.	214,5	.	31,6	182,9	114,7	67,3	0,9	48,1	0,1	59,3	5,5	1,7	.	12,0	42,1	110,2	.	.	.
Okt.	155,6	.	16,2	139,4	108,7	28,5	2,2	18,2	0,9	80,2	6,9	2,5	76,1	8,8	40,5	.	.	12,6	.	241,2	.	1,0	.
Nov.	178,9	2,3	5,5	171,1	142,6	26,2	2,3	55,4	3,1	71,5	9,2	3,4	74,8	11,7	35,4	2,1	0,6	15,8	16,8	316,2	5,1	1,0	.

¹⁾ Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

²⁾ Die Summe der Spalten 23 u. 24 differiert von der Spalte 21, da für den Monat Juli das Postscheckamt Hannover und für die Monate August und September die Postscheckämter Hannover und Freiburg keine Aufgliederung erstellt haben.

³⁾ Spezial-, Haus- und Branchebanken, u. a. die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank A.G., Deutsche Bau- und Bodenbank, Deutsche Rentenbank, Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt sowie die geschlossenen Banken.

Vorläufige Übersicht über die Geldinstitute im westdeutschen Währungsgebiet nach Ländern und Bankengruppen (Stand Dezember 1948)¹⁾

Bankengruppen ²⁾	Westdeutsches Währungsgebiet	Bayern	Hessen	Württemberg-Baden	Bremen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Schleswig-Holstein	Hamburg	Rheinland-Pfalz	Baden	Württbg. Hohenzoll.
1. Landeszentralbanken	11	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Zweigstellen	259	33	22	16	2	30	93	13	3	24	14	9
2. Nachfolgeinstitute der Großbanken	31	3	3	4	3	3	3	2	3	3	2	2
Zweigstellen	350	16	33	19	3	31	153	2	45	34	11	3
3. Regionalbanken	56	2	8	7	3	6	14	4	5	6	1	—
Zweigstellen	259 ³⁾	—	—	19	3	42	10	155 ³⁾	22	7	1	—
4. Privatbankiers	172	49	18	19	3	27	24	2	16	4	2	8
Zweigstellen	66	62	—	1	—	—	—	1	1	—	—	1
5. Spezialbanken	44	7	9	4	1	2	5	—	12	3	1	—
Zweigstellen	12	—	1	1	—	2	4	—	1	—	—	3
6. Hypothekenbanken	21	6	1	3	2	1	3	1	2	2	—	—
Zweigstellen	159 ⁴⁾	148 ⁴⁾	—	—	1	—	—	—	—	7	—	3
7. Öff. rechtl. Grundkreditanstalten und landschaftl. Banken	14	1	—	2	1	6	2	2	—	—	—	—
Zweigstellen	3	—	—	—	—	1	—	2	—	—	—	—
8. Girozentralen und Staatsbanken	16	2	3	1	1	2	2	1	1	2	1	—
Zweigstellen	298 ⁵⁾	23	245 ⁵⁾	1	—	16	2	3	—	6	—	2
9. Sparkassen	887	196	59	57	3	88	268	66	2	65	66	17
Zweigstellen	5219	632	561	1051	6	1236	893	364	92	199	121	64
10. Ländl. Zentralkassen	12	1	2	2	—	2	2	1	—	2	—	—
Zweigstellen	57	14	1	3	2	11	7	6	1	7	1	4
11. Gewerbl. Zentralkassen	7	1	1	2	—	1	1	—	1	—	—	—
Zweigstellen	4	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1	1
12. Ländl. Kreditgenossenschaften	11221	3889	1302	1110	8	962	1109	432	8	1383	285	733
Zweigstellen	47	—	—	—	—	12	—	26	—	—	9	—
13. Gewerbliche Kreditgenossenschaften	675	95	92	95	4	100	95	35	6	51	56	46
Zweigstellen	108	14	2	1	—	9	7	11	5	25	31	3
14. Sonstige Kreditgenossenschaften	34	7	4	4	1	4	9	—	5	—	—	—
Zweigstellen	14	1	3	1	1	2	3	2	1	—	—	—
15. Niederlassungen ausländischer Banken	20	4	5	2	1	—	1	—	6	—	1	—
16. Niederlassungen saarländischer Banken	4	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—

¹⁾ Die Zahlen sind noch unvollständig, da bisher keine einheitlichen und vergleichbaren Meldungen der Geldinstitute über die ihnen angeschlossenen Zweigstellen vorliegen. Aus den zur Zeit vorhandenen Meldungen der Geldinstitute geht verschiedentlich nicht hervor, ob nur die Zweigstellen innerhalb des Landes oder auch die in anderen Ländern des Währungsgebietes bestehenden Filialen und Niederlassungen erfaßt werden.

²⁾ Als Zweigstellen sind Zweigniederlassungen, Depositenkassen, Agenturen, Annahme- und Zahlstellen jeder Art im Sinne des § 3 KWG (also auch Filialen) gezählt.

³⁾ Darunter 94 „Geschäftsstellen“ der Schleswig-Holsteinische und Westbank Kiel (neben 8 Zweigstellen und 31 Abteilungen).

⁴⁾ Darunter 100 Zweigstellen der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, München.

⁵⁾ Darunter 243 Stellen der Nassauischen Landesbank (neben 1 Filiale).

Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgegliedert nach Bankengruppen

Bankengruppen	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM				Überschußreserven (Reservefehlbeträge —) in Mill. DM				Überschußreserven in v. H.							
									der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)				der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen			
	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1. Nachfolgeinstitute von Großbankfilialen	203,3	189,0	186,2	279,7	75,7	57,0	77,3	116,1	37,2	30,2	41,5	41,5	13,8	25,0	22,5	30,9
2. Regionalbanken	117,2	111,1	115,7	162,4	52,1	22,5	50,5	31,5	44,5	20,3	43,6	19,4	9,5	9,9	14,7	8,4
3. Privatbanken	23,4	22,1	22,1	34,0	3,2	1,0	4,5	2,7	13,7	4,5	20,4	7,9	0,6	0,4	1,3	0,7
4. Girozentralen	65,6	67,0	73,4	88,2	254,8	81,8	135,9	156,3	388,4	122,1	185,1	177,2	46,6	36,0	39,6	41,5
5. Sparkassen	300,2	266,0	258,2	327,5	77,6	26,3	38,0	21,9	25,8	9,9	14,7	6,7	14,2	11,5	11,1	5,8
6. Hypothekenbanken	0,5	0,7	0,5	0,8	0,5	0,6	0,6	1,0	100,0	85,7	120,0	125,0	0,1	0,3	0,2	0,3
7. Ländl. Zentralkassen u. ländl. Kreditgenossenschaften	73,8	54,2	59,4	71,4	20,3	4,9	6,2	5,4	27,5	9,0	10,4	7,6	3,7	2,1	1,8	1,4
8. Gewerbl. Zentralkassen	1,9	1,0	1,1	1,3	4,2	2,7	1,7	1,3	221,1	270,0	154,5	100,0	0,8	1,2	0,5	0,3
9. Gewerbl. Kreditgenossenschaften	57,6	53,4	52,2	67,2	4,3	0,1	1,2	— 2,6	7,5	0,2	2,3	— 3,9	0,8	—	0,3	— 0,7
10. Sonstige Geldinstitute ¹⁾	77,7	78,2	78,4	118,3	54,5	31,0	27,3	42,9	70,1	39,6	34,8	36,3	9,9	13,6	8,0	11,4
Bankengruppen insgesamt ²⁾	921,1	842,7	847,2	1150,8	547,2	227,9	343,2	376,5	59,4	27,0	40,5	32,7	100,0	100,0	100,0	100,0

45

¹⁾ darunter: Postscheckämter, Postsparkasse, Deutsche Verkehrs-Kreditbank

²⁾ Abweichungen der Gesamt-Mindest- und Überschußreserven in der Tabelle gegenüber den entsprechenden, unter dem Strich ausgewiesenen Positionen im Konsolidierten Ausweis beruhen auf der Miteinbeziehung der Mindest- und Überschußreserven der Deutschen Verkehrskreditbank in die obige Berechnung sowie auf der Berücksichtigung von nach der Erstellung des Konsolidierten Ausweises eingegangenen Nachmeldungen.

³⁾ Die Senkung des Reserve-Solls ab Oktober ist auf die Streichung von 7/10 des Festkontos gemäß Gesetz Nr. 65 (Festkontenentscheidung) zurückzuführen.

Mindestreservesätze

(in v. H. der reservspflichtigen Einlagen¹⁾)

Gültig ab	Sichteinlagen		Termineinlagen (einschließlich Spareinlagen)
	an Bankplätzen ²⁾	an Nichtbankplätzen	
1. Juli 1948	10	10	5
1. Dez. 1948	15	10	5

¹⁾ Reservspflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto sowie der geschätzte DM-Betrag der

noch nicht umgestellten RM-Konten. Abgesetzt werden die Einlagen solcher deutscher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken verpflichtet sind. Als Termineinlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat, alle Spareinlagen und die Einlagen auf Anlagekonto. Sichteinlagen sind alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden
(in Prozenten)

	Bayern		Hessen		Württemberg-Baden ¹⁾		Bremen		Nordrhein-Westfalen ²⁾	
	Sollzinsen									
Zinssätze der Landeszentralbanken	5		5		5		5		5	
Diskontsatz	6		6		6		6		6	
Lombardsatz	6		6		6		6		6	
	Kreditkosten im einzelnen ins- gesamt		Kreditkosten im einzelnen ins- gesamt		Kreditkosten im einzelnen ins- gesamt		Kreditkosten im einzelnen ins- gesamt		Kreditkosten im einzelnen ins- gesamt	
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite										
Zinsen	7 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		7		6		6 ¹ / ₂	
Kreditprovision	1 ¹ / ₆ p. M.	9 ¹ / ₂	1 ¹ / ₄ p. M.	9 ¹ / ₂	1 ¹ / ₅ p. M.	9 ² / ₅	1 ¹ / ₄ p. M.	9	1 ¹ / ₄ p. M.	9 ¹ / ₂
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	7 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		7		6		6 ¹ / ₂	
Überziehungsprovision	1 ¹ / ₈ p. T.	12	1 ¹ / ₈ p. T.	11	1 ¹ / ₈ p. T.	11 ¹ / ₂	1 ¹ / ₈ p. T.	10 ¹ / ₂	1 ¹ / ₈ p. T.	11
2. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20.000 und höher										
Zinsen	nicht festgesetzt		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision			1 ¹ / ₈ p. M.	7	1 ¹ / ₁₂ p. M.	6 ¹ / ₂ - 7	1 ¹ / ₈ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂₄ p. M.	7
b) Abschnitte von DM 5.000 bis 20.000										
Zinsen	6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ⁰ / ₁₀ p. M.	7 ⁷ / ₁₀	1 ¹ / ₈ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ¹ / ₁₂ p. M.	6 ¹ / ₂ - 7	1 ¹ / ₈ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ¹ / ₁₂ p. M.	7 ¹ / ₂
c) Abschnitte von DM 1.000 bis 5.000										
Zinsen	6 ¹ / ₃		6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ¹ / ₈ p. M.	8	1 ¹ / ₈ p. M.	8	1 ¹ / ₈ p. M.	7 - 7 ¹ / ₂	1 ¹ / ₆ p. M.	8	1 ¹ / ₈ p. M.	8
d) Abschnitte unter DM 1.000										
Zinsen	6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ¹ / ₆ p. M.	8 ¹ / ₂	1 ¹ / ₆ p. M.	8 ¹ / ₂	1 ¹ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂ - 8	1 ¹ / ₄ p. M.	9	1 ¹ / ₆ p. M.	8 ¹ / ₂
3. Akzeptkredite										
Zinsen	6 - 7		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		5		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	
Akzeptprovision	1 ¹ / ₆ p. M.	8 - 9	1 ¹ / ₄ p. M.	8 ¹ / ₂ - 9 ¹ / ₂	1 ¹ / ₆ p. M.	8 ¹ / ₂	1 ¹ / ₈ p. M.	7 ² / ₅	1 ¹ / ₄ p. M.	8 ¹ / ₂ - 9 ¹ / ₂
4. Akzept- und Trattenkredite für Export- und Importfinanzierung										
a) für allg. Warengeschäfte										
Zinsen	keine Vereinbarung		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	
Kreditprovision			1 ¹ / ₈ p. M.	7 ⁹ / ₁₀ - 8 ⁹ / ₁₀	1 ¹ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ¹ / ₆ p. M.	7	1 ¹ / ₅ p. M.	7 ⁹ / ₁₀ - 8 ⁹ / ₁₀
b) zur Finanzierung bevorzugter Warengruppen										
Zinsen	keine Vereinbarung		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen	
Kreditprovision			1 ¹ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ¹ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂				
c) zur Finanzierung v. Importen v. Getreide, Getreiderzeugn., Futtermittel usw.										
Zinsen	keine Vereinbarung		5		5		5		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	
Kreditprovision			1 ¹ / ₈ p. M.	6 ¹ / ₂	1 ¹ / ₈ p. M.	6 ¹ / ₂	1 ¹ / ₆ p. M.	6 ¹ / ₂	1 ¹ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂ - 8 ¹ / ₂
5. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	6 - 7		6 ¹ / ₂ - 7 ¹ / ₂		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
Kreditprovision	1 ¹ / ₆ p. M.	8 - 9	1 ¹ / ₄ p. M.	9 ¹ / ₂ - 10 ¹ / ₂						
Umsatzprovision	1 ¹ / ₈ p. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchstumsatzes		1 ¹ / ₈ p. mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe		1 ¹ / ₂ p. d. größ. Seite, mind. 1 ¹ / ₂ p. Sem. a. Kreditbetrag		1 ⁰ / ₁₀₀ vom Umsatz der größ. Seite unter d. üblichen Bedingungen	
Minstdiskontspesen	nicht festgesetzt		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	nicht festgesetzt		1 ¹ / ₂ p. min. DM - 50		1 ¹ / ₂ p.		1 ¹ / ₂ p.		1 ¹ / ₂ p. min. DM - 50	

¹⁾ Abweichungen meldepflichtig

²⁾ bis 31. 3. 1949 verbindliche Mindestsätze

³⁾ Exportkredite

⁴⁾ Importkredite

Zinskonditionen - Stand am 31. Dezember 1948
jährlich)

Niedersachsen		Schleswig-Holstein		Hamburg		Rheinland-Pfalz		Baden		Württemberg-Hohenzollern	
Sollzinsen											
5 6 Kreditkosten im einzelnen insge- samt		5 6 Kreditkosten im einzelnen insge- samt		5 6 Kreditkosten im einzelnen insge- samt		5 6 Kreditkosten im einzelnen insge- samt		5 6 Kreditkosten im einzelnen insge- samt		5 6 Kreditkosten im einzelnen insge- samt	
$\frac{6}{1/4\%}$ p. M.	9	$\frac{6}{1/4\%}$ p. M.	9	$\frac{6}{1/4\%}$ p. M.	9	$\frac{6}{1/5\%}$ p. M.	$8\frac{2}{5}$	$\frac{6}{1/4\%}$ p. M.	9	$\frac{6}{1/4\%}$ p. M.	9
$\frac{6}{1/8\%}$ p. T.	$10\frac{1}{2}$	$\frac{6}{1/8\%}$ p. T.	$10\frac{1}{2}$	$\frac{6}{1/8\%}$ p. T.	$10\frac{1}{2}$	$\frac{6}{1/8\%}$ p. T.	$10\frac{1}{2}$	$\frac{6}{1/8\%}$ p. T.	$10\frac{1}{2}$	$\frac{6}{1/8\%}$ p. T.	$10\frac{1}{2}$
$\frac{6}{1/8\%}$ p. M.	$7\frac{1}{2}$	nicht festgesetzt		nicht festgesetzt		$\frac{6}{1/24\%}$ p. M.	$6\frac{1}{2}$	$\frac{5}{1/8\%}$ p. M.	$6\frac{1}{2}$	$\frac{5}{1/8\%}$ p. M.	$6\frac{1}{2}$
$\frac{6}{1/8\%}$ p. M.	$7\frac{1}{2}$	$\frac{6}{1/8\%}$ p. M.	$7\frac{1}{2}$	$\frac{5-6}{1/8\%}$ p. M.	$6\frac{1}{2}-7\frac{1}{2}$	$\frac{6}{1/24-1/12\%}$ p. M.	$6\frac{1}{2}-7$	$\frac{5}{1/8\%}$ p. M.	$6\frac{1}{2}$	$\frac{6}{1/12\%}$ p. M.	7
$\frac{6}{1/6\%}$ p. M.	8	$\frac{6}{1/6\%}$ p. M.	8	$\frac{5-6}{1/6\%}$ p. M.	7-8	$\frac{6}{1/8\%}$ p. M.	$7\frac{1}{2}$	$\frac{5}{1/6\%}$ p. M.	7	$\frac{6}{1/8\%}$ p. M.	$7\frac{1}{2}$
$\frac{6}{1/5\%}$ p. M.	$8\frac{2}{5}$	$\frac{6}{1/4\%}$ p. M.	9	$\frac{5-6}{1/4\%}$ p. M.	8-9	$\frac{6}{1/6\%}$ p. M.	8	$\frac{5}{1/4\%}$ p. M.	8	$\frac{6}{1/6\%}$ p. M.	8
$\frac{5}{1/4\%}$ p. M.	8	$\frac{5}{1/4\%}$ p. M.	8	$\frac{5}{1/4\%}$ p. M.	8	$\frac{5\frac{1}{2}}{1/6\%}$ p. M.	$7\frac{1}{2}$	$\frac{5-6}{1/8-1/4\%}$ p. M.	$6\frac{1}{2}-9$	$\frac{5\frac{1}{2}}{1/6\%}$ p. M.	$7\frac{1}{2}$
$\frac{5}{1/6\%}$ p. M.	$7^8)$	$\frac{5}{1/6\%}$ p. M.	7	$\frac{5}{1/5\%}$ p. M.	$7\frac{2}{5}$	$\frac{5}{1/6\%}$ p. M.	7	$\frac{5-6}{1/5-1/4\%}$ p. M.	$7\frac{2}{5}-9$	$\frac{5}{1/6\%}$ p. M.	7
$\frac{5}{1/5\%}$ p. M.	$7\frac{2}{5}^4)$	$\frac{5}{1/6\%}$ p. M.	7	$\frac{5}{1/6\%}$ p. M.	7	keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen	
keine Vereinbarung		$\frac{5}{1/8\%}$ p. M.	$6\frac{1}{2}$	$\frac{5}{1/8\%}$ p. M.	$6\frac{1}{2}$	keine besonderen Vereinbarungen		$\frac{5}{1/6\%}$ p. M.	7	$\frac{5}{1/8\%}$ p. M.	$6\frac{1}{2}$
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		$\frac{6}{1/5\%}$ p. M.	$8\frac{2}{5}$	$\frac{6}{1/4\%}$ p. M.	9	nicht einheitlich geregelt	
$1\frac{0}{100}$		$1\frac{1}{2}\frac{0}{100}$ Mindestbetrag $1\frac{1}{4}\frac{0}{100}$ v. Höchstsaldo pr. Quartal		$1\frac{1}{2}\frac{0}{100}$		$1\frac{1}{8}\frac{0}{100}$ v. d. größ. Seite mindest. a. d. zweifache Höchstschild p. Quartal		$1\frac{0}{100}$ mindestens a. d. $2\frac{1}{2}$ fache Höchstsoll pro Quartal		$1\frac{0}{100}$ vom dreifachen Kredit pro Halbjahr	
DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
$\frac{1}{2}\frac{0}{100}$ min. DM - .50		$\frac{1}{2}\frac{0}{100}$ min. DM - .50		nicht festgesetzt		$\frac{1}{2}\frac{0}{100}$ min. DM - .50		$\frac{1}{2}\frac{0}{100}$ min. DM - .50		$\frac{1}{2}\frac{0}{100}$ min. DM - .50	

Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden
(in Prozenten)

	Bayern	Hessen	Württemberg-Baden ¹⁾	Bremen	Nordrhein-Westfalen ²⁾
Habenzinsen					
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	2	2	1 ¹ / ₂	1 ³ / ₄	2
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2	2 ¹ / ₂
b) mit 6—12monatiger Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
c) mit über 12monatiger Kündigungsfrist	4	4	3 ¹ / ₂	4	4
3. für Kündigungsgelder					
a) 1— 3 Monate	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ³ / ₈	2	2 ¹ / ₄
b) 3— 6 Monate	2 ¹ / ₂	2 ³ / ₄	2 ³ / ₈	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₂
c) 6—12 Monate	2 ³ / ₄	3	2 ⁷ / ₈	3	2 ⁷ / ₈
d) über 12 Monate	3 ³ / ₄	3 ³ / ₄	3 ³ / ₈	4	3 ³ / ₄
4. für Festgelder					
a) bis 89 Tage	2	keine Vereinbarungen	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄
b) bis 179 Tage	2 ¹ / ₄		2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂
c) bis 359 Tage	2 ¹ / ₂		2 ³ / ₄	2 ³ / ₄	2 ³ / ₄
d) über 359 Tage	3 ¹ / ₂		3 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	nicht festgesetzt	1 ¹ / ₄	nicht festgesetzt	1 ¹ / ₄	1 ¹ / ₄

¹⁾ Abweichungen meldepflichtig

²⁾ bis 31. 3. 1949 verbindliche Mindestsätze

³⁾ der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1¹/₄%

⁴⁾ der Bankierkundschaft 1¹/₄%

Kursdurchschnitt der 4%igen Schuldverschreibungen

(Börsen: Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, München, Stuttgart)

Zeit	Pfandbriefe		Kommunalobligationen		Stadtanleihen	Industrieobligationen	Gesamtdurchschnitt
	Hypothekensbanken	öffentlich-rechtliche	Hypothekensbanken	öffentlich-rechtliche			
1936 M.-D.	88,9	89,6	90,6	89,2	88,4	93,3	90,0
1937 „	93,7	90,8	93,5	93,3	97,6	97,1	95,0
1938 „	95,2	94,9	94,5	94,7	94,9	97,5	95,6
1939 „	92,0	92,2	92,1	92,0	93,4	94,8	92,7
1940 „	98,9	98,4	99,7	98,0	98,8	105,3	100,2
1941 „	101,5	101,7	101,4	101,6	102,3	107,6	102,8
1942 „	102,5	102,6	102,4	102,5	103,3	103,7	102,8
1943 „	102,5	102,5	102,5	102,8	104,8	105,7	103,2
1944 „	102,5	102,5	102,5	102,9	105,4	107,2	103,6
1948 15. August	9,16	9,14	8,13	8,28	7,47	7,35	8,67
31. „	9,11	9,02	8,10	8,23	7,38	7,27	8,60
15. September	8,99	8,99	8,05	8,15	7,38	7,07	8,48
30. „	8,14	8,75	7,75	7,96	7,42	6,90	7,92
15. Oktober	7,82	8,08	7,33	7,58	7,42	6,61	7,56
31. „	7,83	8,01	7,20	7,52	7,45	6,66	7,56
15. November	7,14	7,73	6,80	7,33	7,42	6,30	7,04
30. „	6,98	7,36	6,45	7,17	7,41	5,88	6,79
15. Dezember	6,97	7,28	6,43	7,04	7,41	5,40	6,67
31. „	7,58	7,68	6,60	7,38	7,41	5,77	7,16

¹⁾ Berliner Börse, neu berechnet

Zinskonditionen - Stand am 31. Dezember 1948
jährlich)

Niedersachsen	Schleswig-Holstein	Hamburg	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern
Habenzinsen					
1	1	1 ³⁾	1	1 ⁴⁾	1
1 ³⁾ / ₄	1	1 ¹ / ₂	2	1 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂
2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₂			
3	2 ¹ / ₂	3	3	3	2 ³ / ₄
4	3	4	4	4	3 ¹ / ₄
2 ¹ / ₄	2	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2
2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₄
2 ⁷ / ₈	2 ¹ / ₂	2 ⁷ / ₈	2 ⁷ / ₈	2 ⁷ / ₈	2 ¹ / ₂
3 ³ / ₄	3	3 ³ / ₄	3 ³ / ₄	3 ³ / ₄	3
2 ¹ / ₄	2	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2
2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₄
2 ³ / ₄	2 ¹ / ₂	2 ³ / ₄	2 ³ / ₄	2 ³ / ₄	2 ¹ / ₂
3 ¹ / ₂	3	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	3
1/4	nicht festgesetzt	nicht festgesetzt	nicht festgesetzt	nicht festgesetzt	1/4

Wertpapierkurse an der Frankfurter Börse

Monatsdurchschnitt

	1948					
	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Adlerwerke	20,50	19,00	17,16	20,69	24,97	23,31
B. M. W.	18,31	17,02	16,11	20,07	23,00	20,69
Contigummi	54,25	47,56	44,79	51,99	57,07	53,05
Gutehoffnungshütte	39,31	31,33	33,92	33,49	30,49	25,53
Löwenbräu München	56,50	53,19	55,15	55,90	56,66	48,64
R. W. E.	54,00	44,69	42,68	44,02	44,37	36,02
Süddeutsche Zucker	54,75	54,27	54,88	55,26	65,79	63,41
Commerzbank	10,44	7,97	8,14	7,46	7,41	6,70
Deutsche Bank	8,31	6,72	6,63	6,73	6,78	6,40
Dresdner Bank	9,09	6,66	6,43	5,90	6,72	6,43
4% Frankfurter Hyp.-Bank-Pfbr.	9,40	9,12	8,56	7,55	7,00	7,03
4% Bayr. Hyp.- u. Wechselbank G.-Pfbr.	9,58	9,51	9,51	8,10	7,69	7,65
4% Degussa-Obl. v. 1943	8,85	8,61	8,41	8,19	7,84	7,57

Zeit	Gesamt-Index	Investitionsgüter-Industrien								
		Insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen							
			Eisenerz Fe-Gehalt	Eisen und Stahl	NE- Metalle	Steine und Erden	Säge- und Holz- industrie	Ma- schinen- bau	Fahr- zeugbau	Elektro- technische Industrie
1946 M.-D.	34,4
1947 M.-D.	39,2	28,8	58,9	41,1	23,5	35,3	62,1	32,2	15,3	59,3
1948 Januar	46,8	34,6	79,5	25,1	28,4	37,2	59,1	38,9	20,3	67,5
Februar	47,3	36,0	71,9	23,7	28,3	36,2	56,0	42,7	23,3	72,7
März	50,7	38,6	81,2	26,9	29,4	41,6	57,0	44,4	25,7	83,6
April	52,9	41,7	97,1	28,8	33,9	47,2	66,0	45,5	27,3	93,1
Mai	47,0	36,9	83,7	25,7	29,0	48,3	68,5	39,7	22,1	72,0
Juni	51,1	39,7	90,1	30,2	31,3	57,5	58,7	41,6	26,3	81,2
Juli	61,2	50,2	109,3	37,6	49,0	72,9	70,3	48,4	41,1	94,5
August	64,9	55,3	106,6	40,9	54,4	83,5	79,9	50,9	42,0	111,7
September	70,0	61,4	104,9	43,7	60,1	87,0	88,5	58,9	52,1	129,6
Oktober	73,7	65,5	110,3	48,1	60,9	90,0	98,2	63,2	58,5	141,9
November	75,4	68,4	110,7	47,9	63,6	85,5	99,1	71,3	62,9	153,3
Dezember ¹⁾	77,8	69,8	112,9	50,8	64,9	75,4	93,9	72,2	68,6	162,7

¹⁾ Vorläufige Zahlen

**Steinkohlen-
förderung und -ausfuhrüberschuß**
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Zeit	Steinkohlen- förderung		Ausfuhr- überschuß	
	im Monat in 1000 t	arbeits- tätig in 1000 t	Steinkohle in 1000 t	Koks in 1000 t
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 M.-D.	5 927	234,7	.	.
1948 Januar	6 624	254,8	4 208	2 656
Februar	6 423	267,6		
März	7 203	288,1		
April	6 980	268,5		
Mai	5 931	265,8		
Juni	7 412	285,1		
Juli	7 761	287,4		
August	7 456	286,8	627	662
September	7 567	291,0	743	631
Oktober	7 865	302,5	733	620
November	7 715	308,6	697	628
Dezember	8 096	311,4	632	626

Eisen- und Stahlerzeugung
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in 1000 t

Zeit	Roheisen	Rohstahl	Walzwerks- erzeugnisse ¹⁾
1946 M.-D.	173	207	162
1947 "	189	246	175
1948 Januar	266	304	215
Februar	262	299	198
März	297	343	223
April	313	363	241
Mai	313	324	211
Juni	336	378	253
Juli	402	457	320
August	434	510	345
September	469	572	363
Oktober	511	610	403
November	494	599	407
Dezember ²⁾	514	612	438

¹⁾ ohne unbearbeitetes Halbzeug

²⁾ vorläufige Zahlen

Arbeitsmarkt
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Zeit	Erwerbstätige in 1000	Arbeitslose in 1000	Offene Stellen in 1000	Arbeitslosen- und Arbeits- losenfürsorgeunterstützungs- empfänger in 1000
1948 31. März	16 074,8	462,5	682,8	.
31. Mai	.	439,1	724,6	13
30. Juni	16 423,9	441,6	604,9	15
31. Juli	.	650,5	245,0	79
31. August	.	768,2	235,4	208
30. September	16 380,6	767,8	260,1	265
31. Oktober	.	723,2	268,8	288
30. November	.	701,1	245,2	311
31. Dezember	16 595,3	742,9	200,7	377

industriellen Produktion
Wirtschaftsgebiet)

1936 = 100

Zeit	Allgemeine Produktionsgüter-Industrien					Verbrauchsgüter-Industrien						
	Ins- gesamt	darunter ausgewählte Ind.-Grupp.				Ins- gesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen					
		Kohle	Strom	Gas	Chemie		Papier- Er- zeugung	Leder- Er- zeugung	Textilien (ohne Kunstseide und Zellwolle)	Keramik	Bereifung und sonstige Kautschuk- waren	Schuhe
1946 M.-D.
1947 M.-D.	64,7	65,2	111,3	47,9	40,2	33,3	30,7	29,0	27,5	38,6	48,3	34,8
1948 Januar	76,8	73,0	142,2	57,7	46,3	39,8	38,2	32,9	31,8	46,3	60,2	40,9
Februar	73,6	70,0	129,7	57,1	48,2	42,6	40,1	33,0	34,6	50,3	70,1	44,6
März	79,9	77,8	136,3	63,1	52,8	44,6	41,0	33,7	36,4	52,1	71,2	46,0
April	79,4	76,2	131,4	63,3	55,6	47,9	45,3	32,8	39,0	52,4	79,4	47,4
Mai	72,7	66,1	121,3	64,5	51,8	40,5	36,4	27,8	32,2	48,8	61,7	35,5
Juni	77,6	79,5	121,3	64,5	53,1	44,8	42,6	28,8	36,2	51,9	63,8	28,6
Juli	84,7	83,4	126,1	69,2	64,5	58,3	58,2	49,1	48,1	67,9	90,2	61,1
August	85,8	81,1	129,1	70,6	67,6	62,8	59,9	56,7	53,4	75,3	92,3	64,0
September	90,5	82,5	145,3	70,2	70,4	66,2	63,9	55,2	55,5	80,1	96,8	72,4
Oktober	93,6	85,9	150,1	73,8	71,8	69,6	66,8	54,5	59,3	87,8	99,4	76,6
November	94,1	83,8	150,7	74,3	75,2	69,7	67,5	52,7	57,9	91,0	97,2	73,8
Dezember)	99,0	88,5	161,2	78,6	77,6	71,6	67,1	57,2	59,2	96,5	102,4	75,3

Verkehrsentwicklung (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Zeit	Eisenbahn						Binnen- schifffahrt
	Durchschnitt- liche arbeits- tägliche Gü- terwagen- gestellung	Umlaufzeit der Güterwagen in Tagen	beförderte Güter in 1000 t	beförderte Personen in 1000	betriebs- fähige Güterwagen in 1000	betriebs- fähige Dampf- lokomotiven in 1000	
1947 M.-D.	29 900	7,7	11 133,0	123 500	220,2	6,2	2 367
1948 Januar	32 814	7,6	12 168,3	131 285	236,5	6,5	2 305
Februar	34 235	7,2	11 579,7	128 956	235,9	6,5	2 984
März	36 059	7,1	12 935,1	144 286	237,5	6,6	3 885
April	36 561	6,6	13 987,2	140 163	228,3	6,7	4 432
Mai	37 812	6,9	12 538,0	155 400	226,0	6,8	3 821
Juni	37 444	6,2	13 757,4	140 015	234,1	6,9	4 724
Juli	40 946	5,7	15 911,4	86 090	233,0	7,0	4 721
August	43 439	5,6	15 578,7	100 942	235,0	7,3	4 709
September	44 631	5,2	15 930,8	99 864	235,4	7,4	4 866
Oktober	46 086	5,2	16 772,5	109 329	235,5	7,6	4 497
November	48 418	5,1	16 521,5	111 335	243,4	7,8	4 245
Dezember	44 885	5,5	15 791,5	107 402	247,9	7,9	3 506

Außenhandel (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in Mill. RM, ab Juli 1948 in Mill. DM

Zeit	Einfuhr (Kategorie A+B)			Ausfuhr			Einfuhr- überschuß
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		
		Ernährungs- güter	gewerbl. Güter		Ernährungs- güter	gewerbl. Güter	
1948							
Januar	116,3	71,7	44,7	43,0	1,9	41,1	73,3
Februar	145,1	94,7	50,3	67,7	10,8	56,9	77,4
März	148,2	89,8	58,4	77,4	7,3	70,2	70,8
April	204,6	126,3	78,3	97,2	2,9	94,3	107,4
Mai	226,5	145,0	81,4	89,6	3,5	86,1	136,9
Juni	330,1	219,7	110,4	109,6	1,0	108,6	220,5
Juli	290,9	177,8	113,2	170,5	0,5	170,0	120,4
August	331,4	188,0	143,4	223,5	1,4	222,1	107,9
September	364,2	228,0	136,3	205,8	0,4	205,3	158,4
Oktober	218,3	108,0	110,2	216,5	1,1	215,4	1,8
November	302,7	149,4	153,3	225,8	4,3	221,6	76,9
Dezember	485,5	226,6	258,9	290,2	13,5	276,7	195,3
Insgesamt	3163,8	1825,0	1338,8	1816,8	48,6	1768,3	1347,0

Index der Grundstoffpreise
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungsmittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juni ¹⁾	154,8	123,5	175,6
Juli	158,6	127,2	179,3
August	171,9	129,2	200,3
September	178,8	132,2	209,9
Oktober	187,7	148,6	213,7
November	189,5	150,7	215,3
Dezember	189,9	151,1	215,8

¹⁾ Monatsmitte

Großhandelspreisindexziffern
wichtiger Länder

Zeit	Vereinig- te Staaten	Groß- britan- nien	Frankreich	Vereinigtes Wirtschafts- gebiet (Grund- stoffpreise)
1944 M.-D.	136	171	265	.
1945 ..	138	174	375	.
1946 ..	158	180	648	.
1947 ..	198	197	989	.
1948 Januar	214	218	1463	.
Februar	208	223	1537	.
März	211	223	1536	.
April	214	225	1555	.
Mai	215	227	1653	.
Juni	218	228	1691	154,8
Juli	220	228	1698	158,6
August	220	227	1783	171,9
September	220	226	1791	178,8
Oktober	216	226	1884	187,7
November	215	227	1974	189,5
Dezember	.	227	1971	189,9

Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren
(Durchschnittspreise)

Zeit	Weizen	Mais	Kaffee	Zucker	Schweine	Baumwolle	Kautschuk	Kupfer	Zinn	Blei	Zink	Erdöl, roh
	Chicago 1 Bushel = 60 lbs. \$	Chicago 1 Bushel = 56 lbs. \$	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	Chicago 100 lb. \$	New Orleans 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	St Louis 1 lb. \$ cents	Pensylvan. 1 Barrel = 1,59 hl. \$
1946	1,98	1,63 ³ / ₄	17,61 ¹ / ₈	4,43 ³ / ₈	18,68 ³ / ₄	29,57 ¹ / ₂	0,22 ¹ / ₂	13,06 ¹ / ₄	52,00	7,68 ³ / ₄	8,81 ¹ / ₄	3,15 ¹ / ₄
1947	2,62	2,17	26,62 ¹ / ₂	6,21	24,85	32,39	0,21	21,04	78,33	14,67	10,50	4,29
1948 Januar	3,20	2,81	26,50	5,60	27,50	33,70	0,22 ¹ / ₄	21,37 ¹ / ₂	94,00	15,00	10,50	5,00
Februar	2,53 ¹ / ₂	2,07 ¹ / ₄	26,25	5,50	22,45	30,20	0,20 ¹ / ₂	21,37 ¹ / ₂	94,00	15,00	12,00	5,00
März	2,56 ¹ / ₂	2,37	26,25	5,45	23,05	31,65	0,20	21,37 ¹ / ₂	94,00	15,00	12,00	5,00
April	2,61 ³ / ₄	2,42	26,50	5,37	20,45	35,35	0,23	21,37 ¹ / ₂	94,00	17,50	12,00	5,00
Mai	2,49	2,36 ³ / ₄	27,00	5,15	19,20	35,65	0,23 ¹ / ₂	21,37 ¹ / ₂	94,00	17,50	12,00	5,00
Juni	2,39 ¹ / ₂	2,33	27,00	5,20	23,35	35,15	0,22 ⁷ / ₈	21,37 ¹ / ₂	103,00	17,50	12,00	5,00
Juli	2,29 ¹ / ₂	2,20	27,00	5,70	25,65	30,50	0,23	21,37 ¹ / ₂	103,00	17,50	12,00	5,00
August	2,21 ¹ / ₄	2,07	27,00	5,78	27,40	28,05	0,23	23,37 ¹ / ₂	103,00	19,50	15,00	5,00
September	2,25 ¹ / ₂	1,95	26,50	5,65	27,50	31,15	0,22 ⁷ / ₈	23,37 ¹ / ₂	103,00	19,50	15,00	5,00
Oktober	2,26	1,55	27,00	5,60	25,50	27,85	0,22 ⁵ / ₈	23,37 ¹ / ₂	103,00	19,50	15,00	5,00
November	2,26 ¹ / ₂	1,39	27,25	5,68	21,25	29,05	0,19 ⁵ / ₈	23,37 ¹ / ₂	103,00	21,50	15,50	5,00
Dezember	2,26 ¹ / ₂	1,45	27,00	5,60	20,55	29,80	0,18 ³ / ₈	23,37 ¹ / ₂	103,00	21,50	17,50	5,00